

Die Preisbildung im Bankgewerbe

Eine Analyse der Angebotsseite

*Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
der Hohen Rechts-und Staatswissenschaftlichen Fakultät
der Albert-Ludwigs-Universität zu Freiburg im Breisgau*

*vorgelegt von
Diplom-Volkswirt
Bernhard Martin Colditz
aus Freiburg i. Br.*

1963

1963

~~1960~~

Die Preisbildung im Bankgewerbe

Eine Analyse der Angebotsseite

*Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
der Hohen Rechts-und Staatswissenschaftlichen Fakultät
der Albert-Ludwigs-Universität zu Freiburg im Breisgau*



*vorgelegt von
Diplom-Volkswirt
Bernhard Martin Colditz
aus Freiburg i. Br.*

1963

Dekan: Professor Dr. H.H. Jescheck
Referent: Professor Dr. M. Lohmann
Korreferent: Professor Dr. W. Ehrlicher

Die Fakultät nimmt durch die Druckgenehmigung
zu den in der Arbeit vertretenen Auffassungen
keine Stellung.



Inhaltsverzeichnis

=====

	Seite
<u>Einführung</u>	1
I. Gang der Untersuchung	1
II. Begriffsabgrenzungen	3
 <u>Hauptteil</u>	
 <u>I. Teil</u>	6
Die Selbstkosten als Preisuntergrenze	6
 I. Analyse der bankbetrieblichen Leistung	6
1. Historisches zu den Bankleistungen	6
2. Der doppelte Aspekt bei der Leistungs- analyse: Betrags- und Stückleistung	11
3. Die Heterogenität der Bankleistungen	18
4. Systematisierung der Leistungen im Hin- blick auf die Erfolgsabgrenzung	24
 II. Die Kosten und Erträge einer Bank	27
1. Gepflogenheiten bei der Preissetzung	27
2. Die Erfassung der Kosten und der Erträge	33
a) Die Ermittlung der Selbstkosten	33
b) Die Ermittlung der Erträge	40
c) Die Struktur der Kosten und Erträge	41
3. Die Zurechnung der Kosten	44
a) Allgemeines	44
b) Die Kontenkalkulation als Korrektur berechneter Preise	45
c) Die Zinsspannenrechnung als Sonder- form der Kreditkostenrechnung	47
4. Die Kosten- und Ertragsrechnung unter Berücksichtigung der technischen und der monetären Kapazität	54
a) Die Kosten- und Ertragsaufteilung	54
b) Die Planung der Rentabilität und der Liquidität	59

	Seite
<u>II. Teil</u>	66
Die Wettbewerbssituation im Bankgewerbe	66
I. Die Abkommen der Banken bis zur Errichtung einer staatlichen Bankenaufsicht im Jahre 1931	66
II. Die gesetzlichen oder amtlichen Bestimmungen zur Regelung der Konditionen	70
1. Die Staatsaufsicht über die Kreditwirtschaft	70
2. Die bis Ende 1961 geltenden allgemein verbindlichen Bankenabkommen	73
3. Die Neuerungen durch das KWG vom 10. Juli 1961	78
4. Die Instrumente der Zentralnotenbank	82
a) Die Kreditrichtsätze als Norm für die Beurteilung der Liquidität und des Eigenkapitals	82
b) Die Regelung der Zinsen	87
c) Die Beeinflussung der Bankenliquidität	93
III. Der Wettbewerbsspielraum im Bankgewerbe	97
1. Die obere Begrenzung des Angebots	97
a) Die technische Kapazität	97
b) Die monetäre Kapazität	101
2. Das Überwiegen der Nichtpreiskonkurrenz	103
a) Die Beschränkungen des Wettbewerbs	103
b) Qualitäts- und Preiswettbewerb	107
<u>III. Teil</u>	112
Die Preisbildung des Bankgewerbes im Wachstum	112
I. Abriß der wirtschaftlichen Lage in der Bundesrepublik Deutschland seit 1950	112
1. Statistische Übersicht: die Preise im Bankgewerbe und die Produktion	112
2. Charakterisierung der verschiedenen wirtschaftlichen Phasen	120
3. Die Notwendigkeit der Konjunktur- und Wachstumsanalyse durch den Kreditgeber	127

- III -

II. Die monetäre Kapazität im Wachstum.	130
1. Die Elastizität der Kreditkosten	130
2. Die Anpassungsfähigkeit der Kredit- und Einlagevolumen	134
3. Kreditrationierung und Kreditselektion	136
a) Der Kredit als Funktion der Gewährungs- willigkeit der Banken	136
b) Die Risiken der Kreditgewährung	143
III. Die technische Kapazität im Wachstum	147
IV. Die Unterscheidung zwischen monetärer und technischer Kapazität bei der Preisbildung	156
<u>Schlußbetrachtung</u>	164
<u>Literaturverzeichnis</u>	166

E i n f ü h r u n g

=====

I. Gang der Untersuchung

In der vorliegenden Arbeit soll versucht werden, die verschiedenen Aspekte der Preisbildung im Bankgewerbe und ihre Beziehungen zueinander, soweit sie die Angebotsseite betreffen, darzustellen.

Der I. Teil behandelt die Selbstkosten als Preisuntergrenze. Erst nachdem die Leistungen einer Bank herausgearbeitet worden sind, können sie beurteilt werden. Daher wird zunächst die Bankleistung selbst zu untersuchen sein. Das Ergebnis dieser Analyse ist die Voraussetzung für die weitere Arbeit.

Den Leistungen müssen die Kosten und die Erträge zugeordnet werden. Für die Kostenrechnung ist entscheidend, unter welchen Aspekten sie aufgestellt wird. Nachdem die herkömmlichen Kosten- und Ertragsrechnungen dargelegt worden sind, soll versucht werden, eine Kosten- und Ertragsrechnung aufzustellen, die die aus der Leistungsanalyse gewonnenen Erkenntnisse berücksichtigt. Diese sind die Unterscheidung zwischen der monetären und der technischen Kapazität eines Bankbetriebes und die Trennung aller angebotenen Leistungen in bestimmte Sparten.

Auf die Preisbildung in der Kreditwirtschaft wirkt auch die Wettbewerbssituation ein. Sie wird durch gesetzliche oder amtliche Bestimmungen oder Regelungen beeinflusst. Diese sind einmal die Institutionen der Bankenaufsicht und der Zentralnotenbank, zum anderen die Regelungen durch das "Gesetz über das Kreditwesen". Der Wettbewerbsspielraum wird dadurch begrenzt.

Hinzu kommen weitere Einengungen der Wettbewerbsmöglichkeiten durch Beschränkungen der Werbung. Aber auch der Bankbetrieb selbst hat nur begrenzte Möglichkeiten, die monetäre und die technische Kapazität und damit das

Angebot zu variieren. Diese Fragen sollen im II. Teil behandelt werden.

Besondere Probleme treten in einer nichtstationären Wirtschaft auf. Nachdem zu Beginn des III. Teils die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland skizziert worden ist, werden die Wirkungen des Wachstums auf die technische und monetäre Kapazität eines Bankbetriebes untersucht. Hierbei wird besonders auf die Kreditrationierung und Kreditselektion eingegangen werden müssen, die die Auslesefunktion des Preises ersetzen.

Wie sich das wirtschaftliche Wachstum auf die Kapazitäten einer Bank auswirken kann, soll anhand eines Beispiels aus dem Zahlungsverkehr aufgezeigt werden.

II. Begriffsabgrenzungen

Der Name Bank wurde im Zeitablauf für verschiedene Zusammenfassungen von Tätigkeiten verwendet, die Geld- und Kreditgeschäfte als Grundlage hatten. So waren es zunächst Wechsler und Kreditvermittler, die Währungen umwechselten und eigene oder fremde Gelder weitergaben.

Auch die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gegründeten Aktienbanken befaßten sich anfangs fast nur mit Finanzierungen. Später kamen der Giro- und Kontokorrentverkehr und andere Dienstleistungen hinzu ¹⁾.

Somit sind grundsätzlich zwei Funktionen einer Bank zu beachten: der Handel mit Liquidität und das Ausführen von Dienstleistungen. Als Bank, Kreditbank o. ä. soll in dieser Arbeit ein Unternehmen bezeichnet werden, das grundsätzlich beide Funktionsbereiche umfaßt.

Bei dieser Begriffsfassung ist es unerheblich, in welcher juristischen Form die einzelne Bank betrieben wird. Gerade die Diskussion um den Finanzmakler Münemann zeigte, wie juristische Formulierungen an den wirtschaftlichen Gegebenheiten vorbeigehen können.

Eine andere Frage ist die nach der Stellung der Banken in der Volkswirtschaft. Gehören sie zum tertiären oder sekundären Bereich?

Zunächst kann man davon ausgehen, daß ein Kreditinstitut nicht Sachgüter sondern Dienstleistungen anbietet ²⁾. Die Bank ist aber auch in der "Verarbeitung" tätig, wenn man an die sogenannte Transformation denkt ³⁾. Nach dieser Theorie formen die Banken die kurzfristigen Einlagen in längerfristige Kredite um.

-
- 1) Vgl. S. Wendt, Art. Banken (I), Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Erster Band, Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1956, S. 546 f.
 - 2) Vgl. M. Lohmann, Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, 3. Aufl. Tübingen 1959, S. 17
 - 3) E. Schmalenbach, Kapital, Kredit und Zins in betriebswirtschaftlicher Beleuchtung, 3. Aufl. Köln-Opladen 1951, S. 139

M ü l h a u p t weist aber darauf hin, daß das Gelingen der Transformation auf dem Gesetz der Großen Zahl beruht und somit funktionell mit der Betriebsgröße verbunden ist ¹⁾. Die Kreditgewährung einer Bank in der gegenwärtigen Ordnung des Geldwesens ist durch die Verfügung über Zentralbankgeld als definitives Zahlungsmittel begrenzt. Die zusätzliche Produktionskapazität liegt in der Höhe der sogenannten Überschußreserve.

Legt man die Betonung auf das Schaffen neuer Liquidität, kann von einem Produktionsunternehmen gesprochen werden. Dies ist aber dann nicht möglich, wenn die Begrenzung der Produktion und deren Alimentierung durch das Zentralbankgeld betont wird. Daraus folgert M ü l h a u p t, daß es "eine Frage der Betrachtungsweise (sei), ob man die Kreditbank als Produktions- oder Handelsunternehmung betrachten will" ²⁾.

Da in der Arbeit nicht nur das Kreditgeschäft behandelt werden soll, wird die Tätigkeit der Banken dem tertiären Sektor der Wirtschaft zugerechnet.

-
- 1) L. Mülhaupt, Umsatz-, Kosten- und Gewinnplanung einer Kreditbank, Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, N.F., 8.Jhg. 1956, S. 9 f.
 - 2) L. Mülhaupt, l.c., S. 10

Als Preise oder Konditionen im Bankgewerbe sollen die in Geld ausgedrückten Entgelte für gewährte Leistungen bezeichnet werden ¹⁾. Sie finden ihren Ausdruck in Zinsen, Provisionen, Gebühren und Spesen. Zinsen werden aus der Betragshöhe und der genauen Dauer der gewährten Geldüberlassung berechnet. Die Provisionen können grundsätzlich ebenso errechnet werden, doch wird bei ihnen oft die Zeit nicht oder nur in Intervallen (z.B. Monat, Quartal) berücksichtigt. Als Gebühren sollen solche Entgelte bezeichnet werden, die nur auf das Stück oder den Vorgang bezogen werden. In der vorliegenden Arbeit soll somit grundsätzlich zwischen der stückbezogenen Gebühr und der betragsbezogenen Provision unterschieden werden, obgleich beide Begriffe in der Praxis oft synonym verwendet werden. Die Spesen sind durch die Bank offen weitergegebene Kosten Dritter. Sie sind somit den Gebühren gleichartig. Den Endpreis einer Bankleistung können alle vier oder nur ein Teil der genannten Elemente bestimmen.

Zu den Preisen treten Vereinbarungen hinzu. Diese sind nicht ohne weiteres oder kaum monetär bezifferbar. Dennoch müssen die Vereinbarungen als integrierender Bestandteil des zwischen den Beteiligten herrschenden Vertragsverhältnisses angesehen werden. Hierunter sind als direkte Vereinbarungen die Allgemeinen Geschäftsbedingungen und die Bestellung von Sicherheiten jeglicher Art zu zählen. Als indirekte Vereinbarungen sind hingegen solche zu bezeichnen, die auf das Verhältnis zwischen Bank und Kunde mittelbaren Einfluß haben. Diese sind gesetzliche oder administrative Regelungen durch das KWG, die Bankenaufsicht und die Deutsche Bundesbank. Die indirekten Vereinbarungen werden durch ihre Anwendung gegebenenfalls zu direkten (Zinsanordnungen).

1) Vgl. F. Herlan, Art. Konditionen im Bankgewerbe, Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, hrsg. v. M. Palyi und P. Quittner, Band II, Frankfurt/M. 1957, S. 1008

I. Teil

=====

Die Selbstkosten als Preisuntergrenze

=====

I. Analyse der bankbetrieblichen Leistung

=====

1. Historisches zu den Bankleistungen

Zunächst geschah das Wechseln und Aufbewahren von Geld (Gold und Silber) gegen Entgelt örtlich auf den Märkten neben den anderen Tätigkeiten der Händler. Später kam dann die Vermittlung von Zahlungen am Ort und von Ort zu Ort hinzu. Bald ergaben sich Erfahrungen mit dem sogenannten Bodensatz oder der Beständigkeitsquote. Es kam zu Kreditgewährungen, die auch zu Kreditschaffungen ¹⁾ führten. Ferner übernahmen die Banken Bürgschaften und Akzepte, gaben Banknoten gegen Güter - meist Edelmetalle - oder Wechsel aus. Die Industrialisierung führte zu umfangreichen Effekten- und Kapitalgeschäften ²⁾.

H ü b n e r zählt 1854 als Bankgeschäfte auf ³⁾:
Geldwechsel, Gold- und Silberhandel, Depositengeschäft, Girogeschäft, Zettelgeschäft (d.i. Banknotenemission), Disconto- und Wechselgeschäft, Inkassogeschäft, Leihgeschäft, Conto-Correntgeschäft, Börsenpapiergeschäft und Staatsanleihen (d.s. Staatskredite).

1) Der Ausdruck "schaffen" wird der sonst gebräuchlichen Formulierung "schöpfen" vorgezogen, um unmißverständlich darzulegen, daß es sich um ein Erschaffen und nicht um ein Ausschöpfen von etwas Vorhandenem handelt. So auch O. Veit, Grundriß der Währungspolitik, Frankfurt/M. 1961, S. 225.

2) Vgl. J. Löffelholz, Geschichte der Betriebswirtschaft und der Betriebswirtschaftslehre, Stuttgart 1935, S. 190 ff., 329 ff.

3) O. Hübner, Die Banken, Leipzig 1854, S. 36 ff.

Verfolgt man die Geschichte einzelner Bankfirmen oder -gründungen, so entdeckt man leicht einen Wandel der hauptsächlichsten Geschäftssparten. Zwar pflegen aus Tradition bestimmte Häuser einzelne Geschäftszweige besonders, doch zeigt das Verhalten der Sparkassen seit Beginn des 20. Jahrhunderts einen deutlichen Wandel der Geschäftssparten ¹⁾. Abgesehen von ihrer rechtlichen Stellung und ihren andersgearteten Interessen ²⁾ sind die Sparkassen heute für den außenstehenden Kunden den sogenannten Geschäftsbanken nahezu ebenbürtig. Selbst die anfänglich nur als Clearingstellen gedachten Girozentralen erweiterten ihre Tätigkeiten und wurden zu regulären Banken ³⁾. Ähnliche Tendenzen zeigten sich auch bei den Kreditgenossenschaften ⁴⁾. Dennoch sind die Institute des Kreditgewerbes nicht uniform, wie dies gelegentlich behauptet wird. Es besteht aber unleugbar ein Trend zur Vereinheitlichung ⁵⁾. Die einzelnen Bankengruppen setzen auf bestimmte Geschäfte Schwerpunkte. Dies geht auch aus der folgenden Zusammenstellung hervor, die einige Bilanzposten absolut und relativ zum Geschäftsvolumen aufführt (vgl. Tabelle I). So betragen Ende 1960 bei allen Banken die Sicht- und Termineinlagen 30,9 % des Geschäftsvolumens. Bei den Kreditbanken liegt jedoch dieser Satz über 56 %, der Sparkassenbereich unterschreitet mit 29 % knapp den Durchschnitt, während die Genossenschaften 35 % erreichen. Auch bei den Spareinlagen zeigen sich größere Unterschiede zwischen den Kreditbanken und dem Sparkassenbereich, die Zahlen lauten 13 % und 39 %. Darüber liegt der Genossenschaftsbereich mit knapp 41 %.

-
- 1) Vgl. F. Senger, Die Entwicklung der Sparkassen zu Banken, Diss. Freiburg 1926, S. 40 f.; A. Jachlinski, Die Veränderungen im Sparkassenwesen seit dem Jahre 1914, Diss. Göttingen 1922, S. 46; A. Kruse, Der Mittelstandskredit, Jena 1941, S. 160ff.; W. Kalveram - H. Günther, Bankbetriebslehre, 3. Aufl. Wiesbaden 1961, S. 318.
 - 2) Vgl. Die Diskussion um die Aufwertung der DM, für welche die Sparkassen im Gegensatz zu den Banken eintraten.
 - 3) Vgl. F. Senger, l.c., S. 114
 - 4) Vgl. G. Stünkel, Im Kreditwesen auf dem Wege zur Universalität, in: Genossenschaften in der Bewährung, Der Volkswirt, 2.7.1961.
 - 5) So.z.B. Trend zur Universalbank, Industriekurier, 13.7.61

Die kurzfristigen Kredite belaufen sich auf 19,6 % im Durchschnitt, bei den Kreditbanken auf 43,1 %, im Sparkassen- und Genossenschaftsbereich auf 9,8 % und 31,8 %. Bei den langfristigen Ausleihungen stehen die Sparkassen mit 51,4 % an der Spitze. Für die Genossenschaften und die Kreditbanken betragen diese Zahlen 26,6 % und 20,3 %, der Durchschnitt liegt bei 47,8 %.

Diese Zahlen sind problematisch. Zunächst ist ein Stichtagsbestand nicht immer repräsentativ für die wirklichen Verhältnisse. Außerdem muß bei den Krediten und auch bei den Einlagen berücksichtigt werden, daß die reale, wirtschaftliche Fristigkeit oft sehr stark von der juristischen abweicht. Ferner entbehrt der Bezug auf das Geschäftsvolumen nicht der Problematik. Dennoch wird durch das empirische Material die These widerlegt, daß die Kreditwirtschaft einheitlich strukturiert sei.

Tabelle I Wichtige Bilanzpositionen der Bankengruppen Ende der Jahre 1950 und 1960																
	Alle Banken (1)				Kreditbanken insgesamt				Sparkassen- bereich (2)				Genossenschafts- bereich (3) (4)			
	1950		1960		1950		1960		1950		1960		1950		1960	
	1	2	1	2	1	2	1	2	1	2	1	2	1	2	1	2
Aktiva																
Barreserve	2,2	5,5	14,5	6,1	1,1	7,5	6,2	9,9	0,7	5,7	5,8	6,7	0,2	4	1,9	7,6
Postcheck u. Guthab. b. Kreditinst.	2,5	6,2	20,9	8,8	1,1	7,5	4,4	7,0	0,9	7,2	9,5	11,1	0,3	6	3,8	14,9
Schatzwechsel u. unverz. Sch'anweisungen.	0,5	1,3	6,0	2,5	0,0	0,3	1,7	2,7	0,1	0,8	2,8	3,3	0,0	0	0,1	0,4
Kurzfr. Kredite (5)	16,0	40,0	46,5	19,6	9,1	62,2	27,0	43,1	3,8	30,8	8,4	9,8	2,4	48	8,1	31,8
Mittel u. langfr. Kredite (6)	9,9	24,8	113,4	47,8	0,9	6,2	12,8	20,3	3,2	25,7	43,9	51,4	0,5	10	6,8	26,6
Wertpap. u. Konsortialbeteilig. (7)	0,5	1,3	18,5	7,8	0,1	0,7	5,9	9,3	0,2	1,5	8,5	9,9	0,0	0	1,3	5,2
Ausgleichs- u. Deckungsforderungen	6,4	15,9	8,6	3,7	1,7	11,5	2,0	3,1	2,8	22,6	3,9	4,6	1,1	22	1,5	5,8
Sonst. Aktiva (8)	2,0	5,0	8,8	3,7	0,6	4,1	2,9	4,6	0,7	5,7	2,7	3,2	0,4	8,1	02,0	7,7
Passiva																
Sicht- u. Term.einl.	16,0	40,1	73,2	30,9	8,0	54,6	35,6	56,6	5,3	43,2	25,0	29,2	1,6	32	9,0	35,3
Spareinlagen	4,4	11,1	55,2	23,3	0,5	3,4	8,3	13,3	2,8	22,8	33,2	38,9	1,0	20	10,4	40,7
Refinanz. u. so. kurzfr. Geld. (9)	7,7	19,4	10,8	4,5	3,9	26,6	4,0	6,4	1,4	11,6	0,8	1,0	1,7	34	1,1	4,3
Schuldverschr./Uml. d. langfr. Darl.	1,8	4,5	29,3	12,4	0,2	1,4	3,1	5,0	0,3	2,5	6,8	8,0	0,0	0	0,1	0,5
u. durchl. Kred. (10)	5,9	14,7	47,0	19,8	0,6	4,0	4,6	7,3	1,4	11,7	13,7	16,0	0,2	4	2,7	10,4
Eigenkapital (11)	1,2	3,1	9,8	4,1	0,3	1,9	3,1	5,0	0,3	2,4	2,3	2,7	0,3	6	1,4	5,6
Sonstige Pass. (12)	2,9	7,1	11,9	5,0	1,2	8,1	4,0	6,4	0,7	5,8	3,5	4,2	0,2	4	0,8	3,2
Geschäftsvolumen (13)	40,0	100	237,3	100	14,6	100	62,8	100	12,3	100	85,4	100	5,0	100	25,5	100
1= in Mrd.DM (absolut) 2 = in v.H. des Geschäftsvolumens Anmerkungen s. folgende Seite																

1= in Mrd.DM (absolut) 2 = in v.H. des Geschäftsvolumens Anmerkungen s. folgende Seite

Anmerkungen zu Tabelle I

(1)

Sämtliche zur Bankenstatistik berichtenden Institute zuzüglich nicht berichtspflichtige ländliche Kreditgenossenschaften.

(2)

Einschl. Deutsche Girozentrale - Deutsche Kommunalbank -, Berlin/Düsseldorf.

(3)

Einschl. Deutsche Genossenschaftskasse, Frankfurt (Main).

(4)

Bei den ländlichen Kreditgenossenschaften umfassen die Zahlen das Geschäft a l l e r Spar- und Darlehenskassen, während in den bankstatistischen Erhebungen der Deutschen Bundesbank gegenwärtig nur rund 1500 Institute erfaßt sind. Die Zahlen für alle ländlichen Kreditgenossenschaften wurden bis Ende 1958 den Jahresberichten des Deutschen Raiffeisenverbandes e.V., Bonn, entnommen; für die Jahre 1959 und 1960 wurden sie geschätzt.

(5)

Akzeptkredite, Kontokorrent- und sonstige Kredite sowie Wechseldiskontkredite (ohne Schatzwechsel).

(6)

Einschl. "Durchlaufende Kredite".

(7)

Einschl. Kassenobligationen.

(8)

Differenz zwischen dem "Geschäftsvolumen" und der Summe der in der obigen Statistik erfaßten Aktiva.

(9)

Aufgenommene Gelder, eigene Akzepte im Umlauf, eigene Ziehungen im Umlauf, Indossamentsverbindlichkeiten aus rediskontierten Wechseln.

(10)

Von 4 Jahren und mehr.

(11)

Grund- und Stammkapital bzw. Geschäftsguthaben einschl. Rücklagen nach § 11 KWG a.F.

(12)

Differenz zwischen dem Geschäftsvolumen und der Summe der in der obigen Statistik erfaßten Passiva.

(13)

Positionen: "Bilanzsumme", "Den Kreditnehmern abgerechnete eigene Ziehungen im Umlauf", "Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln", "Aus dem Wechselbestand vor Verfall zum Einzug versandte Wechsel".

Quelle:

Deutsche Bundesbank, Monatsbericht März 1961, S. 37 ff.

2. Der doppelte Aspekt bei der Leistungsanalyse:

Betrags- und Stückleistung

(1.) Eine Leistung in mikroökonomischer Betrachtungsweise kann als die Tätigkeit selbst oder als deren Ergebnis angesehen werden. Als 'eigentliche' Leistung wird aber oft nur die verwertbare und in Geld ausdrückbare Einheit bezeichnet. Diese ergibt sich aus der Multiplikation des Preises für die Leistung mit der oder den angefertigten Leistungen je Zeiteinheit ¹⁾.

Während auf dem Absatzmarkt in der Landeswährung gerechnet wird, ist eine innerbetriebliche Leistung immer schwer bewertbar, da sie ständigen Veränderungen ausgesetzt ist. Der einzelne Arbeitsvorgang wird gemessen und bewertet in Stückzahlen, Stunden, Summen, nach Tätigkeiten wie schreiben, rechnen, buchen, kontrollieren, befördern und ordnen oder an der Zusammensetzung der genannten Grundelemente.

Um die Leistungen zu erfassen, kann von der verwirklichten Betriebsorganisation ausgegangen werden. Dadurch gelangt man zu einer sehr umfangreichen Zusammenstellung ²⁾. Sie ist beispielsweise in die Abteilungen (Hauptkasse, Sortenkasse, Überweisungs-, Wechsel-, Kredit-, Devisen-, Effektenabteilung), die Arbeitsgebiete (z.B. bei der Hauptkasse: Einzahlung und Auszahlung) und in die einzelnen Leistungsarten (z.B. Einzahlung zugunsten Kundenkonto, Dritter, Bank usw.) aufgegliedert.

Dieses Schema paßt aber immer nur für eine bestimmte Bank in einem bestimmten Zeitabschnitt. Die Betriebsgröße wird als gegeben angenommen.

-
- 1) Vgl. Th. Beste, Was ist Leistung in der Betriebswirtschaftslehre?, Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung (ZfhF), 38. Jhg. 1944, S.1 ff.
 - 2) Vgl. F. Schönflug; Zum Begriff der bankbetrieblichen Leistung, Zahlungsverkehr und Bankbetrieb, 16. Jhg. 1934, S. 21

Andere Leistungsgliederungen gehen von der Bilanzwirksamkeit der Geschäfte (Marktleistung) aus. Auf diesem formalen Unterscheidungsmerkmal aufbauend erhält man folgende Einteilung: Aktiv- und Passivgeschäfte mit einer Ergänzung durch die Dienstleistungs- und Eigengeschäfte. Damit werden die Leistungen nur formal erfaßt. Über die Leistungen selbst wird wenig ausgesagt.

Die Leistungen müssen sowohl von der Kostenseite, als auch von der Ertragsseite her gesehen werden. Beide Aspekte sollten zusammen in die Betrachtung eingehen, obgleich sie nicht immer unbedingt zusammen auftreten müssen ¹⁾.

Für den Betrieb sind die Leistungen ursächlich mit Kosten verbunden und können an diesen gemessen werden. Die Marktleistung erzielt einen Preis, der dann in Beziehung zu den Kosten gesetzt wird.

Bei den Industrieprodukten haben die Abnehmer ein Interesse grundsätzlich nur am Endprodukt, nicht aber an dessen Werdegang im Herstellprozeß. Für sie ist der Kombinationsprozeß gleichgültig, es sei denn, gerade durch diesen wird das Produkt in seiner Qualität besonders beeinflusst. Es lassen sich hierfür Beispiele aus der Fertigung finden. Daher liegt die Vermutung nahe, daß Kunden, die Branchenkenntnisse besitzen, bei bestimmten Waren auch auf den Herstellprozeß selbst Wert legen.

1) "Insbesondere muß die Leistung der Bank so beschaffen sein, daß sie im Markt verkehrsfähig ist und einen Preis erzielt". St. Kaminsky, Die Kosten- und Erfolgsrechnung der Kreditinstitute, Meisenheim/Glan 1955, S. 28. Hieran anschließend könnte aus der Leistungsforderung u. U. auch das Kriterium der Ertragserzielung herausgelesen werden. Da die Banken oft auf ein Entgelt bewußt verzichten oder auch darauf verzichten müssen, obgleich es sich um eine Marktleistung handelt, soll dieses Unterscheidungsmerkmal nicht verwendet werden.

Der Bankkunde ist kaum an der Herkunft der Gelder für seinen speziellen Kredit interessiert - es könnte ihm auch nur sehr selten eine Antwort darauf werden - , wohl aber daran, wie beispielsweise Überweisungen geleitet und Schecks eingezogen werden. In diesen Fällen ist für ihn die Bankleistung nicht nur der Akt des Transfers oder des Einzugs selbst, sondern ihm ist der Zeitabschnitt, in welchem dies geschieht, wichtig. Das Moment der Dauer zwischen Auftragsabgabe und vollständiger Ausführung läßt den Kunden - analog zu den Lieferfristen der Industrie - zwischen den verschiedenen Arten der Zahlung wählen.

Hinzu kommt, daß Bankpreise oft nicht in einer Summe genannt werden. Je nach den Stadien, die der Betriebsprozeß erfordert, werden oft verschiedene 'Einzelpreise' verlangt. Dadurch wird der Kunde, wenn er rechnet, an dem 'Wie' der Leistungserfüllung interessiert.

Als Beispiel mögen folgende Fälle gelten: Die Kontokorrentkonten werden heute in der Regel mindestens halbjährlich abgeschlossen. Den Kunden werden neben der Zinsrechnung auch noch die Provisionen, Gebühren und Spesen dieser Zeit berechnet. Da ein Teil der Sätze 'betragsbezogen' ist, kann der Kunde, der einen bestimmten hohen Umsatz auf seinem Konto in einem Posten erwartet oder tätigen will, diesen nicht über sein Konto verrechnen, sondern ihn einem internen Konto der Bank gutschreiben und belasten lassen (Wechsel- oder Scheckinkasso mit anschließender Barabhebung).

Um die Gebühren auf dem Konto für die Umsätze zu sparen, können, da Bareinzahlungen bei den Banken gebührenfrei sind, mehrere Einzahlungsscheine ausgefüllt werden. Die benötigte Gesamtsumme kann dann dem Konto durch eine Barauszahlungsquittung belastet werden. Will der Kunde außerdem noch Geld aus seinem Konto abheben, so hat er die gesamten Buchungsgebühren (etwa 10 bis 20 Pfennig je Stück) bei gleicher Arbeit gespart, da die Formulare für

Einzahlungen und Überweisungen sich gleichen. Dies ist jedoch nur dann der Fall, wenn der Bankbetrieb keine gesonderten Ein- und Auszahlungskassen hat und dadurch Wartezeiten entstehen können.

(2.) Was soll als Leistung angesehen werden? Zunächst muß die Forderung aufgestellt werden, daß es sich bei der Bankleistung, die dann auch mit Preisen versehen werden kann, nur um eine vollständige Leistung handeln sollte. Nicht Teilleistungen, wenn auch diese die Grundlage für die Preise bilden können, sondern die gesamte Leistung für einen bestimmten Auftrag muß als Einheit gesehen werden ¹⁾.

Somit kann nicht schon die Entgegennahme des Geldes für eine Einzahlung als selbständige Leistung angesehen werden. Der Vorfall muß bis zur Auszugserteilung weiter betrachtet werden, denn erst durch die Schuldanerkenntnis auf dem Konto befriedigt die Bank ihren Kunden, nicht schon mit der Kassenempfangsbescheinigung. Aus diesen Gründen sollte weder die Kreditzusage, die Kreditauszahlung noch die Kreditrückzahlung jeweils als eine Leistung angesehen werden ²⁾.

In dem zuletzt angeführten Beispiel ergibt sich eine gewisse Schwierigkeit in Bezug auf die gestellte Forderung, die Kreditrückzahlung einzubeziehen. Hier kann die Forderung nach der Leistungsvollständigkeit auch aus dem Vertragsverhältnis zwischen Kunden und Bank motiviert werden.

In dieser Arbeit wird immer nur dann von einer Bankleistung gesprochen werden, wenn ein Auftrag des Kunden vollständig durchgeführt wurde.

1) Vgl. E. Witte, Zum Begriff der bankbetrieblichen Kreditleistung, Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis, 9. Jhg. 1957, S. 275 f.

2) Vgl. E. Witte, l.c., S. 275 f.

(3.) Der materielle Ausfluß der Bankleistung ¹⁾ besteht oft nur im beschriebenen und bearbeiteten Papier der Banken. So betont K a m i n s k y: "Größere Schwierigkeiten macht jedoch die Tatsache, daß es oft an einem körperlich greifbaren, konkreten, in irgendeiner Weise abgrenzbaren Produkte fehlt" ²⁾.

Es erscheint daher logisch, wenn H a s e n a c k als Leistungseinheit "die Einheit des geleisteten Wertumsatzes" (das ist "der ziffernmäßige Umsatz unter Berücksichtigung der Auftragshöhe") ³⁾ sieht.

Als Beispiel fügt er an: "M. 1.000,- vermittelter Effektenumsatz, M. 1.000,- einkassierte Wechselsumme". So kommt es, daß heute, beginnend mit I s a a c über K a m i n s k y nahezu ausschließlich von einem Dualismus der Bankleistung gesprochen wird.

Die Leistung bestehe aus einer 'Wert- und Stückleistung' ⁴⁾. Dabei wird betont, daß es sich um "zwei artverschiedene, quantitativ nicht gekoppelte, eigengesetzliche Leistungsarten handele, deren Gesamtheit für die Zwecke der Kosten- und Erfolgsrechnung die bankbetriebliche Leistung repräsentiert" ⁵⁾. Hierbei wird die 'Wertsphäre' als "abstrakter Wirkbereich verstanden, dessen Leistung in der Annahme, Schaffung und Weitergabe von monetären Dispositionsmöglichkeiten besteht" ⁶⁾. Die 'Stückleistung' ist hingegen der "elementare Schreib-, Rechen-, Buchungs-, Kontroll-, Beförderungs- und Ordnungsvorgang" ⁷⁾.

1) "Dienste und Dienstleistungen sind immaterielle Güter", E. Gutenberg, Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, Erster Band: Die Produktion, 5. Aufl. Berlin-Göttingen-Heidelberg 1960, S. 1; vgl. auch C. Zimmerer, Bankkostenrechnung, Frankfurt a.M. 1956, S. 12 und E. Schönflug, Zum Begriff der bankbetrieblichen Leistung, l.c., S. 18 f.

2) St. Kaminsky, l.c., S. 23

3) W. Hasenack, Betriebskalkulation im Bankgewerbe, Berlin 1925, S. IX f.

4) Vgl. A. Isaac, Über das Selbstkostenproblem im Bankbetrieb, Leipzig 1921, S. 7 ff.; St. Kaminsky, l.c., S. 22 ff.; C. Zimmerer, Bankkostenrechnung, l.c., S. 15 f.

5) St. Kaminsky, l.c., S. 26

6) St. Kaminsky, l.c., S. 27

7) C. Zimmerer, Bankkostenrechnung, l.c., S. 15

Oben wurde die Forderung aufgestellt, daß es sich bei der Bankleistung um eine vollständige Leistung handeln sollte. Wird diese Leistung durch den 'Dualismus' aufgespalten? Die ganze Leistung kann in allen ihren innerbetrieblichen Stadien von der Erteilung des Auftrags bis zur Erfüllung unter diesem doppelten Aspekt gesehen werden. Der Betrag¹⁾ und der Geschäftsvorfall (das Stück) bilden den sogenannten Dualismus der Bankleistung. Es sind also zwei Betrachtungsweisen, nicht zwei Arten der Leistung. Ohne einen Betrag in irgendeiner Form zu berühren, lassen sich im Bankbetrieb selbst bei Auskünften (!) kaum Leistungen finden. Jedem Tätigwerden der Bank liegt aber ein Auftrag zugrunde. Dieser kann von außen (dem Markt) oder von der Bank selbst gegeben werden. Erst aufgrund dieser Aufträge werden Leistungen abgegeben. Aufträge, die ausgeführt werden, können gezählt werden (Stückleistung). Daher ist keine Betragsleistung ohne Auftrag, also ohne Stückleistung denkbar.

Es muß festgehalten werden, daß eine vollständige Leistung aus Teilleistungen besteht, deren Betrachtung einmal stärker den Betrag (Kreditgeschäft), zum anderen stärker das Stück (Überweisung) in den Vordergrund treten läßt. Was ist nun der Grund für diese unterschiedliche Betrachtungsweise?

Stellt die Bank Liquidität (Kredit) zur Verfügung, so ist es offensichtlich, daß hier hauptsächlich - nicht ausschließlich (vgl. die Kreditstreuung) - darauf gesehen wird, welche Höhe der Kredit hat. Der Kunde ist auch nicht an einem Kredit interessiert. Er möchte den Kredit über einen bestimmten Betrag erhalten.

Bei einem Kontoübertrag innerhalb der Bank von Kunde zu Kunde tritt durch die nur arbeitsmäßige Beanspruchung der Bank der stückmäßige Aspekt in den Vordergrund der Betrachtung.

1) Es soll nicht von 'Wertleistung' gesprochen werden, da dem Wert etwas Subjektives anhaftet. - Der Betrag kann sich in den Nominalbetrag und in den ausmachenden Betrag aufteilen.

Zwischen diesen beiden Grenzfällen liegen nun all diejenigen, die bei der Bank beide Aspekte wirksam werden lassen.

Das Betragsmoment gewinnt für die Bank bei Überweisungen über die Landeszentralbank sofort an Bedeutung, da ihr dann Liquidität entzogen wird.

Dieser Dualismus der Bankleistungen wird betont, da er ersichtlich macht, daß die Bankkapazität in zwei Teilkapazitäten aufzugliedern ist.

Unter der *m o n e t ä r e n* Kapazität wird derjenige Teil der gesamten Bankkapazität verstanden, der monetär (liquiditätsmäßig) die Leistung ausführt.

Die *t e c h n i s c h e* Kapazität bezeichnet hingegen das personelle ¹⁾ und sachliche Leistungsvermögen eines Bankbetriebes, die anfallenden Aufgaben zu erfüllen ²⁾.

Aus dem Dualismus der Kapazitäten ergibt sich für die Preispolitik im Bankgewerbe ein doppelter Ansatzpunkt.

1) Einem Einwand ist noch vorzubeugen. Der Ausdruck "technisch" wird nicht im Gegensatz zu "menschlich" sondern zu "monetär" verstanden. Es wird damit nicht unterstellt, daß der Mensch nur als technisches Instrument verwendet wird.

2) Vgl. S. 60

3. Die Heterogenität der Bankleistungen

(1.) Nachdem die Bankleistungen in den beiden Aspekten dargestellt worden sind, soll nun das Verhältnis der einzelnen Leistungen zueinander untersucht werden. Es soll versucht werden aufzuzeigen, ob die Leistungen heterogen oder homogen sind.

Von homogenen Gütern wird immer dann gesprochen werden können, wenn sie objektiv und gegebenenfalls auch subjektiv die gleichen Merkmale aufweisen.

Der erste Fall soll nur in die Betrachtung einbezogen werden. Die Merkmale können durch die Kosten, die für die Leistung aufgewendet werden, bestimmt werden. Dabei darf jedoch nicht nur von den Kosten ausgegangen werden. Die Leistungen wären nur dann homogen, wenn sie auch sachlich homogen sind. So können 10,- DM für Zinsen auf ein Sparkonto nicht dem gleichen Betrag an Gebühren für ein Ferngespräch gleichgesetzt werden.

Durch ein Beispiel aus dem Zahlungsverkehr soll verdeutlicht werden, daß selbst dort (man könnte von einer Massenfertigung sprechen) die Leistungen heterogen sind.

Im Zahlungsverkehr kann unterschieden werden zwischen:

1. Einzahlung auf eigenes Konto (des Kurlen),
2. Einzahlung auf fremdes Konto,
 - a) innerhalb der Bank,
 - b) innerhalb des Banknetzes (Filiale),
 - c) außerhalb des Banknetzes
 - (1) über Landeszentralbankabrechnungsstelle,
 - (2) über Postscheck,
3. Überweisungen
wie unter 1. und 2.

Die einzelnen Teilleistungen haben nun schematisch gesehen folgenden Verlauf:

zu 1.

1. Ausfüllen des Beleges durch die Bank, wenn nicht schon durch den Kunden erledigt.
2. Entgegennahme und Herausgabe auf den betreffenden Betrag.
3. Erteilung der Quittung mittels Maschine und Unterschrift,
4. Interne Vorgänge:
Ordnen des Geldes, Anfertigung der Kassenprimanota, Gutschrift auf dem Konto, Versand des Auszuges.
5. Erteilung des Auszuges durch Postzustellung oder durch Bereitstellen in der Schalterhalle und damit Schuldanerkenntnis.

zu 2.

Unter a) ist der Vorgang gleich wie unter 1., nur daß dem Auszug der Gutschriftsbeleg beiliegt.

Unter b) erweitern sich nur die internen Vorgänge:
Gutschrift auf Filialkonto (Erkennen der Zentrale),
Gutschrift der Zentrale für die betreffende Filiale unter gleichzeitiger Belastung der auftraggebenden Filiale,
Benachrichtigungen der Zentrale an die Filialen,
die belegempfangende Filiale bucht mit und erkennt das Kundenkonto.

Unter c1) werden die Buchungen der Zentrale durch diejenigen der Landeszentralbank ersetzt und dadurch erweitert, daß die Landeszentralbank am Ort der belegempfangenden Bank ebenfalls mitbuchen muß, also ein durchlaufender Posten mehr entsteht (1).

Unter c2) muß nach Anfertigung der Kassenprimanota der Kasseneinzahlungsbeleg umgeschrieben (2) und das Postscheckkonto erkannt werden. Das Postscheckamt erkennt und benachrichtigt den Kunden.

zu 3.

Beim Überweisungsverkehr ergeben sich nach der Entgegennahme des bereits formularmäßig ganz oder teilweise oder garnicht ausgefüllten Beleges folgende zusätzliche Arbeiten:

1. Überprüfen und Vervollständigen (neue Anfertigung) des Auftrages,
 2. Kontrolle der Deckung und Unterschrift(en);
- dafür entfallen die oben unter 1. genannten Punkte 2 bis 4. Bei letzterem jedoch nur das Ordnen des Geldes, die Buchungen sind alle gleichartig.

-
- 1) Liquiditätsmäßig bedeutet dies aber für die abrechnende Bank, daß sie den gesamten Betrag sofort wieder verliert, die Einzahlung sich aufhebt.
 - 2) Die Postscheckämter verwenden die Bankformulare nicht.

Diese Darstellung zeigt auf, wie verschieden die Anforderungen an die Bank bei der Einzahlung oder Überweisung sein können, sodaß äußerlich gleichartige Fälle unterschiedlichste Teilleistungen von der Bank erfordern, also kostenmäßig nicht gleich sind. Angefangen bei der Geldannahme und Geldrückgabe, wenn dabei besondere Wünsche verbunden werden, bis hin zur Entzifferung eines handgeschriebenen, unleserlichen und unvollständigen Überweisungsauftrages gleichen wohl immer nur wenige Leistungen einander völlig. Somit kann von einer Einzelfertigung mit vielen artgleichen Merkmalen bei gemeinsamer Produktion ¹⁾ gesprochen werden.

Es ist unschwer einzusehen, daß das gleiche Problem bei der Behandlung der Kredite auftritt. Auch hier kann man zu dem Ergebnis gelangen, daß jede einzelne Bankleistung eine sui generis ist, die zwar gemeinsam mit den anderen hergestellt wird, nicht jedoch mit ihnen identisch ist. Dies gilt mit Einschränkungen auch für alle anderen Leistungen.

Die Leistungen werden entweder gleichzeitig oder nacheinander erbracht. Während des Prozesses werden ein oder mehrere Produktionsfaktoren gemeinsam verwendet. Auf einem Konto werden z. B. an einem Tage gebucht: Kassenein- oder -ausgänge, Diskontwechselgutschriften, Wechseleinlösungen, Effektenzinsen, Überweisungen im Soll und im Haben. Bei der gemeinsamen Produktion ergeben sich Kosten, die sämtlichen Leistungen zuzurechnen sind. Die Aufteilung der Gemeinkosten kann aber nur durch "Annahmen, die logisch nicht begründet werden können" ²⁾, vorgenommen werden.

Eine Kuppelproduktion (Koppelproduktion) liegt bei den Bankleistungen nicht vor, da diese Leistungen produktionsmäßig nicht "so miteinander verbunden sind, daß ein Produkt nicht hergestellt werden kann, ohne daß gleichzeitig mit

1) E. Schneider, Einführung in die Wirtschaftstheorie, II. Teil, 6. Aufl. Tübingen 1960, S. 110

2) E. Schneider, l.c., S. 114 f.

technischer Notwendigkeit andere Produkte anfallen¹⁾. Organisatorisch wird dieser Zusammenhang für einige Leistungen im Bankbetriebe hergestellt. Er ist aber keine zwingende Notwendigkeit.

(2.) In der Praxis wird versucht, die Heterogenität der Bankleistungen dadurch zu überwinden, daß homogene Teilleistungen zur Preisgrundlage gemacht werden. Dies ist aber nur solange richtig, als Teilleistungen entgolten werden, die in einem ähnlichen Verhältnis zu den anderen Teilleistungen der gesamten Leistung stehen. Es ist aber ein Unterschied, ob eine Einzahlung eine Kreditrückzahlung oder eine Überweisung ist.

Auch K a m i n s k y ²⁾ gelangt bei seiner Leistungsanalyse zu dem dargestellten Ergebnis. Jedoch stellt er nicht die Forderung nach der Vollständigkeit einer Leistung. Er bricht z.B. bei Einzahlungen mit der Quittungserteilung ab und läßt bei der Analyse eines Effektenkaufes die Verbuchung des Geldes und die Auszugserteilung beim Kontokorrent- und Effektingeschäft unberücksichtigt. K a m i n s k y versucht, von dem reinen Betrag loszukommen, um zu einem Quantum ³⁾ zu gelangen. Er geht davon aus, daß die Betragsleistung nicht nur einen Betrag sondern ein Produkt aus Betrag und Zeit darstellt ⁴⁾. Dieses Produkt nennt er Quantum und stellt es der reinen Stückzahl gegenüber ⁵⁾. Als Grundeinheit wählt K a m i n s k y DM 100.-. Ein zehntägiger Lombardkredit über DM 1.000,- wäre demnach eine Leistung von 10 Quanten mit der Dauer von 10 Tagen ⁶⁾. Diese Quanten haben eine gewisse Ähnlichkeit mit der Zinszahl, nur daß nicht gesagt wird, der Lombardkredit beträgt 100 Quanten. In diesem Falle würde nicht ersichtlich werden,

1) E. Schneider, l.c., S. 113

2) St.Kaminsky, l.c., S. 156 ff.

3) St.Kaminsky, l.c., S. 45 ff., S. 162 ff.

4.) St.Kaminsky, l.c., S. 45

5.) St.Kaminsky, l.c., S. 47

6.) St.Kaminsky, l.c., S. 163.

ob es ein Kredit von DM 2.000.- zu 5 Tagen oder eine andere entsprechende Kombination wäre.

Wie festgestellt wurde, sind die Leistungen heterogen. Selbst Teilleistungen sind nicht völlig homogen. Durch das Quantum wird eine gewisse Homogenität erreicht. Das Quantum umfaßt aber nur zwei Merkmale, die Betragshöhe und die Zeit. Daher kann das Quantum die Heterogenität nicht vollständig beseitigen. Die Stückzahl wird zwar nicht einbezogen, könnte aber leicht als Zusatz genannt werden.

Auf diesen drei Merkmalen könnte aufgebaut werden, dennoch wird u.U. mehr verwischt, als deutlich gemacht werden soll. Die gleiche Aussagefähigkeit haben z.B. auch die Angaben wie 'gesamter Kreditbestand', 'gesamte Anzahl der Vorfälle', 'durchschnittliche Kreditdauer' usw., wie sie gewöhnlich gemacht werden.

Neben den genannten Merkmalen müßten unbedingt weitere berücksichtigt werden. So z.B. die Dauer und der Umfang der innerbetrieblichen Bearbeitung, die Unterscheidung zwischen Standard- und Sonderwünschen und ferner der Anfall von Erträgen, die sich auf die Kosten entsprechend auswirken (Wertstellungsgewinne) ¹⁾.

Als Verdeutlichung sei folgendes Beispiel angeführt.

Eine Einzahlung wird mit ihren Kosten erfaßt. Davon muß der Wertstellungsgewinn abgezogen werden. Bei kleineren Einzahlungen, etwa unter DM 500,- dürfte er vernachlässigt werden können. Darüber hinaus kann er schon Beachtung finden, doch fallen bei großen Beträgen gegenüber kleinen zusätzliche Kosten an. Diese ergeben sich aus der Verwaltung des Geldes (Zählen und Ordnen, ferner der Transport zur Landeszentralbank).

-
- 1) Wertstellungsgewinne entstehen durch vor- oder nachträgliche Einstellung der Beträge in die Zinsrechnung. Eine Scheckeinrechnung wird z.B. "Valuta 2 Tage" nach Einreichung gutgeschrieben, obgleich die Landeszentralbank diese Schecks der Bank "Wert einen Tag" nach der Einreichung gutschreibt. Es entsteht somit für die Bank ein Zins- oder Wertstellungsgewinn.

Etwas anders geartet ist die Lage im Kreditgeschäft. Die Bank verschafft dem Kunden die Dispositionsgewalt über den bestimmten Betrag, sei es nun durch reine Kreditvermittlung oder durch Kreditschaffung. Dies geschieht durch einen bestimmten Vertrag, der neben der Kredithöhe auch andere wesentliche qualitative Merkmale wie den Verfügungs- und Rückzahlungsmodus und die entsprechende Besicherung enthält. Wird die Kredithöhe als einziges Merkmal angenommen, so entsteht ein falsches Bild von der Bankleistung. Unter den verschiedensten 'Vereinbarungen' kann und wird eine Kreditleistung von einer anderen mit gleichem Betrag wesentlich abweichen. In diesem Falle ist auch ein Kredit von DM 10.000,- nicht das zehnfache eines Kredites von DM 1.000.- ¹⁾.

1) Vgl. E. Witte, l.c., S. 276.

4. Systematisierung der Leistungen im Hinblick auf die Erfolgsabgrenzung

Ogleich die Leistungen nicht einander kongruent sind, soll eine Systematisierung gegeben werden ¹⁾. Sie hat die Aufgabe, gewisse große Leistungsbereiche eines Bankbetriebes von einander zu trennen. Nur innerhalb dieser Bereiche sollten in einer Universalbank Kompensationen der Kosten und Erträge planmäßig vorgenommen werden. Werden in einer Sparte nahezu alle Leistungen bewußt unter den Selbstkosten abgegeben, so müßte sich der Betrieb darüber offen Rechenschaft ablegen und die Kostenunterdeckung begründen. Dies trifft besonders für den Zahlungsverkehr zu. Immer wieder wird behauptet, diese Sparte werbe für die anderen. Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband e.V. betont in seinem Jahresbericht für 1960 ²⁾ im Hinblick auf die Lohn- und Gehaltskontenwelle, daß man dieses geschäftspolitische Argument nicht überbewerten könne. Eine lange Anlaufzeit sei notwendig. Die Beständigkeitsquote (Bodensatz) auf den Konten trüge zudem höchstens ein Drittel der entstehenden Kosten. Dagegen seien die Lohn- und Gehaltskonten der Beamten, Angestellten und Arbeiter des öffentlichen Dienstes durch die anderen Geschäftsverbindungen tragbar. Entwicklungs- und Einführungskosten entstehen immer wieder. Auch tragen sich einzelne Geschäfte eher als andere. Die Kompensationen der Erträge und Kosten müssen aber definitive Grenzen finden. Das Entgelt für eine Leistung sollte in einem bestimmten Verhältnis zu den ursächlich aufgewendeten Kosten stehen. Dadurch würde eine Orientierung des Bankbetriebes und der Bankkundschaft an der Kostenverursachung erreicht.

1) Hierbei wird die makroökonomische Betrachtungsweise ausgeschaltet.

2) Deutscher Sparkassen- und Giroverband e.V., Bonn, Jahresbericht 1960, Bonn 1961, S. 61

Leistungen, die 'unter Preis' angeboten werden oder kostenlos erfolgen, werden wesentlich eher angefordert und auch mißbraucht ¹⁾.

Der aufwendige Überweisungsverkehr kann gegebenenfalls durch den billigeren Scheckverkehr alimentiert werden, nicht aber durch Erträge aus dem Kredit- oder Effekten-geschäft. Es ist sicher keine Kalkulation jedes einzelnen Auftrages nötig. Ein Scheckkonto kann gegebenenfalls ein anderes mit tragen.

Nach diesen Überlegungen ergeben sich die Leistungen einer Bank aus:

1. der Gewährung und Annahme von Krediten und Garantien,
2. der Durchführung des Zahlungsverkehrs,
3. der Erledigung von Handelsgeschäften,
4. der Verwaltung und Verwahrung von Vermögensteilen und
5. der Ausführung von staatlichen und halbstaatlichen Angelegenheiten²⁾.

Die fünf Hauptpunkte können als vorläufige Aufgliederung genügen. Es wäre erstrebenswert, sie sinngemäß weiter zu unterteilen. Dann wächst gleichzeitig die Schwierigkeit der Kostentrennung.

Bei der oben gegebenen Einteilung ergeben sich weiter folgende Einwände. Die beispielsweise mit dem Instrument Wechsel vorgenommenen Geschäfte können in verschiedene Gruppen fallen. Die Einholung eines Akzeptes würde dann unter 1. (Kredite) eingereiht, wenn der Wechsel anschließend diskontiert wird; unter 2. (Zahlungsverkehr) dann, wenn er nur zum Inkasso hereingenommen wird und unter 4. (Depot), so er eingeliefert

1) Vgl. A. Isaac, l.c., S. 6

2) Der letzte Punkt wechselt das Kriterium insofern, als von der sachlichen Zugehörigkeit auf die Person des Auftraggebers übergegangen wird. Die konkreten Leistungen müssen den Gruppen 1 bis 4 zuzurechnen sein, wenn von dem persönlichen Moment abgegangen wird.

wird. Dies mag einen gewissen Nachteil darstellen. Doch wenn man bedenkt, daß die aufgeführten Geschäfte wirklich nur als Grundlage den Wechsel und dessen Akzepteinholung gemeinsam haben, ansonsten aber verschieden sind, wird verständlich, daß diese Geschäfte nicht unter dem Gesichtspunkt 'Wechsel' zusammengefaßt werden sollten.

Die Inkassogeschäfte (Wechsel, Scheck, Devisen, Sorten, Zinsscheine, Wertpapiere u.a.) müssen in 2. (Zahlungsverkehr) einbezogen werden und könnten dort eine Untergruppe bilden. Hingegen würde die Einholung von Akzepten, Beurkundungen, Genehmigungen u.ä., sowie die Erteilung von Auskünften auf die gesamten Gruppen je nach ihrer sachlichen Zugehörigkeit verteilt werden müssen.

Ebenso verhält es sich mit den Kassenbewegungen. Sind sie primärer oder sekundärer Art? Die Einzahlungen zum Zwecke des Zahlungsverkehrs gehören zur 2. Gruppe, diejenigen auf 'eigenes Konto' zur 1., sei es nun zur Abdeckung des Soll-saldos oder zur Auffüllung des Kontos. - Eine Barabhebung kann der Ausfluß eines Kreditvertrages oder einer erhaltenen Überweisung sein und wäre damit unter 1. oder 2. einzureihen.

So gesehen erscheint die Aufteilung fragwürdig, doch wird dadurch nur die Feststellung unterstrichen, nach welcher die einzelnen Bankleistungen heterogen sind, obgleich sie sich äußerlich gleichen können.

Sind die Banken privatwirtschaftlich organisiert, ist es unvermeidlich, ihnen auch die Lasten zu entgelten, die sie für die Allgemeinheit und den Staat tragen. Hierunter fallen nicht nur die Ausführung der schon erwähnten Gesetze und Verordnungen, sondern auch die Auflagen, die der Konjunkturpolitik (im weiteren Sinne) dienen, nicht so diejenigen, die durch die Bankenaufsicht und eine öffentliche Kontrolle der Banken entstehen.

II. Die Kosten und Erträge einer Bank

1. Gepflogenheiten bei der Preissetzung

- (a) Bei der Gestaltung von Qualität und Preis entwickeln sich aus dem Betriebsziel und aus dem Produktionsverfahren heraus Gepflogenheiten oder Regeln. Sie sind zunächst provisorisch und unbestimmt, später starr und fest und werden als 'bewährte Grundsätze' übernommen oder beibehalten.

Diese Grundsätze können sich an den betrieblichen Kosten, an den Marktverhältnissen und an den auferlegten oder selbstgestellten Betriebsaufgaben ausrichten. Je nachdem werden sie sich auch unterschiedlich auf die Qualitäts- und Preisgestaltung auswirken. Diese Grundlagen sind aber wandelbar durch Veränderungen des Betriebszieles oder -zweckes, der Herstellverfahren und der Rechenhaftigkeit der Preisunterlagen.

"Zahlreiche Anzeichen sprechen dafür, daß routinemäßiges Verhalten im Wirtschaftsleben sehr häufig ist." "In den Mehrproduktunternehmen, die sich mit Einkauf und Verkauf einer Vielzahl von Artikeln und Qualitäten zu unterschiedlichen Preisen befassen, ist es nahezu unmöglich, das komplizierte Verfahren des Abwägens aller Alternativen für jede einzelne Maßnahme anzuwenden. Es müssen Grundsätze oder Richtlinien aufgestellt werden, die in jeder Situation zum Zuge kommen können, in der ihre Anwendung geboten erscheint¹⁾. Dieses Verhalten braucht nicht im Gegensatz zu dem eines wie auch immer gearteten Strebens nach 'Gewinnmaximierung' ²⁾

1) E. Katona, Das Verhalten der Verbraucher und Unternehmer, Tübingen 1960, S. 277 f.

2) Vgl. W. Krelle, Theorie der wirtschaftlichen Verhaltensweisen, Meisenheim-Wien 1953, S. 10 ff.

zu stehen. Richtlinien geben dem Unternehmen, da sie sich bewährten, in etwa die Gewißheit der Gewinnerzielung. Werden diese Regeln branchenmäßig angewendet, garantieren sie auch einen relativen Anteil (Umsatz, Gewinn) in der bisherigen Weise.

Für den Bankbetrieb ergibt sich ein doppelter Ballast. Die historische Bezogenheit und die gesetzlichen Maßnahmen und Regelungen müssen bei allen Bestrebungen nach Änderung und Anpassung an veränderte Situationen berücksichtigt werden.

- (b) Die Kreditgewährung einer Bank etwa um 1500 war "einem Kaufmanne gegenüber meist ein Gefälligkeitsdienst, der auf Gegenseitigkeit beruhte, da der Kaufmann seine Einlagen der Bank zinslos überließ und für jede Umbuchung eine Provision zahlen mußte" ¹⁾.

Um 1767 wurden von den Banken in Preußen "recht hohe Gebühren für den Kontoinhaber - pro Seite (= 20 Buchungen) $\frac{1}{4}$ Friedrichs d'or" - im Girogeschäft berechnet ²⁾.

Freiherr von S c h r ö d e r schlug Ende des 17. Jahrhunderts eine Bank vor, die Darlehen gegen Sicherung (Hypotheken, Gelddepositen) zu 6 Prozent Zinsen jährlich in Form von "Wechselzetteln" ("Landesfürstliche Wechsel") mit einer bestimmten Laufzeit ausgab. Die Einlösung konnte jederzeit unter Abzug von 1 % der Summe erfolgen, ferner waren diese "Wechselzetteln" indossierbar. Zweck dieses Vorschlages war es, die Staatskassen mit den Gewinnen aus diesen Transaktionen zu füllen ³⁾.

1) J. Löffelholz, l.c., S. 201;
vgl. auch O. Hübner, l.c., S. 9 ff.

2) J. Löffelholz, l.c., S. 355;
vgl. auch H. Sieveking, Die Hamburger Bank 1619 - 1875, Festschrift für Werner von Melle, Glückstadt-Hamburg 1933, S. 82.

3) Vgl. J. Löffelholz, l.c., S. 348 ff.

Die "Hamburger Bank" traf um 1620 folgende Regelungen ¹⁾:
Depositen in Silber wurden mit 1 % höher gutgeschrieben
und Auszahlungen mit 1 5/8 % Abschlag bedient, die Pro-
vision betrug also 5/8 %. Diese Regelung bewirkte eine
'Verzinsung' der Einlagen, wenn diese nicht wieder aus-
gezahlt wurden. Aus den angeführten Unterlagen ist nicht
zu ersehen, ob bei Dispositionen durch Überweisungen diese
Gutschrift von 1 % nicht wieder belastet wurde. Aus dem
Streben der Banken nach Bareinlagen ist aber zu schließen,
daß dies nicht geschah. Die Bank trieb somit eine Werbung
für die Depositen und deren bargeldlose Verwendung. Gleich-
zeitig verschaffte sie sich einen gewissen Ausgleich ihrer
Kosten durch die Berechnung von Auszahlungsprovisionen.
Bedeutsam ist, daß dieses Entgelt bereits betragsabhängig
war. Später griff die "Hamburger Bank" zu drastischen Maß-
nahmen, um einen Geldabfluß zu verhindern. So ließ sie nur
bestimmte Goldstücke ausgeben und beschränkte den Aus-
zahlungsbetrag pro Tag. Ferner forderte sie Erklärungen
und auch ~~Bestätigungen~~ über die Verwendung des Geldes und
dessen Nichtausführung aus dem Reichsgebiet. Sogar das
Mittel des Schalterschlusses wurde angewendet. Die Soll-
zinssätze schwankten in Abhängigkeit von der Bankliqui-
dität für gedeckte Kredite zwischen 1 1/2 und 6 1/4
Prozent ²⁾. Als Pfänder galten nicht nur Gold- und
Silberbarren, Münzen und Wertgegenstände, sondern bald
auch vertretbare Waren wie Kupfer, Wolle oder auch Queck-
silber.

Die "Bank von Amsterdam" hatte 1609 folgende Konditionen:
"Für Depositen in Gold- und Silberbarren gab sie 5 p. Ct.
unter dem Münzpreise Credit, stellte jedoch gleichzeitig
Scheine aus, gegen welche binnen sechs Monaten nach Be-
zahlung von 1/4 p. Ct. auf Goldbarren und Ersatz der

1) H. Sieveking, l.c., S. 31
2) H. Sieveking, l.c., S. 54 ff.

gutgeschriebenen Summe in Bankgeld, die Barren in Natur wieder zurückgezogen werden konnten. Nach sechs Monaten hörte der Anspruch auf Rückgabe in Natura wieder auf. Die Eröffnung eines Contos kostet 10 fl., dessen Erneuerung 3 fl. 3 St., jede Übertragung 2 St., wenn über 300, und 6 St., wenn unter 300 fl. Wer mehr bei der Bank anwies, als er zu gut hatte, verfiel in eine Strafe von 25 fl." Hingegen kostete in Nürnberg "jede Ab- und Zuschreibung 3 Kr. von 100 fl. = $1/2$ ‰" ¹⁾.

Die Zinsberechnung erfolgte in der noch heute üblichen Form. Fraglich ist, ob lange Zeit hindurch der Zins nicht nur ein Entgelt für die überlassene Kapitalnutzung war, sondern auch als Ausgleich für die eingegangenen Risiken und entstandenen Verwaltungskosten berechnet wurde. Dabei ist zu berücksichtigen, daß man dann wohl Unterschiede zwischen größeren oder kleineren Kapitalaufnahmen machte und sich danach die individuelle Zinsberechnung richtete. Der Bankier nahm bewußt eine Kalkulation der Kredite vor. Eine ähnliche Situation ergab sich auch beim Geldwechsel und Wertpapierhandel. Die Entgelte für die Bank erfolgten in einem Kursabschlag oder in der Berechnung einer Provision (Gebühr) oder in einer Mischung beider Elemente.

Somit wurden schon sehr früh die noch heute geltenden Elemente der bankbetrieblichen Preispolitik angewendet: die Stückgebühr, die prozentuale Provision und die Zinsrechnung.

Daneben hatten aber auch die "Vereinbarungen" Eingang gefunden. Durch die Bestimmungen über Verwendung oder Rückzahlung von Krediten und Einlagen ließen sich die Bankiers 'preislose' Entgelte gewähren. Dies ist nur scheinbar ein Paradoxon. Die genannten Maßnahmen wirken sich auf die Handlungsfähigkeit und damit auch auf die Ertragslage der Banken aus (s. II. Teil der Arbeit).

1) O. Hübner, l.c., S. 11

- (c) Die Ausdehnung der Bankgeschäfte und die Verwendung von technischen Hilfsmitteln brachten es mit sich, daß für gewisse 'Normalgeschäfte' nach und nach einheitlichere Richtpreise gesetzt wurden. So mußten die Sparkassen mit der Übernahme der Bankgeschäfte "von ihrer bisherigen schwerfälligen Betriebsführung, die sogar für den reinen Sparverkehr nicht mehr ausreichend war, abgehen. Dies führte zur Nachbildung ihrer Geschäftsführung im Sinne der bei den Banken gebräuchlichen: Einführung der doppelten (amerikanischen) Buchführung, Anwendung der bankmäßigen Zinsberechnungsmethoden, insbesondere für Kontokorrentverkehr, Vereinfachung der Kontrollarbeit durch die Benutzung von Buchungsmaschinen und dergleichen mehr" ¹⁾.

Hinzu trat noch das Moment der Bankenkonzentration. Nottleidend gewordene Institute lehnten sich zumeist an größere Banken an. Nur selten blieben sie noch rechtlich selbständig. Früher oder später gingen sie in den größeren Instituten auf und erhielten den Status einer Filiale oder Nebenstelle. Auch durch Filial-Neugründungen erreichten bestimmte Banken in Verbindung mit einer aktiven Geschäftspolitik eine Ausweitung ihrer Kundschaft, ihrer Eigenkapitalausstattung und ihrer Bilanzsumme.

Daneben trat eine immer deutlichere Gewichtsverlagerung von einzelnen regionalen Bankplätzen nach der Reichshauptstadt hin ein. W a l b bezeichnet dies als örtliche Konzentration ²⁾. Aus dieser folgte, daß sich die Konditionen anpaßten. Die Filialgroßbanken konnten nicht lange die Provinz zu wesentlich anderen Sätzen als Berlin bedienen. Mit der Konzentration ging aber auch eine Umstrukturierung des Bankgewerbes vor sich. So halten die Institute des

1) F. Senger, l.c., S. 114

2) E. Walb, Neuzeitliche Entwicklungen in der deutschen Kreditwirtschaft, Die Deutsche Bankwirtschaft, II. Band, Berlin 1935-1938, S. 437 ff.

öffentlichen Sektors gegenwärtig einen Anteil an der Bilanzsumme aller Kreditinstitute von etwa 55 Prozent, obgleich deren Zahl nur etwa ein Drittel der privaten Kreditinstitute beträgt¹⁾.

Die Bankenkonzentration beeinflusst die Bankkonditionen noch weitergehend. Die Größe der einzelnen Banken, ihre weite räumliche Verbreitung mit vielen Niederlassungen, Zweig- und Nebenstellen ließ eine Bürokratie mit allen ihren Erscheinungsformen entstehen. Ehe amtliche oder halbamtliche 'Kreditrichtlinien' u.a. erlassen wurden, hatten bereits die Zentralen der Kreditinstitute ihre abhängigen Stellen mit einem Netz von Anweisungen, Maßregeln, Hinweisen, Richtlinien, Kontingenten u.ä. überzogen. So blieben beispielsweise einem 'Bankdirektor' bei einer Filiale im Kreditgeschäft oft nur geringfügige Kompetenzen von 10 oder 50 Tausend Mark. Nach und nach wurden diese Grundsätze der Praxis - frei-lich unter anderen Motiven - mehr oder weniger stark modifiziert durch die Zentralbank übernommen. Die freiwilligen Abkommen und amtlichen Anordnungen fanden hier ein vorbereitetes Feld.

1) H. Rittershausen, Konzentration bei den Banken, in: Konzentration in der Wirtschaft, hrsg. v. H. Arndt, 1. Band Stand der Konzentration, Berlin 1960, S. 399. Zur Konzentrationsfrage vgl. auch die beiden Enquête-Berichte von 1930 und 1933.

2. Die Erfassung der Kosten und der Erträge

a) Die Ermittlung der Selbstkosten

Zunächst können die gesamten Kosten eines Unternehmens aufbereitet werden. Dies wird besonders dann der Fall sein, wenn bilanziert werden muß. Bei der heutigen Bankenstruktur fallen gewöhnlich Unternehmenseinheit und Betriebseinheit auseinander. Es ist somit erforderlich, die einzelnen Filialen oder Zweigstellen, also die Betriebe, selbständige Kostenrechnungen aufstellen zu lassen. Dabei sind die Kosten der übergeordneten Stellen, die für die Betriebseinheiten entstehen, diesen auch weiterzubelasten. Damit erhält man eine Betriebs- oder Filialrechnung. Doch auch diese Aufteilung ist noch nicht endgültig und ausreichend. Je nach der Betriebsorganisation kann nach den Geschäftssparten, Abteilungen und Arbeitsplätzen weiter untergegliedert werden. In dieser Untersuchung soll die Geschäftsspartenrechnung entsprechend der Darstellung auf S. 25 als Ausgangspunkt genommen werden. Es wird davon ausgegangen, daß die Kosten der vorgelagerten Stufen ausreichend erfaßt und verteilt werden, obgleich hierdurch schon viele Probleme aufgeworfen werden.

(1.) Die Kosten eines Bankbetriebes können in folgenden Gruppen zusammengestellt werden: Personal-¹⁾, Material-²⁾, Zins-, Liquiditäts- und Risikokosten und "sonstige" Kosten. Die ersten zwei Kostenarten können relativ einfach erfaßt werden. Durch "Entnahmescheine" können sie mengenmäßig festgehalten und auf die einzelnen Sparten und/oder Abteilungen umgelegt werden. Bei den Personalkosten ist es aber möglich, daß sich Abteilungen dagegen sträuben, billige Lehrlinge gegen höher bezahlte Angestellte auszuwechseln. Diesem Problem kann man dadurch gerecht werden, daß die realen Personalkosten modifiziert werden, wobei die auszuführende Arbeit berücksichtigt wird. Müssen z.B. gegenüber dem

- 1) Einschließlich gesetzlicher und freiwilliger Zuwendungen und Pensionen.
- 2) Zu den Materialkosten zählen nicht nur die direkten Formularkosten und Mieten für Büromaschinen und betriebliche Anlagen, sondern auch die verbrauchsbedingten Abschreibungen auf eigene Anlagen und Geschäftsausstattung.

"Normalbestand" höher bezahlte Angestellte aushilfsweise oder durch Personalmangel bedingt Arbeiten im bargeldlosen Zahlungsverkehr ¹⁾ ausführen, so könnten sie zu ähnlichen Preisen wie die alten Kräfte kalkuliert werden. Mit einem solchen Zurechnungsverfahren könnte eine innerbetriebliche Kostenkontrolle geschaffen werden ²⁾. Eine sehr verfeinerte Rechnung wird sich aber nachteilig auf das Betriebsklima oder die Wirtschaftlichkeit auswirken. Werden die effektiven Personalkosten genommen, so sind ältere Angestellte wenig gefragt, werden aber Verrechnungskosten verwendet, so wird die Personal- oder Abrechnungsabteilung aufgebläht. Beide Konsequenzen sind nicht vertretbar. Daher muß ein Mittelweg gesucht werden, der sowohl eine Diskriminierung älterer Angestellter als auch eine empfindliche Kostenerhöhung der abrechnenden Stellen vermeidet.

(2.) **Z i n s k o s t e n** entstehen durch die Aufnahme fremder oder eigener Gelder. Die Zinskosten werden am zweckmäßigsten nach der Fristigkeit und der Art der Passiva unterteilt ³⁾. Die Passiva können nach folgenden Kriterien untergliedert werden:

Eigene und fremde Gelder,
Einlagen von Bankier- und Nichtbankierkundschaft,
Einlagen von Inländern und Ausländern,
Einlagen von Industrie, Handel und Gewerbe,
Privatpersonen.

Welche Kriterien angewendet werden, hängt von dem Umfang und der Struktur des Bankgeschäftes ab. Die Unterteilung ist aber für die Kostenrechnung wichtig, weil dadurch eine Differenzierung möglich wird.

1) Rummel schätzt für die untersuchte Zeit, daß 50 bis 60 Prozent des Personals und 40 bis 50 Prozent der Personalkosten allein auf den Zahlungsverkehr entfallen.

H. Rummel, Der Zahlungsverkehr und seine Kosten, Materialien zur Vorbereitung der Bankenquete 1933, S. 167 ff.;

vgl. auch K. Mellerowicz, Kosten und Kostenrechnung I, Berlin 1957, S. 181.

2) Vgl. C. Zimmerer, Bankkostenrechnung, l.c., S. 132 ff.

3) Über die Höhe der einzelnen Zinsen vgl. S. 113 ff.

Zu den Zinskosten kommen noch die sogenannten *W e r t - s t e l l u n g s v e r l u s t e* hinzu. Sie sind ein Korrekturposten zu den Zinsen, da durch die verschiedenen Valutierungsgewohnheiten die effektiven Zinskosten (und auch Zinserträge) manipuliert werden. Für eine sinnvolle Kostenrechnung wäre es ausreichend, die Wertstellungs-, gewinne und -verluste zu schätzen und als Zinsauf- oder -abschlag in die Kostenrechnung einzusetzen.

Die Zinskosten müssen von den *L i q u i d i t ä t s - k o s t e n* unterschieden werden.

(3.) Die Banken haben eine ausreichende *L i q u i d i t ä t* zu halten. Dieser Grundsatz wird auch durch verschiedene Gesetze und Anordnungen betont (vgl. S. 66 ff.). Nicht zu Unrecht wird festgestellt, daß das früher vorrangige Rentabilitätsstreben der Banken durch eine besondere Liquiditätsvorsorge abgelöst wurde. Sicher nachweisbar ist dieser Wechsel für die dreißiger Jahre¹⁾.

Die Liquidität einer Bank kann in zwei Gruppen eingeteilt werden, in eine konstitutive und in eine dispositive. Für den Tatbestand der konstitutiven Liquidität verwendet man verschiedene Ausdrücke. So spricht *A d. W e b e r* von Barliquidität, *S t u c k e n* von echter oder eigener Liquidität²⁾.

Diese Liquidität hängt eng mit dem Aufbau (Konstitution) des Geldwesens zusammen, bedeutet aber immer Verfügungsmacht über Mittel, die durch staatliche Anordnung oder auch durch konventionelles Verhalten als Erfüllung bestehender Verbindlichkeiten angenommen werden oder ange-

-
- 1) Vgl. R. Stucken, Art. Liquidität der Banken, Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 6. Band, Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1959, S. 630
 - 2) Ad. Weber, Depositenbanken und Spekulationsbanken, 4. Aufl. München-Leipzig 1918, S. 346; Ad. Weber, Geld, Banken, Börsen, 5. Aufl. München 1955, S. 220; R. Stucken, Geld und Kredit, 2. Aufl. Tübingen 1957, S. 119

nommen werden müssen. Dazu zählen zunächst Bargeld und Guthaben bei der Bundesbank und bei den Postscheckämtern, im weiteren Sinne auch Guthaben bei anderen Banken.

Für die dispositive Liquidität werden der konstitutiven Liquidität entsprechende Ausdrücke benutzt wie: Sekundärliquidität, künstliche oder abgeleitete Liquidität. Es wird darunter der Sachverhalt verstanden, daß die Bundesbank oder andere Wirtschaftssubjekte unter bestimmten Voraussetzungen bereit sind, gegen gewisse Titel (Effekten, Wechsel) konstitutive Liquidität abzugeben. Die Bereitschaft hierzu wird durch das Verhalten der Bundesbank (durch deren Dispositionen) maßgeblich bestimmt.

Vielfach besteht die Meinung, die Liquiditätskosten entstünden dadurch, daß Aktiva in einer bestimmten Form nur mit geringeren Erträgen, ertragslos oder sogar kostenverursachend angelegt werden müßten, damit die Zahlungsfähigkeit gewährleistet sei. Hierbei wird beispielsweise an leicht veräußerliche Aktiva wie Schatzwechsel, an Landeszentralbank- oder Auslandsguthaben und an den Bargeldbestand in eigener oder fremder Währung gedacht. Abgesehen vom letzteren Fall verursacht die Liquidithaltung n u r dadurch Kosten, daß die so gehaltenen Mittel durch ihre Entstehung (Depositen aus Kreditschaffung und Kreditvermittlung) Aufwendungen (Zinsen) erforderlich machen. Diese Liquiditätskosten sind innerhalb der Kosten der monetären Kapazität gesondert auszuweisen.

Der gleiche Vorgang ist auch in den übrigen Zweigen der Wirtschaft anzutreffen. Jedoch kann in der Industrie die Produktion gedanklich (und auch örtlich) leicht von der Finanzierung getrennt werden. Es werden Rohstoffe (Material, Arbeit) in der Produktion verwendet, die Finanzierung erfolgt durch Geld, d.h. liquide Mittel. Hingegen benötigt eine Bank für die Bereitstellung von Krediten und die Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit Liquidität.

Die entsprechenden Sparten müßten nach ihrer Liquiditätsbedürftigkeit mit den Kosten belastet werden.

Es sei nochmals betont, daß die Liquiditätskosten nicht mit den Kosten für die monetäre Kapazität im engeren Sinne zu verwechseln sind. Die sogenannte Überschußreserve ist derjenige Teil der monetären Kapazität, der nicht beschäftigt ist. Die monetäre Kapazität im engeren Sinne ergibt sich nach Abzug der notwendigen Mittel für die Liquidität. Deren Größenordnung ist jedoch ein betriebswirtschaftliches Problem (vgl. S. 60, S. 101 f.).

Nun ist es aber möglich, daß neben den allgemeinen Liquiditätskosten auch noch spezielle Liquiditätskosten für einen besonderen Kredit entstehen. Diese Kosten bewirken eine Kostenerhöhung für die beanspruchte monetäre Kapazität über das sonst übliche Maß hinaus.

(4.) Die R i s i k e n können in zwei Gruppen unterteilt werden. Es sind einmal solche, die aus der Geschäftstätigkeit als solcher erwachsen, es sind zum anderen solche, die aus der allgemeinen volks- oder weltwirtschaftlichen Lage resultieren. Für die letztere Gruppe können aufgeführt werden: Geldwertschwankungen (innere und äußere), Zinsniveau, Gesetzgebung. Diese Risiken müssen durch die Rücklagenpolitik gedeckt werden.

Risiken sind zwar kaum zu vermeiden, doch sind sie häufig abwälzbar. Ökonomisch bedeutet dies, daß die Banken Kosten nicht aufwenden müssen (eigene oder fremde Versicherung), die üblicherweise anfallen würden. In den "Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Banken" ¹⁾ wird die Überwälzung

1) Fassung Juli 1955,
vgl. a. E. Trost - W. Schütz, Bankgeschäftliches
Formularbuch, 14. Ausgabe Berlin 1955

von Risiken aus den Währungskrediten und -guthaben auf den Kunden vorgesehen (I. 3). Dies gilt für höhere Gewalt ebenso wie für Verstaatlichungen. Außerdem kann die Bank einseitig jederzeit einen Währungskredit in einen DM-Kredit umwandeln. Die Bank behält sich vor, Zahlungen in anderer Währung als der Kreditwährung nur als Sicherheitsleistung zu verwenden. Ähnliche Vorschriften gelten auch bei den "Sonderbedingungen für Auslandsgeschäfte in Wertpapieren".

Hingegen sind Verluste aus Geldwertänderungen im Sorten- und Devisengeschäft nicht abwälzbar, da die Inhaber von Währungskonten nur a n t e i l i g alle wirtschaftlichen und rechtlichen Nachteile und Schäden, die die Guthaben der Bank im Ausland betreffen, tragen (I. 3 (2)). Somit müssen die Kursschwankungen in die Kostenrechnung einbezogen werden.

Die Risiken aus dem allgemeinen Geschäftsverkehr werden durch die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Banken weitgehend auf die Kunden abgewälzt. Hierbei seien besonders die Verzögerungen oder Fehlleitungen von Aufträgen (I. 7) und die Schäden aus Übermittlungsfehlern (I. 8) genannt.

Erhält die Bank unverschuldet keine Kenntnis von der Geschäftsunfähigkeit eines Kunden, so trifft den Kunden der Schaden (I. 1 (1)) ¹⁾.

Noch eine wichtige Regelung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Banken soll herausgegriffen werden. Die Besicherung eines Kredites ²⁾ kann jederzeit gefordert oder verstärkt werden (I. 19 (1)). Damit kann ein unbesicherter Kredit in einen besicherten umgewandelt werden, wenn der ursprüngliche Status des Debtors sich gewandelt hat. Dies gilt auch für die Ausdehnung (I. 19 (1)) oder Verminderung der Besicherung (I. 19 (7)). Hierdurch wird ein besonderes Risiko der Bank, das der mangelnden materiellen Sicherung eines Kredites, zwar nicht völlig, so doch zum großen Teil aufgehoben.

1) Vgl. G. Haupt, Die allgemeinen Geschäftsbedingungen der deutschen Banken, Leipzig 1937, bes. S. 188 ff.
2) Vgl. S. 143 ff.

Durch die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Banken sind Risiken, die durch Veruntreuung, Diebstahl u. ä. vorhanden sind, nicht abwälzbar. Sie müssen in die Kostenrechnung eingehen.

Bestehen Fremdversicherungen für bestimmte Risiken (Unfall und Haftpflicht, Feuer, Glasschäden), so werden diese Kosten in die Kalkulation einbezogen. Außerordentliche Erträge oder Kosten sind die realisierten Kursgewinne oder -verluste aus dem Eigengeschäft mit Effekten. Sie dürfen nicht in die Kalkulation eingestellt werden.

(5.) Die "Sonstigen Kosten" eines Bankbetriebes (Abschreibungen ¹⁾, Steuern, Prüfungs- und Jahresabschlußkosten, Kosten für Werbung, Repräsentation und Bewirtung, Gericht und Beratung, Beiträge für Kassenverein, Industrie- und Handelskammer) sind den entsprechenden Sparten anteilig zuzurechnen. Auf Einzelheiten soll nicht eingegangen werden.

1) Über die auf S. 33 unter 2) genannten Posten hinaus, so z. B. Sammelwertberichtigungen auf Debitoren, Abschreibungen auf Wertpapiere und Beteiligungen.

b) Die Ermittlung der Erträge

Eine grobe Einteilung der Erträge kann von der schon oben gegebenen Gliederung ausgehen: "Zinsen, Provisionen, Gebühren". Diese Zusammenfassung ist jedoch zu komprimiert. Die Erträge aus den einzelnen Geschäften dürfen nicht zu diesen umfassenden Größen zusammengezogen werden.

Die Zinsen, wie auch die Provisionen und Gebühren, können für die einzelnen Sparten und Sachgebiete gesondert ausgewiesen werden. Innerhalb der Gruppen kann dann wiederum unterteilt werden nach der Fristigkeit der Kredite, Wechsel, Lombarde etc. Die Gliederung hängt eng mit der realisierten Organisationsform und den anfallenden Erträgen zusammen ¹⁾.

Bei den Provisionen ist es oftmals schwierig zu entscheiden, wofür sie berechnet wurden: für die Bearbeitung, für das Risiko, als Zinsaufschlag. Hingegen sind fast alle Provisionen ihrem Namen nach festgelegt, welcher Sparte sie zuzurechnen sind ²⁾.

-
- 1) Vgl. die Aufteilung der Zinskosten S. 34 f.
 - 2) Für die einzelne Aufgliederung sei verwiesen auf C. Zimmerer, Bankkostenrechnung, l.c., S. 86 ff. Dort wird eine "Übersicht über die Kosten- und Leistungs- (Ertrags-) Konten der Gesamtbetriebsberechnung" gegeben.

c) Die Struktur der Kosten und Erträge

Nachdem die Kosten- und Ertragserfassung dargestellt worden ist, ist es für die Beurteilung der Preisbildung im Bankgewerbe erforderlich, die S t r u k t u r der Kosten und Erträge aufzuzeigen. Am Beispiel des "Erfolgsvergleiches der Sparkassen" soll der Trend verdeutlicht werden.

Die in Tabelle II angeführten Relationszahlen zeigen jeweils in der ersten Spalte die Kosten und Erträge der Sparkassen in den Jahren 1955 und 1960 in ihrem Verhältnis zu den Durchschnittsbilanzsummen .

Die betreffende zweite Spalte enthält die Prozentsätze der einzelnen Posten zum Gesamtertrag oder zu den Gesamtkosten.

Die Erträge stammen zu fast 90 % aus den Zinseinnahmen. Die Provisions- und Gebühreneinnahmen nehmen sich daneben recht spärlich aus. Es zeigt sich, daß die Zinserträge und damit das Kreditgeschäft zum großen Teil die gesamten Aufwendungen decken, somit die eine Sparte die anderen alimentiert. Daran ändert sich auch nichts, wenn von den Zinserträgen die Zinsaufwendungen abgezogen werden.

Bei den Aufwendungen sind die Personalkosten hervorzuheben. Sie bilden neben den Zinsen einen wesentlichen Posten innerhalb der gesamten Kosten.

Wird eine kurze Planperiode zu Grunde gelegt, so sind die Kosten für die technische Kapazität nahezu völlig fix in Bezug auf die Beschäftigung. Sie können nicht so schnell wie die Kosten der monetären Kapazität auf- oder abgebaut werden. Auch für die monetäre Kapazität ist zwar eine Dispositionsreserve notwendig, doch kann diese - unter normalen wirtschaftlichen Verhältnissen - in kurzer Zeit verändert werden, was in diesem Falle aber keine Aussage über die zu entrichtenden oder die zu erlösenden Entgelte zuläßt.

So kann - zwar nur bedingt - von hohen fixen Kosten (Personal- und auch Zinsaufwand) und einem mindestens zum Teil fixen Zinsertrag gesprochen werden. Bei dieser Kosten- und Ertragsstruktur ergibt sich das Problem, wie die Kosten den Erträgen zugerechnet werden können.

Tabelle II	
Ertrags- und Kostenstruktur der Sparkassen in den Jahren 1955 und 1960	
	in Prozent der Durchschnittsbilanzsumme und
	in Prozent der Gesamterträge oder Gesamtkosten

	1955		1960	
	in % d. Bilanzsumme	in % d. ges. Ertr. od. Kost.	in % d. Bilanzsumme	in % d. ges. Ertr. od. Kost.
Zinsertrag				
Erträge aus Provisionen und Gebühren	5,61	84,6	5,65	88,0
außerordentliche Erträge	0,86	13,0	0,56	9,0
	0,15	2,4	0,19	3,0
Gesamtertrag	6,62	100,0	6,40	100,0
Zinsaufwand				
Persönliche Handlungskosten	2,45	43,5	3,05	53,7
Sächliche Handlungskosten	1,66	29,5	1,43	25,2
Steuern, Abschreibungen, sonst.ord.Aufwend.	0,58	10,3	0,51	9,0
Außerordentl.Aufwend.f.gewinnabhäng.Steuern,neugebild.Sammelwertber.,sonst.Wertberichtigungen, Abschreibungen	0,22	3,9	0,16	2,8
	0,72	12,8	0,55	9,3
Gesamtaufwand	5,63	100,0	5,70	100,0

Quelle: Deutscher Sparkassen- und Giroverband e.V., Jahresberichte 1957 und 1960, Bonn 1958 und 1961, S. 57 und 72

3. Die Zurechnung der Kosten

a) Allgemeines

Im Zusammenhang mit der Kostenverteilung werden gewöhnlich Faustregeln genannt, die die Erträge aus bestimmten Geschäften gewissen Kosten gegenüberstellen. So seien die Handlungskosten durch die Provisionseinnahmen, die Eigenkapitalverzinsung und die Legung von Reserven durch die Zinsspanne und sonstige Erträge zu decken ¹⁾.

Die genannten Verteilungen sind recht willkürlich und global. Ist aber nicht jede Kostenrechnung und Kostenumlage mehr oder weniger willkürlich? Welche Kostenrechnung ist für den Bankbetrieb die sinnvollste?

Bei der Beantwortung der gestellten Fragen kann auf frühere Ergebnisse zurückgegriffen werden. Die verbundene Produktion läßt eine für Mehrproduktunternehmen geschaffene Zuschlagskalkulation recht fragwürdig werden ²⁾. Besonders Clark weist darauf hin, daß gerade das Gemeinkostenproblem die Ursache von Preisdifferenzierung selbst bei heterogenen Gütern ist ³⁾.

Kosten und Erträge können von vornherein einander adäquat ausgestaltet, sie können aber auch nachträglich modifiziert werden. Für letzteres ist die Kontenkalkulation ein Beispiel. Bei dieser Korrekturrechnung ist eine Kosten- und Ertragsaufschlüsselung, wie sie oben angedeutet wurde ⁴⁾, vorausgesetzt. Die Zinsspannenrechnung nimmt eine Gesamt- oder Teilbetriebskalkulation vor. Im Vordergrund steht das aktive und passive Kreditgeschäft. Beide Verfahren werden in der Praxis in unterschiedlichem Maße angewendet. Sie haben eine Sortimentskalkulation

1) Vgl. W. Kalveram - H. Günther, l.c., S. 254

2) M. Lohmann, Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, l.c., S. 128

3) J. M. Clark, Price Discrimination in the modern market, in: Studies in the Economics of Overhead Costs, Chicago 1923, S. 416, 425-33, abgedruckt in: J. Bachman, Price Practices and Price Policies, Selected Writings, New York 1953, S. 282.

4) Vgl. S. 33 ff. und S.55 ff.

als Grundlage. Das gesamte angebotene Sortiment an Leistungen soll durch die Erträge aus wenigen Leistungen gedeckt werden. Einige Leistungen werden ohne Entgelt, andere mit geringerem Entgelt als die Selbstkosten abgegeben.

b) Die Kontenkalkulation als Korrektur berechneter Preise

Unabhängig davon, ob die Geschäftssparten ihre Kosten selbständig errechnen oder - wie es in Deutschland üblich ist - die Kostendeckung durch einzelne Leistungen erzielt wird, kann ein Aufwands- und Erfolgsvergleich des einzelnen Kunden vorgenommen werden. Vorausgesetzt, alle Transaktionen des Kunden gehen über seine Konten, bieten diese die Unterlagen für eine periodische Abrechnung.

Zunächst sind alle relevanten Konten des Kunden hinzuzuziehen. Es wird festgestellt, welche Kosten und Erträge dieser Kunde verursachte und eine Differenz entsprechend belastet oder erkannt.

P u h l gibt folgendes Beispiel aus den USA ¹⁾:

"Für jeden Kredit- und Debetposten wird eine Gebühr von einigen Cents gerechnet, es sei denn, es sind bereits vorher irgendwelche anderen Gebühren auf den Posten gerechnet worden. ... Hinzu kommt noch eine pauschale Gebühr für die Führung des Kontos. ... Nach der Errechnung der Kosten zieht man den internen Verdienstsatz auf das Konto ab, der auf den Durchschnittssaldo abzüglich der Mindestreserve gerechnet wird. ... Sollte nach Abzug dieser Zahl immer noch eine Gebühr übrig bleiben, so wird diese Restgebühr dem Kunden belastet."

1) J. Puhl, Das Bankgeschäft in den USA, Frankfurt/M. o.J., S. 26

Ein etwas anderes Beispiel für die Kontenkalkulation gibt Seeliger¹⁾:

Tabelle III			
<u>Kosten:</u>			
1. Vorgang	2. Anzahl	3. Stückkosten	4. Spalte 2 x 3
Kasseposten	100	0,42	42,--
Überweisungen	200	0,35	70,--
eingereichte Einzugsschecks	100	0,10	10,--
gezogene Schecks	100	0,10	10,--
auf obige Posten entfallende Buchungsposten	350	0,23	80,50
Kosten insgesamt			212,50
<u>Ertrag:</u>			
Auf das im Jahresdurchschnitt bestehende Guthaben von 10.000,- werden beispielsweise bei einem Satz von 1,2 % erzielt			120,--
sodaß als Kostenrest verbleiben			92,50

Es wird davon ausgegangen, daß die über das Konto verbuchten Posten reine Stückkosten verursachen, der Durchschnittssaldo hingegen einen Zinsertrag aufweist. Dieser Ansatz ist zu vertreten, da durch die aufgeführten Buchungsposten die technische Kapazität fast ausschließlich beansprucht und die monetäre Kapazität mit einem Netto-Zinsertrag belastet wird, wofür die Bank den Kunden erkennt. Diese Rechenart ist aber gegenüber einer von vornherein kostenorientierten Preispolitik der Banken benachteiligt. Für den Kunden ist eine solche nachträgliche Kostenberechnung noch unklarer, besonders dann, wenn ihm bei einer Verzinsung der Sichteinlagen eine sorgfältige Zinsstaffel eingereicht wird, er im Endeffekt aber keine Verzinsung erhält, denn die Kosten der Kontenführung etc. werden an den Habenzinsen gemessen²⁾. Nach den Allgemeinen Geschäftsbedingungen der

1) W. Seeliger, Die Kostenrechnung der Kreditinstitute, Die Deutsche Bankwirtschaft, Band IV, l.c., S. 716 b

2) Vgl. Industriekurier, Sichteinlagenverzinsung ein alter Zopf? vom 6.5.1961

Banken kann die Bank diese Kosten ohne besondere Einzelaufstellung dem Kunden in einer Summe berechnen (I. 14 (2)). Ferner wird durch diese Kostenberechnung der Kunde wohl kaum dazu bewogen, seine Kontenführung entsprechend zu gestalten, es sei denn, man gibt - wie in den USA üblich - beispielsweise die Anzahl der 'freien' Überweisungen bei bestimmten dauernden Mindestguthaben bekannt. Von solchen Ausnahmeregelungen sind nicht nur die Leistungen des Zahlungsverkehrs betroffen, Auch für andere Leistungen der Banken werden durch vorher erhobene Zinsen, Provisionen und Gebühren Entgelte erhoben.

Wie soll außerdem nachträglich entschieden werden, ob die Barein- oder -auszahlungen eine Funktion des Kreditgeschäfts oder des Effektenhandels darstellen oder nicht?

c) Die Zinsspannenrechnung als Sonderform der Kreditkostenrechnung

Allgemein versteht man unter einer Preisspanne die Differenz zwischen zwei Preisen. Die Zinsspanne ist der Unterschied zwischen zwei Zinssätzen oder absolut ausgedrückt: der Unterschied zwischen zwei Zinsbeträgen.

Im Bankgewerbe wird der Preis für die zeitweilige Überlassung von Liquidität je nach der Verbuchungsart der Beträge bei der Bank (Aktiva oder Passiva) entweder als Soll- oder ^{als} Habenzins bezeichnet. Die Zinsspanne kann daher die Spanne zwischen zwei gleichartigen (Soll- oder Habenzinssätzen) oder zwischen zwei ungleichartigen (entweder Soll- oder Habenzinssätzen) Sätzen bezeichnen¹⁾.

Gewöhnlich wird die Differenz zwischen den Soll- und den Habenzinssätzen als Zinsspanne bezeichnet. Sie ist somit der Unterschied zwischen dem 'Einstandspreis', d.h. Habenzinssatz, und dem 'Verkaufspreis', d.h. Sollzinssatz. Hieraus und aus dem hohen Anteil der Zinsen an den gesamten Kosten und Erträgen (vgl. Tabelle II)²⁾ ergibt sich auch die

1) Vgl. C. Eisfeld, Art. Zinsspanne und Zinsspannenrechnung, Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 3. Aufl. Stuttgart 1961, Sp. 6595 ff.

2) S. 43

Bedeutung, die der Bankleiter der Zinsspanne seit langem zumißt.

Die Zinsspannenrechnung kann sich auf das gesamte Bankgeschäft, auf das Kreditgeschäft oder auf einzelne Kreditgeschäfte beziehen. Diese Rechnungen können einer Gesamt- oder Teilabrechnung, einer Vor- oder Nachkalkulation dienen. Die angestrebten Rechnungsziele erfordern unterschiedliche Aufbereitungen des Materials. Werden die Zinsen nicht auf eine Tagesbilanz sondern auf eine Jahres- oder Monatsbilanz bezogen, ergibt sich ein weiteres Problem. Die Zinsen werden auf die Zeit, die Bilanzansätze auf den Tag bezogen ¹⁾. Daher muß die Zinsspannenrechnung - gleich welchen Ausmaßes - von durchschnittlichen Ansätzen ausgehen. Jede Durchschnittsrechnung nivelliert und wird unscharf.

Wird die Zinsspanne nach einheitlichen Richtlinien aufgestellt, kann sie zum Betriebsvergleich herangezogen werden, was bei den Sparkassen regelmäßig erfolgt.

Die Berechnung der Zinserträge und Zinsaufwendungen einer Sparkasse für 1958 und den Erfolgsvergleich der Sparkassen insgesamt von 1953 bis 1960 zeigen die folgenden Tabellen IV und V ²⁾.

1) Vgl. C. Zimmerer, Bankkostenrechnung, l.c., S. 152

2) Quellen: Tabelle IV, C. Eisfeld, l.c., Sp.6601 f.,
Tabelle V, Deutscher Sparkassen- und
Giroverband e.V., Jahresbericht 1960,
S. 72 und Jahresbericht 1957, S. 57

Zinsspannenberechnung						
	Kapital in		Zinsen in		vom Kapital in %	
	1000 DM	%	1000 DM	%		
Aktiva						
Unverzinsliche, liquide Anlagen. (Kasse, Landeszentralbank, Postscheck)						
Girozentrale und andere Banken		7,3				
Wechsel	8.827	17,4	709,0	10,58	3,37	
Kontokorrentkredite	21.064	5,2	410,5	6,12	6,47	
Hypotheken	6.347	11,3	1.114,7	16,63	8,12	
sonstige mittel- und langfristige Darlehen	13.736	27,4	2.424,4	36,18	7,30	
Kaufkredite	33.203	2,1	186,9	2,79	7,44	
Kommunaldarlehen	2.512	2,4	369,6	5,51	12,90	
Wertpapiere	2.866	5,8	480,6	7,17	6,81	
Ausgleichs- und Deckungsforderungen	7.056	3,0	211,2	3,15	5,84	
Grundstücke und Gebäude	3.617	12,1	577,5	8,62	3,93	
Beteiligungen	14.677	2,6	115,8	1,73	3,63	
sonstige verzinsliche Aktiva	3.187	0,5	-	-	-	
sonstige unverzinsliche Anlagen	598	1,2	102,1	1,52	6,69	
Durchschnittsbilanzsumme	1.526	1,7	-	-	-	
durchlaufende Kredite	2.076	100,0	6.702,3	100,00	5,53	
	121.292					
	18.058					
	139.350					

zu Tabelle IV	Kapital in		Zinsen in		vom Kapital in %
	1000 DM	%	1000 DM	%	
Passiva					
Spareinlagen	68.875	56,8	2.418,7	73,91	3,51
Sichteinlagen	21.858	18,0	117,9	3,60	0,54
befristete Einlagen	13.842	11,4	396,7	12,12	2,87
aufgenommene Gelder	1.182	4,2	253,8	7,75	4,94
aufgenommene langfristige Darlehen	3.953				
Pensionsrückstellungen	1.858	1,5	85,8	2,62	4,62
Rückstellungen	998	0,8	-	-	-
Sonderwertberichtigungen	277	0,3	-	-	-
Rücklagen	3.945	3,3	-	-	-
sonstige unverzinsliche Passiva	4.504	3,7	-	-	-
Durchschnittsbilanzsumme	121.292	100,0	3.272,9	100,00	2,70
durchlaufende Kredite	18.058				
	139.350				

Tabelle V Erfolgsvergleich der Sparkassen 1953 bis 1960 in Prozent der Durchschnittsbilanzsumme											
Jahr	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960			
Zinsertrag	5,83	5,62	5,61	6,01	5,90	5,53	5,31	5,65			
- Zinsaufwand	2,60	2,51	2,45	2,91	3,07	2,72	2,44	3,05			
= Zinsspanne	3,23	3,11	3,16	3,10	2,83	2,81	2,87	2,60			
+ Ertrag aus Provisionen und Gebühren	1,05	0,96	0,86	0,75	0,67	0,60	0,59	0,56			
= Bruttoertragspanne	4,28	4,07	4,02	3,85	3,50	3,41	3,46	3,16			
Persönliche Handlungskosten	2,14	1,83	1,66	1,73	1,66	1,56	1,42	1,43			
+ Sächliche Handlungskosten	0,68	0,62	0,58	0,59	0,58	0,54	0,52	0,51			
+ Steuern, Abschreibungen, sonstige ordentliche Aufwendungen	0,23	0,24	0,22	0,21	0,19	0,16	0,18	0,16			
= Bruttobedarfsspanne	3,05	2,69	2,46	2,53	2,43	2,26	2,12	2,10			
Betriebsgewinn (= Bruttoertrags- Bruttobedarfsspanne)	1,23	1,38	1,56	1,32	1,07	1,15	1,34	1,06			
+ außerordentliche Erträge	0,09	0,28	0,15	0,16	0,18	0,19	0,21	0,19			
- außerordentliche Aufwendungen für ge- winnabhängige Steuern, neugebildete Sammelwertberichtigungen, sonstige Wertberichtigungen, Abschreibungen	0,57	0,78	0,72	0,64	0,52	0,58	0,70	0,55			
= Reingewinn	0,75	0,88	0,99	0,84	0,73	0,76	0,85	0,70			

Wie Tabelle IV zeigt, ist die Zinsspanne voll von der Vermögensstruktur und -höhe abhängig ¹⁾. Jede Änderung in der Vermögensstruktur beeinflusst demnach - ceteris paribus - die Zinsspanne. Ein hoher Bestand an Ausgleichs- und Deckungsforderungen erbringt 3,93 %, die in ihrer Höhe geringeren Kaufkredite hingegen 12,9 %. Eine Umschichtung der Bilanz könnte demnach die Zinsspanne erhöhen. Bei dieser Argumentation wird aber vergessen, daß gerade die sogenannten Kaufkredite erhebliche Verwaltungsarbeiten erfordern, nicht so die Ausgleichs- und Deckungsforderungen. Außerdem ist die Liquidität beider Anlagen sehr unterschiedlich. Man kann diesen Einwänden insofern begegnen, als die schwierige Trennung ²⁾ von Zinsen und Provisionen und die unterschiedliche Benennung von Provisionen und Gebühren eliminiert und mit der Bruttoertragsspanne gearbeitet wird (vgl. Tabelle V).

Nur wenn Höhe und Struktur der aufgenommenen Gelder und ebenso die der Ausleihungen Daten sind, kann die Bruttobedarfsspanne als Kalkulationsgrundlage dienen. Beide, sowohl Struktur als auch Höhe, sind in der Regel nicht Daten, sondern in gewissen Grenzen Variable. Die Zinsspannenrechnung kann aber dafür Anhaltspunkte liefern, inwieweit die gegebenen (ex post) Bilanzansätze durch entsprechende Manipulationen in der Zukunft verändert werden sollten, um einen höheren Ertrag zu erreichen.

Werden Teilzinsspannenrechnungen aufgestellt, ergibt sich ein weiteres Problem. "Da zwischen den gewährten und den aufgenommenen Krediten kein unmittelbarer Zusammenhang besteht" ³⁾, stellt sich die Frage, welche Passiva welchen Aktiva zuzuordnen sind. Die Bankbilanz läßt sich nicht logisch einwandfrei in Schichten gliedern. Dieses Problem hatte auch die Deutsche Bundesbank in ihren Kreditrichtsätzen zu lösen ⁴⁾.

1) Vgl. P. Stampfli, Zinsspanne und Zinsspannenrechnung im Bankgewerbe, Bern 1955, S. 64

2) Vgl. H. Hellwig, Die Zinsspanne der Großbanken auf Grund externer Bilanzanalyse, Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 26. Jhg. 1960, S. 92

3) L. Mülhaupt, l.c., S. 53

4) Vgl. S. 82 ff.

Über die Zinsmarge berichtet der Bundesverband des privaten Bankgewerbes e.V. ¹⁾, daß die Spanne, "die zwischen 2 bis 2,5 % schwankte", sich im Laufe des Jahres 1960 langsam verringerte. Er begründet dies mit einer Veränderung der Zinssätze (vgl. III. Teil), der Mindestreservpolitik der Bundesbank und dem "scharfen Wettbewerb", besonders der ausländischen Konkurrenz.

Wie im II. Teil dargestellt werden wird, ist das Zinsniveau staatlich fixiert. Dadurch werden der Zinsspannenrechnung neben den angeführten Bedenken weitere Grenzen gezogen. Im Gegensatz zur Kontenkalkulation, die zu differenzieren versucht, nivelliert die Zinsspannenrechnung.

1) Bundesverband des privaten Bankgewerbes e.V., l.c., S. 48

4. Die Kosten- und Ertragsrechnung unter Berücksichtigung der technischen und der monetären Kapazität

a) Die Kosten- und Ertragsaufteilung

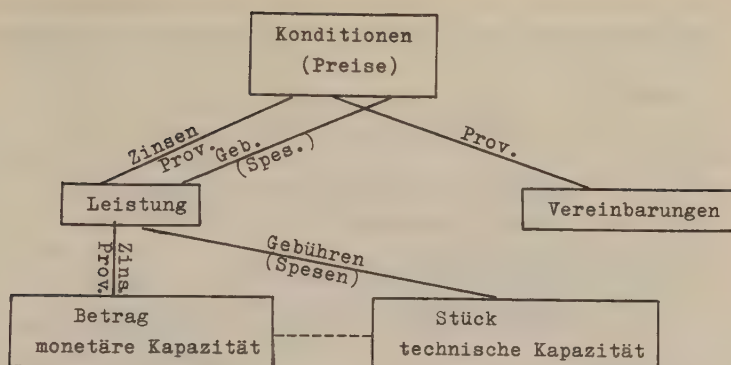
Die Zinsspannenrechnungen und die Kontenkalkulation können nur in begrenztem Umfange verwendet werden. Selbst wenn die Probleme der Zinsspannenrechnung gelöst wären, könnte sie nur durchschnittliche Ergebnisse für das aktive und das passive Kreditgeschäft liefern. Als Durchschnittsrechnung nivelliert sie die heterogenen Kreditleistungen einer Bank. Die Kontenkalkulation versucht hingegen, alle Geschäfte mit einem Kunden zu erfassen. Die Kosten und die Erträge der einzelnen Sparten werden kompensiert. Zwar wird zwischen den einzelnen Kunden differenziert, doch werden die Grenzen der Geschäftssparten und der einzelnen Geschäfte einge-ebnet. Beide Methoden gehen somit nicht von den Aufwendungen und Erträgen für die einzelnen Bankleistungen aus. Dies sollte aber das Ziel einer Kalkulation sein, auch wenn zur Vereinfachung Gruppen von Leistungen zusammengefaßt werden.

Nach der vorangegangenen Untersuchung ist es daher geraten, die Kostenrechnung in zwei Hauptgruppen zu unterteilen: eine Kostenrechnung für die technische und eine für die monetäre Kapazität. Diese Aufstellungen sollten auch für jede Geschäftssparte gesondert vorgenommen werden. Dabei ist es nicht überraschend festzustellen, daß die Schwergewichte bei den einzelnen Sparten in sehr unterschiedlicher Weise auf den beiden Kapazitäten liegen. Der Aufwandsrechnung entspricht eine ebenso gegliederte Ertragsrechnung.

Weder der technischen noch der monetären Kapazität sind durchlaufende Posten wie Kostensteuern und weitergegebene Gebühren und Steuern zuzurechnen, z.B. Notariats- oder Gerichtsgebühren, Kapitalertragssteuern, Börsenumsatzsteuern. Sie sollen unter der Spalte durchlaufende Kosten oder Erträge erfaßt werden.

Die monetäre Kapazität kann nicht von sich aus handeln. Sie hat personelle und sachliche Kosten. Nach der gegebenen Definition gehören diese aber zur technischen Kapazität. Diese Frage zeigt die Verbundenheit beider Kapazitäten auf.

Der angeführte Zusammenhang zwischen Leistung und Entgelt kann schematisch wie folgt dargestellt werden:



Die Konditionen (Preise) bestehen aus Zinsen, Provisionen, Gebühren und gegebenenfalls auch aus Spesen. Sie sind das Entgelt für die Leistungen.¹⁾

Die Leistung selbst ist durch die dualistische Betrachtungsweise aufgeteilt in eine Betrags- und eine Stückleistung, welche von der monetären und der technischen Kapazität geleistet werden.

Der monetären Kapazität sind die Zinsen und Provisionen, der technischen Kapazität hingegen die Gebühren und Spesen zuzuordnen. Letztere sind "durchlaufende Posten" und sollen daher ausgeklammert werden.

Die Kosten und Erträge der Vereinbarungen kompensieren sich (Risiko) oder werden durch bestimmte Faktoren (Provisionen) rechenbar gestaltet.

Die Querverbindungen zwischen den beiden Kapazitäten deuten den Zusammenhang zwischen den zwei Aspekten an. Die vorgenommene Trennung darf daher nicht absolut gesetzt werden.

1) Vgl. S. 5, 17

Im folgenden sei eine Darstellung der Kosten und Erträge nach der gegenwärtigen Organisation des Bankwesens versucht.

I. Kosten

a) Technische Kapazität

Personalkosten

Löhne und Gehälter
gesetzliche und freiwillige soziale Aufwendungen

Sach- und Fremdleistungskosten

Büromaterial und Formulare
Abschreibungen für Haus- und Grundstücke
Abschreibungen für Fuhrpark u.ä.
Abschreibungen für Büroeinrichtungen
Fremdleistungen, soweit nicht direkt weitergegeben und zur monetären Kapazität gehörend

Werbung

Beiträge

Risikokosten

soweit sie nicht durch die AGB¹⁾ abgewälzt wurden.

b) Monetäre Kapazität

Zinsaufwendungen und Wertstellungsverluste,
abzüglich der Aufwendungen für die Liquiditätshaltung für:
täglich fällige Gelder
Termingelder
Spareinlagen
Geldbeschaffung (Rediskoht, Lombard, Geldmarkt)

Provisionsaufwendungen

soweit sie Zinscharakter besitzen, aber nicht direkt weitergegeben werden

Gebühren

soweit sie Zinscharakter besitzen, aber nicht direkt weitergegeben werden oder Fremdleistungskosten sind

Risikokosten

soweit sie nicht durch die AGB abgewälzt werden

Liquiditätskosten

Kassenbestand, LZB-²⁾ und Postscheckguthaben,
Mindestreserve

c) Durchlaufende Kosten

Direkt weitergegebene Kosten wie Provisionen und Gebühren, spezielle Steuern

1) AGB = Allgemeine Geschäftsbedingungen der Banken

2) LZB = Landeszentralbank, d.i. Deutsche Bundesbank

II. Erträge

a) Technische Kapazität

Provisionen

soweit die technische Kapazität erkannt werden soll,
z.B. Bereitstellungsprovision, Diskontprovision,
Bürgschaftsprovision, Umsatzprovision

Gebühren

soweit die technische Kapazität erkannt werden soll,
z.B. Depotgebühren, Gebühren für Akkreditive, Kredit-
briefe, Gebühren im Zahlungsverkehr, Umsatzprovision

Zinsen

soweit sie als Entgelt für die technische Kapazität
berechnet werden,
z.B. Zinsabschlag bei provisionsfrei geführten Kreditoren

b) Monetäre Kapazität

Zinsen und Wertstellungsgewinne

abzüglich der Erträge aus der Liquiditätshaltung für:
kurzfristige Kredite und Wertpapiere
mittelfristige Kredite und Wertpapiere
langfristige Kredite und Wertpapiere
Geldmarkt

Provisionen

soweit sie Zinscharakter besitzen,
z.B. Überziehungsprovision, Akzeptprovision

Gebühren

soweit sie Zinscharakter besitzen,
z.B. Gebühren für Akkreditive und Auslandszahlungen

Erträge aus der Liquiditätshaltung (Schatzwechsel)

c) Durchlaufende Erträge

Direkt weitergegebene Erträge wie Provisionen und Gebühren
und Steuerrückvergütungen.

Aus dieser Aufstellung folgt:

- (1.) Werden die Erträge und auch zum Teil die Kosten nicht, wie dies in der Darstellung angedeutet wurde, aufgeteilt, sind die Kosten und Erträge beider Kapazitäten größenmäßig v ö l l i g inkongruent. Daher ist der Grad der Aufteilung - besonders bei den Zinsen - ausschlaggebend.
- (2.) Ein Auseinanderrechnen der gegenwärtigen Erträge für die technische und die monetäre Kapazität ist sehr schwierig. Dies gilt für die Zinsen und Provisionen im stärkeren Maße als für die Gebühren, wenn letztere in der Praxis oft auch den Charakter von Provisionen besitzen.

Dieser Sachverhalt sollte erkannt und richtig gedeutet werden. So ist es geraten, den schon eingangs erwähnten Zusammenhang und Unterschied zwischen Zinsen, Provisionen und Gebühren deutlicher herauszuarbeiten. Soll eine Unterscheidung zwischen diesen drei genannten Größen einen Sinn haben, so müßten ihnen jeweils verschiedene Funktionen zugewiesen werden.

Die **Z i n s e n** sollten als das Entgelt für die Überlassung (aktive oder passive) von Geldkapital (Liquidität) betrachtet werden. Sie stellen somit ein 'Äquivalent' für die **m o n e t ä r e** Kapazität dar.

Die **P r o v i s i o n e n** (Vom Betrag berechnet) können immer dort Anwendung finden, wo eine den Zinsen ähnliche Rechnung vorliegt für die Bereitstellung der **m o n e t ä r e n** Kapazität. So z.B. im Sorten- und Devisengeschäft, bei Auslandstransfers. Aber auch unterschiedliche Vereinbarungen (z.B. die Besicherung) können die Provisionen in monetäre Entgelte transformieren.

Hingegen wäre die **G e b ü h r** als 'Stückrechnung' ausschließlich der **t e c h n i s c h e n** Kapazität zuzuordnen. Sie sollte das 'Äquivalent' für diese Kapazität sein.

Somit hätte die monetäre Kapazität zwei Quellen zur Deckung ihrer Kosten, die technische hingegen nur eine. Es ist daher nicht ratsam, den drei Quellen die gleiche Gewichtung wie bisher zuzugestehen. Die Zinsen müßten in ihrer Spanne zusammengedrückt und dafür die Gebühren ausgeweitet werden.

Das Ziel der Kosten- und Ertragsrechnung wurde durch diese Ausführung angedeutet. Es liegt nicht in einer rein schematischen Erfassung. Die Rechnung sollte vielmehr davon ausgehen, wie die Kosten und Erträge den einzelnen Kapazitäten zuzuordnen sind. Oder anders ausgedrückt: die Erträge und Kosten sollten einander adäquat ausgestaltet werden.

b) Die Planung der Rentabilität und der Liquidität

(1.) Die Planung der Geschäftstätigkeiten der Bank steht vor verschiedenen Problemen. Zunächst sind die Kapazitätsgrenzen zu bestimmen. Anschließend müssen die Möglichkeiten aufgezeigt werden, die eine ausreichende Liquidität und eine dem Betriebsziel entsprechende Rentabilität gewährleisten.

Die Frage nach den Kapazitätsgrenzen ist zugleich auch eine nach den Anpassungen an variierende Beschäftigungslagen. Hinzu tritt das Problem des Nutzgrades der Kapazitäten ¹⁾.

Verschiedene Auftragslagen kann bei kurzfristiger Planperiode der Bankbetrieb in der technischen Kapazität durch Variationen der Intensität bewältigen. Die technische Kapazität ist gewöhnlich nur sprunghaft veränderlich.

Die monetäre Kapazität hingegen ist leichter zu verändern. Die gesamte Kreditkapazität einer Bank ²⁾ x_k ist gleich

den liquiden Aktiva vor der Krediteinräumung (L_a)
+ der Mindestreserve vor der Krediteinräumung (R_m)
+ der gesamten Kreditmenge nach voller Ausnutzung der Kreditkapazität und Verbleib der zusätzlich gewährten Kredite in der Bank (x_k)

./. Mindestreserve für diese Kreditmenge ($r_m \cdot x_k$) : 100

./. Reserve an Sekundärliquidität für diese Kreditmenge

($r_s \cdot x_k$) : 100 ;

$$x_k = L_a + R_m + x_k - \frac{x_k}{100} (r_m + r_s) .$$

Während sich das maximale Kreditvolumen noch mit einiger Genauigkeit und Sicherheit errechnen läßt, aber schwankt, ist die Kapazität eines Bankkassenschalters und damit das Leistungsvermögen eines Menschen wesentlich schwieriger zu bestimmen. Die nachfolgende Postenstatistik der Kassenabteilung ³⁾ zeigt deutlich den unterschiedlichen Arbeitsanfall während eines Monats (November 1960) auf.

1) Vgl. M. Lohmann, Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, l.c., S. 60

2) L. Mülhaupt, l.c., S. 21

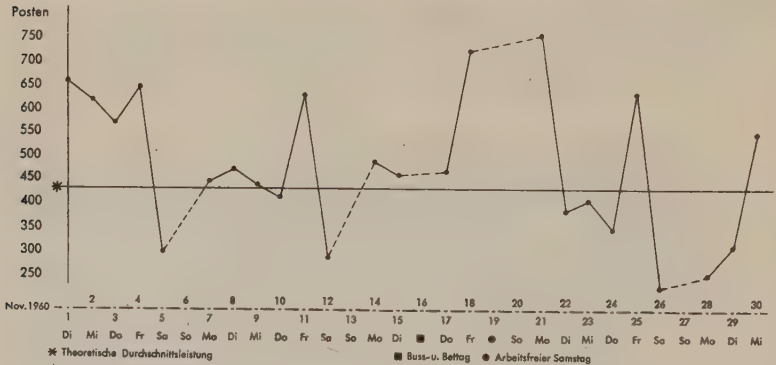
3) Bank-Betrieb, hrsg. vom Bundesverband des privaten Bankgewerbes e.V., Köln, 1. Jhrg. Heft 2 1961, S. 18

Tabelle VI

Postenstatistik der Abteilung Kasse

(Gezählt wurden alle Ein- u. Auszahlungen einschl. der Gegenwerte von Sorten, Reiseschecks, Zinsscheinen u. Kassenwechseln.)

Stammbesetzung: 1 Kassenleiter (Kassendisposition; Kassierer und Bestandsverwalter für Sorten, Reiseschecks, Zinsscheine und Kassenwechsel; Kundendienst), 2 Kassierer für Kontokorrentkunden, 1 Kassierer für Sparkunden und 1 Geldzähler.



Ähnlich verlaufen auch tageszeitliche Schwankungen. Die Spitzen werden durch die 'Lagerhaltung' (Wartezeiten) überbrückt.

Hier ist es angebracht, kurz auf die Kapazitätsmessung einzugehen. Die technische Kapazität könnte experimentell festgestellt werden. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß die volle Auslastung der persönlichen und sachlichen Kräfte immer nur zeitweise möglich ist. Eine dauernde Voll- oder sogar Überbeschäftigung ist aus den verschiedensten Gründen nicht zu raten ¹⁾.

1) Vgl. C. Zimmerer, Bankkostenrechnung. l.c., S.131

Solche Hindernisse stellen sich bei einer Vollaussnutzung der monetären Kapazität nicht in den Weg. Die einzelne Bank kann sich notfalls - wenn sie allein in der monetären Kapazität 'überbeschäftigt' ist - auf die Aushilfe der Zentrale, befreundeter Banken oder der Deutschen Bundesbank verlassen.

Somit sind die Kosten und die Erträge der monetären Kapazität der kurzfristig am höchsten beeinflussbare Faktor. Daher ist es wichtig, zwischen den beiden Kapazitäten zu unterscheiden. Personell und sachlich (Gebäude, Maschinen, Organisation) können zwei Bankbetriebe gleichartig ausgerüstet sein, ihre Kreditschaffungsmöglichkeiten können jedoch völlig voneinander abweichen. Davon ist aber die Ertragslage abhängig.

(2.) Eine Bank muß folgende Größen planen:

- a) Die Kosten und Erträge (Konditionen und Vereinbarungen),
- b) die Liquidität und
- c) die Struktur der Nachfrage und des Angebots.

Dabei ist es wichtig, daß nicht nur eine einzelne Leistung (z.B. Kredit), sondern auch alternative Programme ¹⁾ eingeplant werden. Je heterogener die von einer Bank angebotenen Leistungen sind, desto differenzierter müssen auch die Programme aufgestellt werden.

Es bedarf bei einer Bank eines hohen Maßes an Planung, um zu einem guten Abwägen aller gegebenen Möglichkeiten zu gelangen. Bei der Vielzahl der Variablen und Bedingungen liegt es deshalb nahe, die lineare Planungsrechnung zur Entscheidungshilfe zu benutzen.

Erst in jüngster Zeit wurden Versuche unternommen, die Rentabilität und die Liquidität einer Bank theoretisch zu planen ²⁾. Hierbei ist es wichtig, zwischen Daten und - wie es Deppe nennt - Erwartungsdaten zu unterscheiden. In diesem letzteren Ausdruck ist eine Problematik der genannten Untersuchung angedeutet. Die Zahlungssitten i.w.S., Ein- und Auszahlungen, Kreditnachfrage- und -angebotsstruktur, sowie die Zins- und Gebührenstruktur sind nur zu einem gewissen Teil Daten, zum anderen Teil aber Erwartungsgrößen, denen eine mehr oder minder große Unsicherheit anhaftet.

1) Vgl. L. Mülhaupt, Ansatzpunkte für eine Theorie der Kreditbank, Jahrbuch für Sozialwissenschaft, 12. Band 1961, S. 142

2) L. Mülhaupt, Umsatz-, Gewinn- und Kostenplanung einer Kreditbank, l.c., S. 7 ff.
In diesem Aufsatz wurde m. E. der Grundstein zur theoretischen Bankbetriebslehre gelegt. Mülhaupt wendet darin die Marginalanalyse an. Hierauf aufbauend entwickelt H. - D. Deppe ein Planungssystem, das mit Hilfe der linearen Planungsrechnung gelöst wird. Art.: Zur Rentabilitäts- und Liquiditätsplanung von Kreditinstituten, Weltwirtschaftliches Archiv, Band 86 1961 I, S. 303 ff.

Diese wird auch durch Extrapolationen nicht verringert. Weiterhin ist die Betriebsgröße zu beachten. Die größeren Betriebe haben eine höhere Wahrscheinlichkeit, innerbetrieblich Kompensationen vorzunehmen.

Durch das Beschränken der Planperiode auf einen Tag vermindert sich das Eintreten unvorhergesehener Ereignisse. Damit ist aber auch die Möglichkeit gegeben, für jede Planperiode die Faktoren entsprechend zu modifizieren. Dennoch sagt die optimale Verhaltensweise der Bank an einem Plantage nichts endgültiges darüber aus, ob dieses Verhalten langfristig gesehen ebenfalls optimal war.

In das Planungssystem sind die unterschiedlichen Kreditarten, Zins-, Provisions- und Gebührensätze, sowie die Ausgangsdaten (Tagesbilanz) einzubeziehen. Hinzu treten noch die erwarteten oder geplanten Zahlungsströme als Funktion der Zahlungssitten im weitesten Sinne und die Kreditangebots- und Kreditnachfragestrukturen. Die aktiven und passiven Kredite müssen noch nach ihren unterschiedlichen Liquiditätseffekten (Wechsel- oder Lombardkredite im Vergleich zu Kontokorrentkrediten) und der Art ihrer Besicherung (unbesicherte Personalkredite und besicherte Realkredite oder LZB-Lombardkredite und Geldmarktkredite) unterteilt werden.

Die Kosten und Erträge für die monetäre Kapazität sind von denjenigen für die technische zu trennen. Die Planung hat, wenn sie auf einen Tag bezogen wird, die Kosten für die technische Kapazität und einen Teil derjenigen für die monetäre Kapazität in der Regel als unveränderlich zu betrachten.

Das Gleichungssystem muß demnach neben der Gewinnfunktion zumindest für die Liquidität, die Refinanzierung, die Kreditsätze der Bundesbank und die Nachfrage- oder Angebotsstruktur an Krediten Gleichungen oder Ungleichungen aufweisen ¹⁾.

1) Vgl. H.-D. Deppe, l.c., S. 334 f.

Die numerischen Ansätze für die Gleichungen benötigen einen Ausbau der betriebsinternen Statistiken.

Inwieweit im Betriebe bereits vorhandenes Material hinzugezogen werden kann, hängt von der realisierten Organisation ab.

Es soll von der Einlagenstatistik ausgegangen werden. Neben einer reinen Bestandsstatistik sind gleichlautende Tabellen für die täglichen Ein- und Ausgänge aufzustellen (Bewegungsstatistik).

a) Zunächst sind die Umbuchungen in der eigenen Filiale zu erfassen. Hier genügt jedoch eine Statistik, da sich Soll und Haben entsprechen.

b) Gesondert sind die Umbuchungen aus dem eigenen Filialnetz (Zentrale und andere Filialen) festzustellen.

c) In einer dritten Statistik müßten die Ein- und Ausgänge erfaßt werden, die

(1) über Abrechnungsbanken (LZB-Clearing) und

(2) über Nostro-Konten

verbucht werden.

Für die einzelne Filiale bedeutet Fall c) (2) das gleiche wie Fall a), vorausgesetzt, die beiden Banken stunden sich gegenseitig jeden Saldo.

Anhand dieser Statistiken ist aufzuzeigen, wie hoch der Anteil der genannten Gruppen an der gesamten Kontenbewegung ist.

Zu ergänzen sind diese Reihen durch eine der Kassenstatistik angeschlossene Statistik, die die Barumsätze in Ein- und Ausgang enthält. Letztere kann noch aufgeteilt werden in Scheck- und Kassenquittungs-Abhebungen.

Eine Verfeinerung kann noch dadurch geschehen, daß man die Konten in Scheck-, Termin-, Festgeld- u.a.Konten trennt.

d) Schwieriger gestaltet sich die Erfassung der Einlagendauer. Es ist eine nach Einlagetagen, Stückzahl und Betragshöhe aufgegliederte Tabelle anzufertigen, die außerdem die oben genannten Kontenaufteilungen vornimmt. Gerade hierfür wird sich die Auswertung der Lochkarten als fruchtbar erweisen.

Ergänzungen zu der Einlagenstatistik bilden die Kredit- und die Kassenstatistik. Das Material beider Statistiken berührt auch die Einlagenstatistik.

a) Die Kreditstatistik umfaßt die laufenden Neugewährungen, aufgeteilt in: Kontokorrent-, Wechsel-, Lombard- u.a.

Kredite, daneben die Ausnutzung bestehender Kreditlimite und deren Verhältnis zu den gewährten Krediten.

b) Ferner müssen die Kreditrückzahlungen (jeweils Stückzahl und Betrag) aufgegliedert werden in: vorzeitig, termingerecht, verspätet erfolgte Rückzahlungen und in Ausfälle.

c) Die Kassenstatistik kann umfassen: jeweils den Tagesanfangs- und -endbestand in der Stückelung, die Ein- und Ausgänge, den Mindestbestand (Scheidemünzen und Noten) und den freien Überschußbetrag.

Die allgemeinen Erwartungen des Bankleiters oder Disponenten versagen sich einer betriebsstatistischen Erfassung. Dies gilt insbesondere für die zukünftige Entwicklung des Angebots und der Nachfrage nach Liquidität. Hier werden die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge relevant. Da der Einfluß, der von Veränderungen der Politik der Deutschen Bundesbank ausgeht, sehr stark ist, ist es verständlich, wenn oft lediglich dieser Aspekt den bankbetrieblichen Planungen zugrunde gelegt wird. So führen erwartete Diskontsatzserhöhungen zu einer verstärkten Inanspruchnahme der Zentralbank. An Bilanzstichtagen wird gewöhnlich eine hohe konstitutive Liquidität angestrebt.

Neben diesen auch rein größenmäßig bedeutsamen Entscheidungen nimmt sich die differenzierte Planung für einen Kredit von DM 10.000,- recht seltsam aus. Man sollte aber von solchen Planungssystemen weder eine allumfassende, allgemeingültige Aussage erwarten, noch auf deren Wegweisung verzichten.

II. Teil

=====

Die Wettbewerbssituation im Bankgewerbe

=====

I. Die Abkommen der Banken bis zur Errichtung einer

=====

staatlichen Bankenaufsicht im Jahre 1931

=====

Ein Gesetz vom 1. Juli 1881 bewirkte die Besteuerung der Wertpapier- und Schlußnoten ¹⁾. Seine unklar gehaltenen Formulierungen und die unterschiedlichen Auslegungen der Gerichte veranlaßten die bedeutenden Banken, sich in Berlin 1883 zu einem "Verein zum Zwecke der Erzielung gerichtlicher Entscheidungen über zweifelhafte Stempel- fragen" zusammenzuschließen. Der Zweck dieses Vereins ist aus seinem Namen ersichtlich. Durch Musterprozesse erstrebte er eine größere Klarheit über das gesamte Gesetz. Außerdem wollte er die Mitglieder über die Handhabung des Gesetzes unterrichten. Somit war ein Grundstein zur Verständigung der Banken gelegt.

Elf Jahre danach kam es zu einem Zinsenabkommen, um der wachsenden und ausartenden Konkurrenz im Bankgewerbe zu begegnen. Die Zinsspanne betrug anfänglich 1 Prozent (1/2 % über und unter dem Reichsbankdiskont). Die getroffenen Vereinbarungen, die von Zeit zu Zeit überprüft und geändert wurden, galten lediglich für die Mitglieder der Stempelvereinigung und dort auch nur für die Kundschaft außerhalb von Berlin. Die Regionalbanken widersetzten sich einem Anschluß an das Berliner Abkommen aus der Furcht, Geschäfte an Berlin zu verlieren.

1) Vgl. für die folgende Darstellung: R. Pilster, Die Kartellierung der Geschäftsbedingungen im Bankgewerbe, Diss. Köln 1923; R. Bellstedt, Die Entwicklung von Konditionsabsprachen im Bankwesen unter besonderer Berücksichtigung des Kartellgedankens, Diss. Köln 1956

Die heterogenen Interessen der Banken, die einmal durch den Gegensatz Groß- und Kleinbank und zum anderen durch die Rivalität der Berliner und der Provinzbanken entstanden, verhinderten nach dem "Ersten Allgemeinen Bankiertag" 1902 in Frankfurt am Main trotz langwieriger Verhandlungen ein Zusammengehen der Banken auch in der Frage der Effekten- und der Akzeptprovision. Hier wurde die Öffentlichkeit erst auf die Tendenzen zur Kartellierung der Bankpreise aufmerksam.

Nach der Enquête von 1908/09 kam es erstmals zu einem größeren Zusammenschluß der Banken in Verbindung mit lokalen Bankenvereinigungen. Der Druck der Reichsbank - sie versprach sich durch die Erhöhung der Rentabilität eine höhere Liquidität der Banken - und die Diskussion um die Verstaatlichung des Kreditgewerbes kamen der Stempelvereinigung (seit dem 8. 6. 1900 "Vereinigung von Berliner Banken und Bankiers") nicht ungelegen. Von Berlin aus wurde jetzt die Fühlung mit den lokalen Kartellen aufgenommen. Letztere hatten ihrerseits schon begonnen, ihre Abmachungen unter Berücksichtigung lokaler Interessen nach denen der Berliner Stempelvereinigung auszurichten. Die 1912 nur befristet vereinbarten Bedingungen über Zinsen und Akzeptprovisionen wurden verlängert und die "Allgemeinen Abmachungen" in der Folgezeit sachlich und räumlich erweitert, wobei zunächst der föderative Aufbau gewahrt blieb: allgemeine Abmachungen auf wenigen Gebieten, örtliche Konventionen durch lokale Kartelle auf anderen Gebieten. Letztere wirkten sich auch auf die Allgemeinen Abmachungen aus.

Im November 1917 wurde die "Berliner Bedingungsgemeinschaft für den Wertpapierverkehr" (BEW) gegründet. An ihr waren die Stempelvereinigung und die Kommissionsfirmen beteiligt. Gleichzeitig wurde mit den freien Börsenmaklern ein Abkommen über die Provisionen geschlossen.

Es zeigte sich, daß der ursprüngliche Gedanke, die gefährdete Rentabilität zu stabilisieren, teilweise mißbraucht wurde und zur Schließung lokaler Märkte gegenüber jeder Konkurrenz führte. Die einzelnen Bankkartelle waren oft nicht einfalllos in Konditionen, die gegenüber Berlin prohibitiv wirkten und in der Erfindung von zusätzlichen Einnahmequellen. So erhöhten einige sächsische Kartelle für die Debitoren das zinsmäßige Jahr um 40 auf 400 Tage, während für die Kreditoren nur 360 Tage gerechnet wurden. Auch wurden beispielsweise die spätere Valutierung von Gutschriften, die Berechnung von Gebühren für Daueraufträge, Nummernverzeichnisse, Stückeumtausch, Besorgung von Zins- und Dividendenscheinbogen, die Verlosungskontrolle nicht hinterlegter Wertpapiere und anderes mehr eingeführt. Absprachen über den Wettbewerb durch Inserate und Vereinbarungen über einheitliche Konditionen bei Kunden, welche Konten bei verschiedenen Banken unterhielten, wurden durch einzelne lokale Vereinigungen getroffen.

Ein in den Jahren 1930 und 1931 mit Hilfe der Reichsbank geschlossenes Zinsabkommen wurde durch die Bankenkrise vorläufig wertlos. Zuvor war 1928 ein Abkommen zur "Vereinheitlichung und Beilegung von Wettbewerbsstreitigkeiten zwischen Banken, Sparkassen und Genossenschaften" ¹⁾ geschlossen worden.

Durch die wachsende Kartellierung der Bankpreise wich der 'Wettbewerb' zwischen den Banken auf die Kredithöhe und nicht kartellmäßig gebundenen Leistungen aus ²⁾.

Die schon Anfang des Jahrhunderts geforderte staatliche Bankenaufsicht ³⁾ wurde 1931 beschlossen. Die Kreditwirtschaft mußte sich nun über die Zinssätze und Provisionen

1) Vgl. Bank-Archiv, 27. Jhg. 1928, S. 305 ff.

2) Vgl. E. Walb, Übersetzung und Konkurrenz im deutschen Kreditapparat, in: Untersuchungen des Bankwesens 1933, Teil I, 1. Band, Referat I/3, S. 157 f.

3) Vgl. A. Wagner, Bankbrüche und Bankkontrollen, Der Deutsche Oekonomist, 1902, S. 45 ff. und die Bankenquête von 1908/09.

einigen. Das Reichsgesetz über das Kreditwesen ¹⁾ von 1934 und seine späteren Änderungen bewirkten eine weitgehende Zäsur, es soll daher gesondert untersucht werden.

Seit Beginn der angeführten Kartellbestrebungen war es üblich, zwischen provisionsfreien und provisionspflichtigen Konten, Spar- und Depositenkonten zu unterscheiden. Die Sollzinsen wurden in Abhängigkeit vom Reichsbankdiskontsatz genannt. In laufender Rechnung betrug die Zinsspanne 2 Prozent. Die Sollzinsen beliefen sich auf ein Prozent über Reichsbankdiskont, jedoch mindestens 5 (6) Prozent. Die Kontokorrentprovision aus einer Seite und die Akzeptprovision waren betragsabhängig, ebenso die Entgelte für die Börsengeschäfte. Letztere wurden teils vom Nennwert, teils von dem ausmachenden Betrag (Nennwert mal Kurs) mit im Laufe der Zeit veränderten Sätzen berechnet.

Die genannten Sätze waren teilweise gestaffelt. Es wurde unterschieden zwischen Bankier- und Nichtbankierkundschaft, zwischen Börsenplätzen und Nebenplätzen. Dies sind somit im Prinzip die noch heute gängigen Regelungen.

1) Reichsgesetz über das Kreditwesen vom 30. 6. 1934, Neufassung 25. 9. 1939, Änderungen: 23.7.1940, 18. 9. 1944

II. Die gesetzlichen oder amtlichen Bestimmungen

zur Regelung der Konditionen

1. Die Staatsaufsicht über die Kreditwirtschaft

Nach der Krise von 1931 stellte sich dringend die Frage nach einer quantitativen und qualitativen Aufsicht über die Kreditwirtschaft.

Die amerikanischen Banken waren schon nach der Errichtung des 'Federal Reserve System' (1913) gewissen Kontrollen unterworfen. "The Reserve Banks were made responsible for 'sound credit conditions'" ¹⁾. Die Kontrollen reichten von Anlagebeschränkungen über Konditionsempfehlungen und Bankprüfungen bis hin zur 'moral suasion'. Nach 1931 wurde auch das amerikanische Kontrollwesen ausgebaut.

Durch Notverordnung vom 19. 9. 1931 wurden in Deutschland alle Kreditinstitute einer staatlichen Aufsicht unterstellt. Ausgenommen waren Reichsbank, Reichspost, Bausparkassen, Pfandleiher. Zunächst führte das Reichsaufsichtsamt bei der Reichsbank über den Reichskommissar die Aufsicht durch. Die zuständigen Stellen wechselten. Bis zum 31. 12. 1961 übten die Wirtschaftsministerien der Länder, die zur Koordination den 'Sonderausschuß Banken' gegründet hatten, mit der Deutschen Bundesbank, d.h. den Landeszentralbanken, die Aufsicht dezentral aus.

Die Bankenaufsicht erließ die Richtlinien für das Kreditgeschäft, die Liquidität, den Sparverkehr, den unbaren Zahlungsverkehr, die Vorschriften über das Depotwesen. Sie ordnete Überprüfungen und Kontrollen der Banken an, ließ sich Kredite von einer bestimmten Höhe an melden (§ 12 KWG a.F.) ²⁾ und

1) A.G. Hart, Money, Debt an Economic Activity, New York 1949, S. 79.

2) Gesetz über das Kreditwesen alter Fassung

nahm die Funktionen des Reichswirtschaftsministers nach § 36 KWG a.F. wahr.

Nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945 wurden die Aufgaben der Bankenaufsicht erweitert. Durch das Wertpapierbereinigungsgesetz war die Mitwirkung der Bankenaufsicht bei der Wertpapierbereinigung festgelegt worden. Die Bankenaufsichtsämter wurden auch in die Prüfungs- und Bestätigungsverfahren der Umstellungsrechnungen der Kreditinstitute eingeschaltet. Durch diese Aufgaben wurden die Bankenaufsichtsämter für Jahre hindurch erheblich belastet. Daneben lag bei ihnen die rein formale Aufsicht (hoheitliche und gewerbepolizeiliche Aufgaben), nicht aber die materiale Aufsicht (Liquidität und Bonität).

Mit der Einführung der Bankenaufsicht wurde das Prinzip der Gewerbefreiheit im Bankensektor beseitigt.

Die Bankenaufsicht wird oft wie folgt begründet:

- " 1. Schutz der Bankkunden gegen Verluste oder Nachteile infolge von Unzulänglichkeiten der Kreditinstitute,
2. Verhinderung des Eindringens zweifelhafter Elemente in das Kreditgeschäft,
3. Verhinderungen von Schädigungen der Volkswirtschaft durch Funktionsstörungen im Geld- und Kreditwesen,
4. wirtschaftspolitische Beeinflussung der Kreditpositionen der Banken." ¹⁾

Nach den gesammelten Erfahrungen ist es recht zweifelhaft, ob durch die Bankenaufsicht Zusammenbrüche verhindert werden können. Betrügerische Manipulationen können wohl nie ganz ausgeschlossen werden. Hingegen übernimmt der Staat durch seine Aufsicht eine gewisse latente Garantie zumindest den großen Banken gegenüber, obgleich er nicht das Geschäftsrisiko tragen will.

Durch die Tatsache einer manipulierten Papierwährung und

1) Art. Bankenaufsicht, Bank-Lexikon, hrsg. von G. Müller und J. Löffelholz, 2. Aufl. Wiesbaden 1959, Spalte 163

durch die Kreditschaffungsmacht der Banken kann das gesamte Bankwesen auf die volkswirtschaftliche Größe der "effektiven Nachfrage" wesentlich einwirken. Daher ist es für die Banken nicht nur eine wirtschaftliche Notwendigkeit, mit der Notenbank gemeinsam zu handeln, sondern gesamtwirtschaftlich auch geboten. Eine Bankenaufsicht könnte dezentral und weniger intensiv ausgeführt werden, wenn den Banken das Privileg der Kreditschaffung genommen würde und sie lediglich eine Verteilerfunktion ausübten. Die inhärente Schwäche des gegebenen Geldsystems erfordert eine wirksame Kontrolle der Geschäftstätigkeit der Banken ¹⁾.

So gesehen erhalten die Regelungen der Konditionen (Zinsen) und des Wettbewerbs durch die Bankenaufsichtsbehörde in Verbindung mit der Zentralnotenbank einen währungspolitischen Akzent ²⁾.

1) Vgl. A. Gnam und W. Oberbillig in der Diskussion um die zentrale Bankenaufsicht, Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 8. Jhg. 1955, S. 554 ff., 714 ff., 13. Jhg. 1960, S. 374 ff. und M. Stahlberg, Sparkasse, 71. Jhg. 1954, S. 123 ff.

2) F. A. Lutz, Das Grundproblem der Geldverfassung, Stuttgart-Berlin 1936, S. 13, Bundesverband des privaten Bankgewerbes e.V., Bericht über das Geschäftsjahr 1955, S. 4 ff.

2. Die bis Ende 1961 geltenden allgemein verbindlichen Bankenabkommen

Der Zusammenbruch der deutschen Bankwirtschaft und die Lehren, die daraus gezogen wurden, führten in Verbindung mit einer umfassenden Enquête 1934 (Neufassung 1939) zum "Reichsgesetz über das Kreditwesen" (KWG).

Nach dem § 38 des KWG vom 5. 12. 1934 ¹⁾ konnte der Reichskommissar für das Kreditwesen "Mehrheitsbeschlüsse der Spitzenverbände der Kreditinstitute über die Geschäftsbedingungen - insbesondere über die Zins- und Provisionssätze - und über den Wettbewerb für allgemein verbindlich erklären". Dem Reichskommissar - später dem Reichswirtschaftsminister - war aber auch ein Druckmittel in die Hand gegeben. Er konnte "im Einvernehmen mit dem Reichsbankdirektorium entsprechende Bestimmungen für die Kreditinstitute und deren Spitzenverbände selbst erlassen".

Die Verbände der Kreditwirtschaft konnten somit Rechtsnormen setzen, wenn diese für allgemein verbindlich erklärt wurden ²⁾. In der Praxis entwickelte sich aber der in

1) Der § 38 des KWG vom 5. 12. 1934 wurde durch den § 36 im KWG vom 25. 9. 1939 in der Fassung der Verordnung vom 23. 7. 1940 und vom 18. 9. 1944 ersetzt.

Diese letztere Gesetzesfassung, die bis zum 31. 12. 1961 galt, wird als KWG a. F. im Gegensatz zum KWG n. F. vom 10. 7. 1961 bezeichnet.

2) Vgl. D. Schmidt, Die Rechtsgrundlage der Konditionenregelung, Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 14. Jhg. 1961, S. 74 ff.; W. Hofmann, Handbuch des gesamten Kreditwesens, 6. Aufl. Frankfurt a.M. 1960, S.258, S. 438 ff.; W. Hofmann, Gesetz über das Kreditwesen vom 10. Juli 1961, Frankfurt a.M. 1961, S. 34 f.

§ 36 KWG a.F. Satz 3 dargestellte Ausnahmefall zur Regel, zumal durch die Dekonzentration nach 1945 Mehrheitsbeschlüsse nicht zustande kamen. So unterbreiteten die Spitzenverbände nur Vorschläge über die Regelung der Konditionen, sie verzichteten also auf die Präsentation eines allgemein angenommenen Abkommens. Dadurch stand der Bankenaufsichtsbehörde das Recht zur hoheitlichen Regelung zu.

Der Reichskommissar für das Kreditwesen erklärte am 22.12. 1936 für allgemein verbindlich ¹⁾:

1. den Mantelvertrag zwischen den Spitzenverbänden, Wirtschaftsgruppen und Fachgruppen der Kreditinstitute,
2. das Abkommen über die Festsetzung von Höchstzinssätzen für hereingenommene Gelder (Habenzinsabkommen),
3. das Abkommen über die Berechnung der Zins- und Provisionssätze bei der Weitergabe von Geldern an Dritte (Sollzinsabkommen),
4. das Wettbewerbsabkommen.

Durch diese Abkommen und deren Erklärung als allgemein verbindlich wurde der Wettbewerb im Kreditwesen beschränkt. Dies wurde damit begründet, daß die Kreditwirtschaft stärker als jeder andere Wirtschaftszweig durch das Vertrauen der Einleger getragen wird und eine ruinöse Konkurrenz im Bankensektor zu schweren Schädigungen des gesamten Wirtschaftsprozesses führen kann.

Die angeführten kartellartigen Regelungen führten zu einem Wettbewerb der Banken auf den Gebieten der nicht gebundenen Preise und Vereinbarungen oder zu kollektiven Übertretungen der Abkommen ²⁾.

-
- 1) Für die folgende Darstellung vgl. W. Hofmann, Handbuch ..., l.c., S. 438 ff. Dieses Werk enthält neben den Texten der Abkommen auch relevante Entscheidungen, Bekanntmachungen etc. der entsprechenden Stellen.
 - 2) Es sei hier nur an die 'grauen Habenzinsen' in den Jahren 1952/53 und an die Tatsache des Mißbrauches der Sparkonten zu Überweisungszwecken und der Nichtberechnung von Barauslagen erinnert.

Zunächst seien die genannten Abkommen, die bis zum 31. 12. 1961 galten, kurz charakterisiert:

1. Der Mantelvertrag

In dem sogenannten Mantelvertrag wurden die Banken verpflichtet, gemäß dem Habenzinsabkommen bestimmte Höchstsätze nicht zu ü b e r -schreiten. Im § 2 wird auf das Sollzinsabkommen und im § 4 auf das Wettbewerbsabkommen verwiesen. Die §§ 5 und 6 regeln die Mitgliedschaft und Funktion des zentralen Kreditausschusses, dessen Vorsitzender der Reichskommissar für das Kreditwesen (gemäß § 36 KWG a. F.) war.

2. Das Habenzinsabkommen

Es wurden Höchstsätze vereinbart, in die dem Kunden nichtberechnete, durch die Kontoführung oder andere Leistungen entstandenen Barauslagen (z.B. Postgebühren, Auskunftspesen, Urkundensteuer, nicht jedoch Aufwendungen für Formulare) einzubeziehen sind. Ferner wurde unterschieden zwischen täglich fälligen Geldern, Kündigungsgeldern, festen Geldern und Spareinlagen. Man nahm eine Abgrenzung vor, damit nicht durch verschiedene Deklarationen gleichartige Depositen ungleich verzinst werden konnten. Untersagt waren die Abgabe von kurzfristigen Wertpapieren (unter 30 Tagen). Für Prolongationen und vorzeitige Kündigungen waren bestimmte Bedingungen aufgestellt worden.

Das Habenzinsabkommen galt nicht bei einer juristischen und faktischen Laufzeit der Einlagen von 4 Jahren und mehr.

Die festgelegten Habenzinsen konnten grundsätzlich u n t e r -schritten werden. Der vorgesehene "Zinsvoraus" der kleineren Institute wurde wenig ausgenutzt, sei es aufgrund lokaler Verhältnisse (Absprachen) oder des Mindereinschätzens der Wirkung auf die Depositenhöhe gegenüber den Mehraufwendungen bei den Zinsen (Schmälerung der Zinsspanne) oder des Verbotes einer Werbung mit dem Zinsvoraus.

3. Das Sollzinsabkommen

"Bei der Weitergabe von Geldern an Dritte dürfen folgende Kosten berechnet werden:

Sollzinsen, Kreditprovision - an Stelle von
Sollzinsen und Kreditprovision ein Nettosatz - ,
Überziehungsprovision, Umsatzprovision und
Barauslagen."

Daneben durften ohne die Genehmigung des Reichskommissars keine weiteren Provisionen und Spesen erhoben werden. Die Forderung von Mindestbeträgen, nicht aber die von Mindestsätzen war gestattet.

Der Z i n s war nur von dem jeweiligen in Anspruch genommenen Kreditbetrage zu berechnen.

Bei der Berechnung der K r e d i t p r o v i s i o n konnte, wenn ein entsprechender Vertrag vorlag, im Voraus von dem zugesagten Kredit oder bei einer stillschweigenden Kreditgewährung vom Höchstsollsaldo ausgegangen werden, es sei denn, es ergab sich so ein höherer Betrag als bei der Anwendung der Ü b e r z i e h u n g s p r o v i s i o n. Lag eine Kontoüberziehung vor, war das Institut berechtigt, nicht verpflichtet, eine Provision für den entsprechenden Betrag zu erheben.

Die U m s a t z p r o v i s i o n konnte entweder vom tatsächlichen Umsatz (ohne Saldovortrag), oder, bei Fehlen eines Umsatzes, vom Höchstsollsaldo berechnet werden. Sie galt als Entgelt für die Leistungen im Zahlungsverkehr. Für K l e i n k r e d i t e wurden ebenfalls Höchstpreise durch den Vorsitzenden des Sonderausschusses Bankenaufsicht (vom 22. 12. 1958) genannt.

Wurde auch nur einem Teil der Kundschaft und in unterschiedlicher Höhe im Haben ein Z i n s v o r a u s gewährt, so konnte das Institut die gesamten Sollzinssätze entsprechend überschreiten.

Die Z i n s r e c h n u n g mußte im Soll und im Haben der tatsächlichen Laufzeit der Einlagen oder Kredite entsprechen. Dies war gegen die noch übliche Zinsschneiderei durch Vor- und Nachvalutieren gedacht. Eine Ausnahme bildete die sogenannte Karenzzeit von 15 Tagen bei Sparein-

lagen. (Sie wurde im neuen KWG fallengelassen und seit dem 1. 1. 1962 nicht mehr angewendet). Ausgenommen sind auch die sogenannten Kleinkredite bis zu 2.000,- DM. Bei diesen Krediten waren Ende 1960 0,4 % monatliche Zinsen und 2 % Bearbeitungsgebühren auf den ausgezahlten Betrag berechnet worden, die mit den Amortisationsraten zusammen getilgt wurden. Lediglich die "Bank für Gemeinwirtschaft" berechnete einen Jahreszinssatz von 7,5 % vom jeweiligen Saldo ¹⁾. Dies entspricht etwa 0,34 bis 0,33 % nach der sonst üblichen Berechnungsart, die 0,5 bei Diskontsätzen über 4 % und 0,4 % je Monat bei einer Bankrate unter 4 % p. a. beträgt.

4. Das Wettbewerbsabkommen

Relativ jung ist ein Abkommen der Spitzenverbände der Bankwirtschaft über die Methoden und Mittel des Wettbewerbs (1928). Am 22. Dezember 1936 wurde mit den gleichen Vertretern, die die übrigen genannten Abkommen unterzeichnet hatten, ein Wettbewerbsabkommen abgeschlossen und für allgemein verbindlich erklärt ²⁾.

Dieses Abkommen verbietet jeglichen unlauteren Wettbewerb durch vergleichende und aufdringliche Werbung, Anzeigen, Besuche, Gratisleistungen und den Zinsvoraus. Ferner dürfen z.B. Behörden und Hypothekenbanken nicht mit Hilfe ihrer Geschäftsbeziehungen Druck auf die einzelnen Kunden ausüben. Der Zahlungsverkehr soll nicht "zu Zwecken des Kundenfangs" mißbraucht werden. Es dürfen keine wertbeständigen Konten geführt werden.

Durch Hinweise des Reichskommissars der Reichsgruppe Banken, der Verbände, der Bankenaufsicht und des Zentralen Kreditausschusses wurden praktische Fälle beanstandet und gleichzeitig 'unbedenkliche' Texte und Methoden der Werbung bekanntgegeben.

Für die Bankwirtschaft gilt daneben selbstverständlich auch das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb vom 7. 6. 1909.

1) Lt. Industriekurier v. 25. 2. 1961

2) W. Hofmann, Handbuch ..., l.c., S. 470 ff.

3. Die Neuerungen durch das KWG vom 10. Juli 1961

Das neue KWG ¹⁾ hat zwar einige neue Regelungen gebracht, in seiner Grundkonzeption stimmt es aber mit dem KWG a.F. ²⁾ überein. Es sollen die für die Preisbildung wichtigsten Regelungen dargestellt werden. Das umstrittene staatliche Zinsreglement wurde beibehalten. Danach liegt die primäre Kompetenz zur Preisregelung durch Rechtsverordnung (§ 23 KWG n.F.) ³⁾ bei dem Bundeswirtschaftsminister. Er kann und wird diese Befugnis an das zentrale Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen mit der Auflage delegieren, im Einvernehmen mit der Deutschen Bundesbank zu handeln ⁴⁾. Die Spitzenverbände des Kreditgewerbes und die Deutsche Bundespost sind zu hören. Die Verbände verlieren also das ihnen nach § 36 KWG a.F. juristisch zustehende Recht zur selbständigen Einigung.

Gemäß dem § 62 Abs. 1 KWG n.F. erlöschen der Mantelvertrag, das Sollzinsabkommen und das Habenzinsabkommen, da der § 23 KWG n.F. ihnen entgegensteht, die tatsächlichen Wirkungen der Zinsanordnungen bleiben jedoch die gleichen (s.S. 88 ff.). Auch für das Wettbewerbsabkommen muß eine neue Form gefunden werden. Vereinbarte Wettbewerbsregeln können durch das Bundeskartellamt nach Eintragung für verbindlich erklärt werden. Jedoch dürften die herausgebildeten Grundsätze auch weiterhin als verbindlich angesehen werden. Nach dem neuen KWG § 23 Abs. 2 kann das Bundesaufsichtsamt durch Verwaltungsakte "bestimmte Arten der Werbung untersagen".

1) Gesetz über das Kreditwesen (Bundesgesetzblatt 1961 I, S. 881 ff.)

2) Vgl. Deutsche Bundesbank, Das neue Kreditwesengesetz, Monatsberichte Aug. 1961, 13. Jhg. 1961 Nr. 8, S. 3

3) § 23 KWG n.F.: "(1) Durch Rechtsverordnung können Anordnungen für die Kreditinstitute über die Bedingungen erlassen werden, zu denen Kredite gewährt und Einlagen entgegengenommen werden dürfen. Die Anordnungen sollen für die Zinsen und Provisionen, die im Zusammenhang mit der Gewährung von Krediten oder der Entgegennahme von Einlagen berechnet werden, Grenzen festsetzen; ..."

4) Mit Verordnung vom 19.1.1962 (Bundesgesetzblatt 1962 I, S. 17) übertrug der Bundeswirtschaftsminister nach §§ 10, 23, 31 KWG n.F. die Befugnis zum Erlaß von Rechtsverordnungen auf das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen.

Das neue KWG ordnet die Bankenaufsicht in den §§ 5 bis 9. Im § 6 werden seine Aufgaben genannt:

"(2) Das Bundesaufsichtsamt hat Mißständen im Kreditwesen entgegenzuwirken, die die Sicherheit der den Kreditinstituten anvertrauten Vermögenswerte gefährden, die ordnungsmäßige Durchführung der Bankgeschäfte beeinträchtigen oder erhebliche Nachteile für die Gesamtwirtschaft herbeiführen können."

Damit werden drei Gesichtspunkte angesprochen:

1. der Gläubigerschutz,
2. die Vertrauenswürdigkeit der Banken und
3. volkswirtschaftliche Gründe.

Organisatorisch haben das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen und die Deutsche Bundesbank eng miteinander zusammenzuarbeiten. Die Bundesbank hat ihre statistischen Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Bei entsprechenden Beratungen des Zentralbankrates hat der Präsident des Bundesaufsichtsamtes das Recht der Anwesenheit und der Antragstellung. Die Bankenaufsicht ist nunmehr wieder zentral. Ihr Sitz ist Berlin (West). Daneben besteht eine Verbindungsstelle am Sitz der Notenbank in Frankfurt/M.

In den §§ 10 und 11 fordert das neue KWG zur ausreichenden Sicherung der Eigenkapitalausstattung und Liquidität Grundsätze, die durch das Bundesaufsichtsamt im Einvernehmen mit der Deutschen Bundesbank aufgestellt werden (s. unten 4. a)). Über den § 45 KWG n.F. kann die Einhaltung dieser Sätze erzwungen werden. Ferner dürfen die dauernden Anlagen einer Bank das haftende Eigenkapital nicht übersteigen.

Im § 13 KWG n.F. wird die Meldepflicht für Großkredite (über 15 % des haftenden Eigenkapitals) festgelegt. Als Sollvorschriften kommen die Absätze 3 und 4 des § 13 KWG n.F. gegenüber dem alten KWG neu hinzu: "

"(3) Großkredite sollen zusammen nicht mehr als die Hälfte aller Kredite des Kreditinstituts ausmachen. Maßgebend sind die in Anspruch genommenen Beträge.

(4) Der einzelne Großkredit soll das haftende Eigenkapital des Kreditinstituts nicht übersteigen."

Es ergibt sich somit eine effektive Begrenzung des einzelnen Kredites nach oben, die in die Dispositionen der Banken einbezogen werden muß. Die Berechnung der Kredithöhe ändert sich ebenfalls:

" (5) Bei der Errechnung der Großkredite sind Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen für andere sowie Kredite aus dem Ankauf von bundesbankfähigen Wechseln nur zur Hälfte anzusetzen."

Der schriftliche Bericht des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestages (3. Wahlperiode) gibt dazu u. a. folgende Begründung:

"Die beteiligten Institute erlangen durch die Rückmeldung der Deutschen Bundesbank zusätzliche Angaben über die Verschuldung ihrer Kreditnehmer, was für die Beurteilung der Bonität ihres eigenen Kredites von erheblicher Bedeutung sein kann." ¹⁾

Die Bundesbank muß nach § 14 KWG n.F. die ihr gemeldeten Millionenkredite in der Gesamthöhe und der Anzahl der beteiligten Firmen den kreditgebenden Banken melden. Die frühere Kann-Vorschrift wurde damit erweitert, was der praktischen Handhabung entspricht. "Der Erkenntniswert der Evidenzzentrale wird künftig dadurch erhöht, daß neben den Kreditinstituten nach § 2 Abs. 2 auch die Sozialversicherungsträger, die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sowie die privaten und öffentlich-rechtlichen Versicherungsunternehmen die von ihnen gewährten Millionenkredite anzeigen müssen. Eine Anzeigepflicht gegenüber der Evidenzzentrale fehlt allerdings noch für die direkt im Ausland aufgenommenen Millionenkredite" ²⁾ .

1) Ruland, Schriftlicher Bericht des Wirtschaftsausschusses zu Drucksache 2563, Deutscher Bundestag 3. Wahlperiode, v. 13.3.1961, S. 9.

2) Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 13. Jhg. Nr. 8 August 1961, Das neue Kreditwesengesetz, S. 5

Damit entfällt für die einzelne Bank das Risiko, unbewußt bei Millionenkrediten nicht nur der alleinige Kreditgeber eines Unternehmens zu sein.

Die Verpflichtung der Banken, von ihren Kreditnehmern "die Offenlegung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse, insbesondere die Vorlage der Jahresabschlüsse, zu verlangen", wurde von 5.000.- auf 20.000,- DM Betragshöhe heraufgesetzt. Bei offensichtlich genügenden Sicherheiten kann darauf verzichtet werden (§ 18 KWG n.F.).

Im Sparverkehr müssen die juristischen Personen und Personenhandelsgesellschaften jetzt positiv nachweisen, daß "die Spareinlagen der Ansammlung oder Anlage von Vermögen dienen" (§ 21 KWG n.F.). Ferner fällt, wie schon erwähnt, bei der Verzinsung die Karenzzeit weg. Die kürzeste Festlegung beträgt außerhalb der gesetzlichen Bestimmung 1 Jahr. Dieses Jahr setzt sich aus mindestens 6 Monaten Laufzeit und 6 Monaten Kündigungsfrist (§ 22 KWG n.F.) zusammen. Die gesetzliche Kündigung erlaubt wie bisher Verfügungen bis zu DM 1.000,- je 30 Kalendertage. Die sogenannten Vorschußzinsen - das sind Sollzinsen für vorzeitige Rückzahlung - bei Überschreiten der freien DM 1.000,- betragen mindestens den Habenzinssatz zuzüglich 1/4 des Habenzinssatzes. Nur in wirtschaftlicher Notlage des Einlegers kann von der Berechnung der Vorschußzinsen abgesehen werden. (§ 22 KWG n.F.).

Die zuletzt erwähnten Regelungen berühren den Bankkunden direkt. Nicht so die Meldepflichten der Banken. Diese wirken sich auf die Kreditbereitschaft der Banken nicht faßbar aus. Es soll daher mit ihrer Andeutung sein Bewenden haben.

4. Die Instrumente der Zentralnotenbank

a) Die Kreditrichtsätze als Norm für die Beurteilung der Liquidität und des Eigenkapitals

(1) Das KWG a.F. (§§ 11, 16) sah Normativvorschriften für das Eigenkapital und die Liquidität der Kreditinstitute vor. Diese Bestimmungen wurden erst 1951 durch die Kreditrichtsätze der Bank deutscher Länder, später der Deutschen Bundesbank, bedingt ausgefüllt. Sie waren lediglich "Geschäftsbedingungen" der Zentralnotenbank, da sie nicht wirksam wurden, wenn die betreffenden Banken Refinanzierungshilfen der Zentralnotenbank nicht beanspruchten.

In den § 10 und 11 des KWG n.F. werden lediglich allgemeine Vorschriften gemacht, die durch die Kreditrichtsätze präzisiert werden. Diese Richtsätze stellt das Bundesaufsichtsamt im Einvernehmen mit der Deutschen Bundesbank auf. Sie sind nicht zwingend vorgeschrieben. Sie sind weder Verwaltungsakte noch Rechtsnormen. Sie dienen lediglich als Maßstab für die Beurteilung der Liquidität und des Eigenkapitals eines Kreditinstituts. Begründete Abweichungen von diesen Richtsätzen können von der Bankenaufsicht zugelassen werden, hingegen geben unbegründete Abweichungen der Bankenaufsichtsbehörde Anlaß, das betreffende Kreditinstitut zu überprüfen. Hierbei ist die Beurteilung des Instituts durch die Deutsche Bundesbank bedeutsam. Die Einhaltung der Kreditrichtsätze kann somit von der Bundesbank über das Bankenaufsichtsamt erzwungen werden.

Die Kreditrichtsätze beeinflussen überwiegend quantitativ, weniger qualitativ die Kreditvergabe der Banken.

(2) Am 26. X. 1961 wurden die folgenden Kreditrichtsätze nach langjährigen Vorbereitungen vom Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank neu beschlossen, sie gelten ab 1. April 1962 ³⁾.

Der gegenwärtige Stand der Kreditrichtsätze ¹⁾:

Richtsatz I

"Die Kredite an Wirtschaftsunternehmen, Private und Kreditinstitute und die Beteiligungen eines Kreditinstituts abzüglich der Sammelwertberichtigungen

sollen das 18fache des haftenden Eigenkapitals nicht übersteigen.

Als Kredite sind anzusehen die kurz-, mittel- und langfristigen Kredite, unberücksichtigt bleiben hierbei die langfristigen Kredite, die als Deckung für Schuldverschreibungen dienen oder gegen Grundpfandrechte im Realkreditgeschäft im Sinne von § ²⁰ Abs. 2 Nr. 1 und 4 des Gesetzes über das Kreditwesen ²⁾ oder gegen entsprechende Schiffspfandrechte gewährt werden."

Richtsatz II

"Die Anlagen eines Kreditinstituts in langfristigen Ausleihungen, in Konsortialbeteiligungen, in Beteiligungen, in nicht börsengängigen Wertpapieren sowie in Grundstücken und Gebäuden sollen die langfristigen Finanzierungsmittel nicht übersteigen.

Als langfristige Finanzierungsmittel sind anzusehen: das Eigenkapital, die eigenen Schuldverschreibungen im Umlauf, die vorverkauften Schuldverschreibungen, die aufgenommenen langfristigen Darlehen, 60% der Spareinlagen,

10% der Sicht- und Termineinlagen von Nichtbanken.

Bei Girozentralen und Zentralkassen außerdem:

20% der Termineinlagen angeschlossener Kreditinstitute mit einer Kündigungsfrist oder vereinbarten Laufzeit von sechs Monaten bis unter vier Jahren,

50% der Termineinlagen angeschlossener Kreditinstitute mit einer Kündigungsfrist oder vereinbarten Laufzeit von mindestens vier Jahren."

1) H.Günther, Die neuen Kreditrichtsätze, Der Volkswirt, 15. Jhg. 1961, S. 2432 ff.

2) KWG n.F.. Das sind somit langfristige Kredite über 4 Jahre.

3) Lt. Bekanntmachung Nr. 1/62 des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen vom 8.3.1962, Vgl. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht März 1962, S. 3 ff., die Richtsätze werden hier "Grundsätze" genannt.

Richtsatz III

"Die Debitoren,
die Debitorenziehungen,
die börsengängigen Dividendenwerte und
die 'Sonstigen Aktiva' eines Kreditinstitutes

sollen die Summe der nachstehenden Finanzierungsmittel
nicht übersteigen:

60% der Sicht- und Termineinlagen von Nichtbanken,
35% der Sicht- und Termineinlagen von Kreditinstituten,
20% der Spareinlagen,

35% der aufgenommenen Gelder mit einer Laufzeit von
1 Monat bis unter 4 Jahren (ohne Remboursfacili-
täten),

80% der seitens der Kundschaft bei Kreditinstituten
im Ausland benutzten Kredite,

80% der umlaufenden eigenen Akzepte, Solawechsel und
den Kreditnehmern abgerechneten eigenen Ziehungen
zuzüglich Finanzierungsüberschuß aus Richtsatz II oder
abzüglich des Finanzierungsfehlbetrages im Richtsatz II."

Richtsatz IV ¹⁾

"Die umlaufenden eigenen Akzepte, Solawechsel und Debi-
torenziehungen eines Kreditinstituts
sollen das 1,5fache des haftenden Eigenkapitals nicht
übersteigen."

(3) Die Richtsätze I und IV schreiben die Eigenkapital-
ausstattung, die Sätze II und III die Liquidität vor.

Die Liquidität wird durch die Vorschriften über die Bilanz-
struktur i n d i r e k t verlangt. Dadurch wird die
Verpflichtung zur Mindestreservhaltung, die auf die ein-
zelnen Passivposten abgestimmt ist, organisch ergänzt.

In der Aufstellung einer bestimmten Bilanzstruktur liegt
ein nicht unbeträchtliches betriebswirtschaftliches Problem.
Aktiva und Passiva werden gegliedert und einander gegen-
übergestellt. Da sich jedoch nur eine Dreiteilung der bei-
den Bilanzseiten ergibt, wird die Zurechnungsproblematik
gemildert. Außerdem sind die Richtsätze II und III mit-
einander verbunden. 'Freie Mittel' über den Richtsatz II
hinaus können zum Richtsatz III hinzugenommen werden.
'Fehlende Mittel' des II. Satzes können durch Mittel des
III. Satzes aufgefüllt werden.

1) Dieser Richtsatz wird in der oben angeführten Mit-
teilung der Bankenaufsicht als "Grundsatz I a" be-
zeichnet.

Die nicht in den Richtsätzen vorgesehenen Passiva (Restliche Passiva) sind in liquiden Aktiva zu halten. Folgendes Schema soll den Zusammenhang verdeutlichen ¹⁾:

Aktiva	Passiva
Aktiva gemäß Satz II	Passiva gemäß Satz II
-----	-----
Aktiva gemäß Satz III	Passiva gemäß Satz III
-----	-----
Restliche Aktiva (Liquide Mittel)	Restliche Passiva

Werden die Passiva als Datum angenommen, so hätte bei der unterstellten Bilanzrelation die Bank nach den Richtsätzen folgende Möglichkeiten: Sie könnte ihre Aktiva gemäß Satz II ausdehnen. Dann entsprechen sich Aktiva und Passiva genau nach den Richtsätzen. Sie könnte aber auch die Aktiva gemäß Satz II in ihrem Umfang belassen und dafür die Aktiva gemäß Satz III ausdehnen. Ferner können beide Möglichkeiten miteinander kombiniert werden. Nach den bisherigen Erfahrungen dürfte der zweite Fall die Regel bilden.

Das Eigenkapital wird durch die Richtsätze I und IV in etwa bestimmt. Oder anders ausgedrückt: Durch bestimmte Vorschriften wird die Betragshöhe gewisser Geschäfte von der Höhe des Eigenkapitals abhängig gemacht.

Die unterschiedliche Geschäftsstruktur, beispielsweise zwischen den privaten Kreditbanken, Sparkassen und Girozentralen, wird durch die Ausklammerung der genannten langfristigen Kredite (Satz I, s. o.) berücksichtigt. So kann der Multiplikator 18 einheitlich gehalten werden.

1) Vgl. H. Günther, l.c., S. 2432 f.

Es ist jedoch problematisch, die langfristigen Kredite aus den Kreditrichtsätzen herauszunehmen, da die Risiken aus dieser Geschäftstätigkeit sehr wohl eine bestimmte Relation zu den haftenden Mitteln erforderlich machten¹⁾.

Die Eigenkapitalausstattung hat aber noch einen anderen, wettbewerbspolitischen Aspekt. Je höher das Eigenkapital ist, das den 'Aktivgeschäften' entgegensteht, desto höher muß auch der Gewinn (Dividendenzahlung) sein.

Die aufgeführten Kreditrichtsätze werden flexibel angewendet. Besondere Bedingungen der Banken werden berücksichtigt. Diese Elastizität ist im Wachstum der Wirtschaft vorteilhaft. An veränderte, partielle Situationen kann sich die Bankenaufsicht leichter anpassen, als dies dem Gesetzgeber möglich ist.

1) Vgl. H. Günther, l.c., S. 2433 f.,
B. Benning, Liquiditätsrichtsatz und länger-
fristiger Bankkredit, Zeitschrift für das ge-
samte Kreditwesen, 15.Jhg. 1962, S. 149 ff.

b) Die Regelung der Zinsen

(1.) Es ist nicht Aufgabe der Kreditinstitute, möglichst viele und billige Kredite bereitzustellen. Ein Wettbewerb, der zur "ruinösen Konkurrenz" ausartet, kann durch die Erhöhung der "effektiven Nachfrage" und durch die Folgen von Bankzusammenbrüchen zu schweren gesamtwirtschaftlichen Erschütterungen führen. Dem sollen u.a. die Zinsregelungen vorbeugen.

Diese Folgerungen sind unanfechtbar. Es ist ein Vorteil, illiquide Bankunternehmen möglichst unauffällig zu liquidieren. Der Fall der Heidelberger "Vereinsbank und Sparkasse für Stadt und Landgemeinden AG" verdeutlichte jedoch, daß nicht jederzeit die Solidarität der Banken ausreichend gewahrt wird. Erst nach einigem Zögern entschloß sich, nachdem die Schalter bereits geschlossen worden waren, die "Badische Kommunale Landesbank" in Mannheim zur Übernahme und Garantie der Einlagen. Im Anschluß an solche Ereignisse wird immer wieder eine 'Depositenversicherung' gefordert. Diesen Umstand machen sich ausländische Kapitalanleger zunutze ¹⁾. Da aber das öffentliche Kreditwesen durch die Haftung der Gewährsträger und damit des Steuerzahlers, die Kreditgenossenschaften durch die in der Regel beschränkte Haftung der Genossen bereits eine Einlagensicherung bieten, richtet sich letztlich das Augenmerk auf die privaten Banken.

1) Z.B. folgende Anzeige in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 28. XI. 1960:

"Legen Sie Ihr Geld zu 6 % p.a. in versichertem Sparkassenkonto an / gesicherte und versicherte Kapitalanlage / steuerfrei f. alle deutschen Einwohner / Zinsen und Kapitalanlage zahlbar nach Wunsch in US-Dollar oder in DM / Einzahlungen verdienen Zinsen vom Tag der Einzahlung an / Abhebung zu jeder Zeit / Keinerlei Unkosten / Jedes Konto ist bis zu 20.000 US-Dollar (ca. 80.000 DM) automatisch versichert und somit auch Ihre Zukunft, wenn Sie Ihr Geld bei uns anlegen. / Für alle weiteren Auskünfte verlangen Sie sofort unverbindlich unseren Prospekt ..."

Zur Depositenversicherung vgl. u.a. Garantiefonds statt Depositenversicherung, Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 13.Jhg.1960, S. 1030, J. Puhl, l.c., S. 14, 22 ff.

Die Deutsche Bundesbank regt daher an, gegebenenfalls "das Recht, Spareinlagen anzunehmen und Lohn- und Gehaltskonten zu führen, davon abhängig zu machen, daß das Institut einer Haftungsgemeinschaft angehört, die bestimmten, von der Bankenaufsichtsbehörde genehmigten Richtlinien entspricht" ¹⁾.

Die Bundesbank weist ferner darauf hin, daß bei einer Sicherung der "besonders schutzbedürftigen Einleger" der Bankenaufsichtsbehörde bedeutsam ihre Aufgabe erleichtert wird, "beim drohenden Zusammenbruch einer Bank rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen zu treffen" ²⁾.

(2.) Die alten Zinsabkommen wirkten durch ihre jeweiligen Obergrenzen verschieden. Im Soll wurde zwar der Kunde vor 'Überteuierung' geschützt, doch drängte hier der Wettbewerb auf Senkung der effektiven Sätze, konnte sich also auswirken. Hingegen konnte es sich wohl kaum eine Bank leisten - ausgenommen ist der erwähnte Zinsvoraus - , die Habenzinsen zu unterschreiten. Die Habenzinsen wurden zu Festätzen, es sei denn, die angeordneten Sätze standen in einem krassen Widerspruch zu der Angebots- und Nachfrage-lage.

Die Zinsaufwendungen der Banken (Habenzinsen) sollten durch die Anordnungen beschränkt werden. Diese konnten aber nicht verhindern, daß durch Manipulationen die effektive Verzinsung erhöht wurde. So gaben die Banken 1952/53 bei den Fest- und Kündigungsgeldern etwa 50 % mehr an Zinsen aus, als sie nach dem Habenzinsabkommen hätten aufwenden müssen. In diesem Zusammenhang ist auch das 'in-Pension-geben' von Wechseln und Wertpapieren zu nennen. Hierbei überlassen die

1) Deutsche Bundesbank, Das neue Kreditwesengesetz, l.c., S. 10;
vgl. auch Der Wirtschaftsausschuß des Deutschen Bundesrats, Drucksache 50/1/59, Bonn 13.3.1959, Pkt. 2 der 203. Sitzung des Bundesrats am 20.3. 1959, Darlegung der Gründe für eine dezentrale Bankenaufsicht, S. 18

2) Deutsche Bundesbank, Das neue Kreditwesengesetz, l.c., S. 10

Banken auf Zeit ihren Geldgebern entsprechende eigene Aktiva, die eine höhere als die vorgeschriebene Verzinsung erbringen.

Daß durch eine falsche Zinspolitik gerade große Summen andere Wege als über die Banken gehen, zeigt der Erfolg der Finanzmakler. Diese sind nicht an die Abkommen gebunden. Sie bieten im Soll und im Haben günstige Bedingungen. Hingegen verlangten die Makler für Kleinkredite bis zur Aufnahme des 'Kleinkreditgeschäftes' durch die Geschäftsbanken erstaunlich hohe Verzinsungen.

Ist es aber richtig, den vorhandenen Wettbewerb im Kreditwesen auf eine andere Ebene abzulenken (Nebenkosten, Kredithöhe, Bestellung von Sicherheiten, Dienstleistungen wie Zweigstellen, Informationen u.a.)? Wird nicht dadurch gerade das erreicht, was verhindert werden soll?

Auf die Wirkungen der Soll- und Habenzinsfestsetzungen im Wachstum wird im III. Teil der Arbeit eingegangen werden.

(3) In dem § 23 KWG n.F. ¹⁾ werden vier Ziele (Soll-Vorschrift) der Zinsfestlegung (Kann-Vorschrift) genannt:

1. Die Deutsche Bundesbank ist in ihren kreditpolitischen Maßnahmen zu unterstützen,
2. das Kreditgewerbe ist allgemein funktionsfähig zu erhalten,
3. die Kreditversorgung soll gesichert bleiben und
4. soll das Sparen gefördert werden.

Es ist fraglich, ob diese Ziele alle gemeinsam verwirklicht werden können. Betreibt die Bundesbank z.B. eine restriktive Geldpolitik, so wird bei Unterstellung von zinsreagiblem Sparverhalten das Sparen gefördert, nicht so die Kreditversorgung. Wie aber sollen die Banken das Sparen fördern,

1) " ... Die Anordnungen sollen für die Zinsen und Provisionen, die im Zusammenhang mit der Gewährung von Krediten oder der Entgegennahme von Einlagen berechnet werden, Grenzen festsetzen; diese sind so zu bemessen, daß die kreditpolitischen Maßnahmen der Deutschen Bundesbank unterstützt werden und die Funktionsfähigkeit des Kreditgewerbes gewahrt bleibt. Dabei ist darauf Bedacht zu nehmen, daß eine der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung angemessene Kreditversorgung gesichert und die Spartätigkeit gefördert wird ..."

wenn der Einlagenzins nicht die theoretisch postulierte Wirksamkeit besitzt? ¹⁾ Es obliegt dem Wirtschaftsminister oder dem Bundesaufsichtsamt mit der Bundesbank, diese Ziele gegeneinander abzuwägen. Man kann aber auch davon ausgehen, daß die genannten Ziele nicht gleichrangig sind. Die unter 3. und 4. genannten Festlegungen sollten lediglich beachtet werden, "wenn aus anderen Gründen in die Zinsgestaltung eingegriffen wird" 2).

Bei der Zinsfestlegung könnte auch an 'von-bis-Preise' gedacht werden ("Grenzen" § 23 KWG n.F.), die die faktischen Höchstpreisregelungen des alten KWG und der Abkommen beseitigen würden. Dies käme einer Näherung an das angelsächsische System der 'prime rate' gleich. Die Bankkunden könnten die teuersten und billigsten Kosten und Erträge ansehen.

Das Wort 'Grenzen' ist jedenfalls als Ober- oder Untergrenze der entsprechenden Zinsen zu verstehen, nicht als ein Festsatz. Dies gilt auch für die Provisionen. Für die nähere Zukunft ist anzunehmen, daß es bei der bisherigen Regelung bleiben wird: Maximale Soll- und Habenzinsen.

-
- 1) Vgl. die neuerlichen Untersuchungen von G. Schmölders, Die sogenannte 'Zinsempfindlichkeit' des Sparerers, Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 14. Jhg. 1961, S. 713 f. mit weiteren Folgen und E. Dürr, Probleme des Soll- und Habenzinsabkommens, Wirtschaftspolitische Chronik des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln, Heft 3 1957, S. 7 ff.
 - 2) L. Schork, Gesetz über das Kreditwesen mit Begründung und Anmerkungen, Stuttgart 1961, S. 80

(4) Die Gebühren werden im Gesetz nicht genannt. Somit bleibt den Banken auf diesem Gebiete eine Ausweichmöglichkeit. Es werden also bewußt nicht die gesamten Kreditkosten oder Einlagenerträge erfaßt. Dies ist um so bedauerlicher, als durch das neue KWG die Möglichkeit gegeben war, die Kosten und Erträge etwas transparenter zu gestalten. Eine Änderung der gegenwärtigen Situation liegt beim Bundeswirtschaftsminister (Bundesaufsichtsamt) ¹⁾.

Oggleich die in § 23 KWG n.F. getroffenen elastischen Regelungen viele Vorteile bieten, zeigt es sich auch hier wieder, daß es an einer eingehenden Untersuchung der tatsächlichen Verhältnisse mangelt. Immer noch müssen die nunmehr 30 Jahre alten Ergebnisse der letzten Bankenenquête herangezogen werden.

Der § 23 KWG n.F. ist nur eine Kann-Vorschrift. So ist auch die Möglichkeit gegeben, auf eine staatliche Zinsregelung zu verzichten. Daher wird die Diskussion um eine ganze oder teilweise Zinsfreigabe auch nach dem Erlaß des neuen KWG nicht verstummen. So nachhaltig die Bankenaufsicht begrüßt werden kann, so zweifelhaft erscheint immer noch die teilweise Regelung der Bankkonditionen und die dadurch bedingte Verschiebung des Wettbewerbs auf andere Preisbestandteile. "Teilregelungen, wie z.B. die Festlegung der Zinssätze, haben den Nachteil, daß die Wettbewerbsbedingungen unübersichtlich werden ('Konditionenwirrwarr' Aber selbst wenn Sollzinssätze, Provisionen, Gebühren, Spesen und Valutierung festlägen, könnte sich der Wettbewerb im Kreditgeschäft noch auf die Ebene der Sicherstellung, auf bestimmte, durchaus zulässige Arten des Service, auf die Kulanz der Behandlung und die Beeinflussung durch Werbung beziehen" ²⁾.

1) § 23 Abs. 1 KWG n.F.

2) C. Zimmerer, Die Auswirkungen des Kreditwesengesetzes II, in: Anpassung der Unternehmensdispositionen an die aktuelle Währungssituation, Hrg. v.d. Deutschen Gesellschaft für Betriebswirtschaft, Berlin 1961, S. 73.

Es zeigt sich immer wieder, daß, sobald der Einsatz bestimmter Aktionsparameter unter konkurrierenden Marktteilnehmern nicht mehr erlaubt oder praktiziert wird, mit den verbliebenen Parametern der Wettbewerb bestritten wird. Im Bankgeschäft führt das bis zur Kreditrationierung bei gleichbleibenden oder nur wenig veränderten Zinsen (s. III. Teil).

Begründet wird der § 23 (im Entwurf § 22) u.a. wie folgt: "Staatliche Einflußnahmen auf die Konditionengestaltung der Kreditinstitute können dazu beitragen, die gesamtwirtschaftliche Funktionsfähigkeit des Kreditgewerbes zu erhöhen. § 22 ermächtigt die zuständigen Stellen daher zu entsprechenden Maßnahmen. Die Vorschrift dient gesamtwirtschaftlichen Zielen. Regelungen, die allein die Interessen der Kreditwirtschaft fördern sollen, sind nicht zulässig."

"Soweit Maßnahmen nach § 22 wettbewerbsbeschränkenden Charakter haben, greift das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen nicht ein, da es nur für privatrechtliche Absprache gilt, während es sich hierbei um Hoheitsakte handelt. § 22 hindert die Kreditinstitute allerdings nicht, selbst wettbewerbsbeschränkende Absprachen zu treffen, sofern sie nicht einer staatlichen Anordnung nach § 22 zuwiderlaufen. Für solche Abreden gilt § 102 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen; sie müssen also dem Bundesaufsichtsamt gemeldet werden" ¹⁾ (Vgl. S. 103 ff).

1) Ruland, l.c., S. 12 und 13

c) Die Beeinflussung der Bankenliquidität

(1) Aus der folgenden Betrachtung soll die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der von der Zentralnotenbank gehandhabten Instrumente ausgeklammert werden. In dem Zusammenhang mit dem gestellten Thema sind die einzelwirtschaftlichen Auswirkungen der Zentralbankpolitik interessant.

Die Bundesbank kann sowohl die konstitutive als auch die dispositive Liquidität einer Bank beeinflussen. Durch die Haltung von Mindestreserven, die in einem bestimmten Verhältnis zu den Einlagen festgelegt wird, entzieht die Notenbank der Kreditbank konstitutive Liquidität. Die Variation der Mindestreservesätze wirkt sich - ceteris paribus - direkt auf die sogenannte Überschußreserve aus. Eine Erhöhung der zinslos zu unterhaltenden Mindestreserve verringert die konstitutive Liquidität, eine Senkung erhöht sie. Die angeordnete Haltung von Liquidität erhöht auch die Kosten einer Bank ¹⁾. Damit wirkt die Zentralbank direkt auf die Rentabilität der Bank ein.

Indirekt kann die konstitutive Liquidität einer Bank über die Offen-Marktpolitik der Bundesbank beeinflußt werden. Durch die Bereitschaft zum Kauf oder Verkauf von Schatzwechseln und sonstigen Geldmarktpapieren erhöht oder vermindert die Zentralbank die auf dem Geldmarkte verfügbaren Mittel. Diese Gelder sind die Liquiditätsüberschüsse einzelner Banken. Den Überschüssen stehen Liquiditätsfehlbeträge anderer Banken in mehr oder weniger gleichem Umfange gegenüber ²⁾. Der Kauf oder Verkauf von Papieren durch die Bundesbank beeinflußt die auf dem Geldmarkt angebotene oder nachgefragte Höhe der Mittel. Die Offen-Marktpolitik ist das Bindeglied zwischen konstitutiver und dispositiver Liquidität. Durch sie wird die konstitutive Liquidität erhöht oder vermindert und die dispositive Liquidität vermindert oder erhöht. Hingegen ist die Verpflichtung zur

2) Vgl. E. Brehmer, Struktur und Funktionsweise des Geldmarktes der Deutschen Bundesrepublik seit 1948, Tübingen 1956, S. 6.

1) Vgl. S. 35 ff.

Mindestreserverhaltung immer auf eine Beschränkung der verfügbaren konstitutiven Liquidität ausgerichtet, es sei denn, der Satz der Reserverhaltung sinkt auf 0 Prozent.

Die dispositive Liquidität einer Bank (und der gesamten Kreditwirtschaft) wird durch die Bestimmungen der Bundesbank festgesetzt. Die Zentralbank erklärt sich bereit, Wechsel und andere Wertpapiere zu rediskontieren oder zu lombardieren. Innerhalb der von der Bundesbank gezogenen Grenzen werden Aktiva einer Bank besonders gut handelbar (shiftable) oder können zeitweilig abgetreten (lombardiert) werden. Die Bundesbank stellt an den Ankauf oder die Beleihung nicht nur qualitative Ansprüche. Sie setzt auch für die einzelnen Banken im Verhältnis zu dem jeweiligen Geschäftsumfang Kontingente fest. Bis zu diesen Höchstgrenzen ist die Notenbank bereit, Aktiva der Bank, die den qualitativen Anforderungen genügen, zu übernehmen. Hat eine Bank ihre Kontingente erschöpft (kleiner Privatbankier beispielsweise), so ist sie gezwungen, die entsprechenden Aktiva bei anderen Banken oder Privaten, also Nichtbanken, zu verkaufen oder zu beleihen. Bei dem Rediskont und Lombard ist neben dem Liquiditätseffekt noch die Rentabilität zu beachten.

Die Bundesbank kann somit die Erträge und / oder Kosten einer Bank (und / oder des Kreditgewerbes) durch die Variation der Mindestreservesätze und / oder der Rediskont- und Lombardbestimmungen (qualitative und quantitative) begünstigen oder benachteiligen.

Ohne differenzierte und damit sehr schwierige Untersuchungen sind nur die genannten qualitativen Auswirkungen anzugeben. Inwieweit sich eine Mindestreserverhöhung oder eine Ermäßigung der Rediskontkontingente auf die effektive Ertragslage einer Bank auswirken, kann nur unter speziellen Annahmen und unter weitgehender Ausschaltung der wirtschaftlichen Interdependenz geklärt werden.

Die Kontingente werden für eine Bank nicht spürbar, wenn die Liquiditäts- und / oder Rentabilitätslage der Bank es nicht erfordern, diese Kontingente auszunutzen. Wird aus Vorsichtsmotiven heraus eine hohe konstitutive Liquidität gehalten ¹⁾, so ist eine Mindestreserveanforderung, die darunter liegt, unwirksam, es sei denn, die Mittel würden ertragbringend angelegt (Nostro-Guthaben).

(2.) Die Liquidität der Banken beeinflusst die Zinssätze, und die Zinssätze wirken auf die Liquidität der Banken ein. Es sei versucht, diese Zusammenhänge aufzuzeigen.

Die Ursache für den Liquiditätsverlust (konstitutive und dispositive) einer Bank kann darin liegen, daß der Bank ebenso wie der gesamten Kreditwirtschaft durch die Notenbankpolitik oder durch andere Faktoren konstitutive und / oder dispositive Liquidität entzogen wird, oder daß die Bank allein einen Liquiditätsverlust erfährt, der sich in einem Sollsaldo im Abrechnungsverkehr äußert.

L u t z weist nach ²⁾, daß die Verschuldung der Kreditwirtschaft bei der Zentralnotenbank einen horizontalen Trend aufweist. Die Banken verschulden sich bei der Zentralnotenbank gewöhnlich nur, um Kreditkontraktionen zu vermeiden. Ihnen zufließende konstitutive Liquidität verwenden sie zum größten Teil für den Abbau ihrer Kredite bei der Zentralnotenbank.

Wie oben angedeutet wurde, ist für die Bank auch eine Kreditaufnahme über den Geldmarkt möglich. Aus Gründen der Rentabilität wird zuerst diejenige Verschuldungsart gewählt, die die geringsten Zinssätze aufweist, obgleich nicht alle Formen der Geldaufnahme völlig substitutiv sind. Dies gilt auch für die Geldabgaben einer Bank. Somit ergibt sich eine Interdependenz der Zinssätze für die verschiedenen Kreditformen. Die Zinssätze für tägliches Geld unter den Banken, der Diskontsatz der Bundesbank und

1) Vgl. die Schweizer Banken durch die hohen Auslandsverpflichtungen (hot money).

2) Vgl. für die folgenden Aussagen: Friedrich A. Lutz, Die Liquidität des Bankensystems und die Zinssätze, Weltwirtschaftliches Archiv, Band 87 1961 II, S. 273 ff.

der Zinssatz für Schatzwechsel stehen daher in enger Wechselbeziehung. Die Praxis zeigt nun, daß mit geringen Abweichungen die Zinssätze für tägliches Geld und für Schatzwechsel sich gleichen. Gewöhnlich steigt der Satz für tägliches Geld nicht über den Diskontsatz, findet aber seine definitive Grenze durch den Lombardsatz. Dies ist dadurch begründet, daß für die Rediskonte und Lombarde die Deutsche Bundesbank voneinander unabhängige Kontingente aufstellt. Steigende Geldmarktsätze sind fast ausnahmslos ein Anzeichen für eine anwachsende Verschuldung der Banken bei der Bundesbank.

Für die Kreditinstitute sind in bedingtem Ausmaße die Zinssätze für Renten (festverzinsliche Wertpapiere) unter Berücksichtigung des Kurswertes mit den Zinssätzen für Schatzwechsel vergleichbar. Der Kapitalmarktzinssatz wird dem Sparzinssatz gegenübergestellt. Da aber der Zinssatz für Renten durch Kauf- und Verkaufskosten, teilweise auch durch Kursverluste, geschmälert wird, muß der nominelle Satz für diese Papiere über dem höchsten Habenzinssatz der Banken liegen.

Somit ist nachgewiesen, daß alle Zinssätze miteinander verbunden sind. Wird von irgendeiner Seite die Lage verändert, so kommen nach einem "time lag" alle Zinssätze in Bewegung. Die Veränderungen können durch die Bundesbank (z.B. Änderungen des Diskontsatzes, der Mindestreservesätze und der Refinanzierungskontingente) oder auch von der Bankenseite (erhöhte Nachfrage nach liquiden Mitteln) oder durch das 'Publikum' ausgelöst werden. Entscheidend, aber nicht autonom, ist dabei das Verhalten der Bundesbank. Der Diskontsatz nimmt eine Schlüsselstellung ein, doch kann er von der Zentralbank nicht beliebig variiert werden.

Für die einzelne Bank gilt es, Rentabilität und Liquidität sinnvoll miteinander zu kombinieren ¹⁾. Die Instrumente der Notenbank hingegen wirken auf beide Größen ein ²⁾.

1) Vgl. S. 59 ff.

2) Vgl. O. Veit, l.c., S. 309 f.

III. Der Wettbewerbsspielraum im Bankgewerbe

1. Die obere Begrenzung des Angebots

a) Die technische Kapazität

Die gesetzlichen oder amtlichen Maßnahmen, die die Preisbildung anbelangen, beziehen sich durchweg nur auf die monetäre Kapazität. Lediglich einige Bestimmungen des KWG n.F. (§§ 32 bis 43) berühren die technische Kapazität. Die noch geltenden Anordnungen über die Errichtung und Führung von Bankgeschäften sind im Sinne der vorliegenden Arbeit fast bedeutungslos. Sie stellen an die Geschäftsleitung (den Konzessionsträger) bestimmte Anforderungen, um von vornherein ein ordentliches Geschäftsgebaren zu garantieren. Für den Geschäftsbetrieb müssen die "erforderlichen Mittel" (§ 33 KWG n.F.) vorhanden sein. Es wird zwar speziell "ein ausreichendes haftendes Eigenkapital" verlangt, doch ist es berechtigt anzunehmen, daß hierunter sehr wohl auch die technische Kapazität verstanden werden kann.

Nachdem die Bedürfnisprüfung für die Einrichtung von Zweigstellen und Filialen durch ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 1. Juli 1958 fortgefallen ist, bestehen nun nur noch sachlich begründete Grenzen für die Einrichtung oder Erweiterung der technischen Kapazität einer Bank. Hat ein Bankbetrieb diesen Anforderungen genügt, steht er vor der Frage der quantitativen und der qualitativen Bemessung der technischen Kapazität.

In der gegenwärtigen städtebaulichen Situation sind nur sehr schwer zentral gelegene Bauten über den Bebauungsplan hinaus aufzustocken oder angrenzende Grundstücke zu erwerben. So kann es dazu kommen, daß ein Bankbetrieb seinen Sitz in eine andere Gegend der Stadt verlegen muß. Dies hat aber Rückwirkungen auf die Wettbewerbssituation.

Lag das Gebäude vorher zentral oder in einer günstigen Lage für einen großen Kundenkreis und ist die Konkurrenz in nächster Nähe, so wird es sich als unvermeidlich erweisen, die alte Filiale als Zweigstelle weiter zu führen, obgleich kein Bedarf dafür wäre, wenn alle Kunden das neue Hauptgebäude besuchen würden.

Dieses Beispiel zeigt, daß die technische Kapazität bei Größenvariation unter bestimmten Voraussetzungen hohe Sprungkosten aufweist. Denn nicht nur die sachlichen Kosten werden bei dem genannten Bankbetrieb ansteigen, auch die personellen Kosten vermehren sich.

Hinzu tritt in diesem Zusammenhang der in den Städten allgemein gefürchtete Mangel an Parkplätzen. So werden in manchen Orten der Bundesrepublik nach amerikanischem Vorbild gegenwärtig "Autoschalter" eingerichtet. Auch errichtete beispielsweise eine Münchener Bank für ihre Kunden ein Parkhochhaus. Die "Autoschalter" müssen an günstigen Stellen liegen. Diese sind in der Regel außerhalb des Bankgebäudes. Daher erfordern solche Anlagen besondere Sicherungen wie kugelsicheres Glas, Sprechanlage mit dem Kunden, Fernsehverbindung mit dem Hauptgeschäft zur Überprüfung der eingereichten Belege u. ä. Die Autoschalter ergänzen die Zweigstellenneugründungen nach der Aufhebung der Bedürfnisprüfung, zeigen aber deutlich der Versuch einzelner Banken, im Wettbewerb durch eine bessere technische Kapazität einen größeren Wettbewerbsvorsprung zu erzielen, denn hierin liegt für den Kunden ein sichtbarer Vorteil.

Die Sparkasse Pforzheim ließ im Frühjahr 1960 mit einem Spezialwagen etwa 20 Gemeinden um Pforzheim nach einem Fahrplan bereisen, da die Bewohner ungünstige Verkehrsbedingungen zur Stadt hatten. Dieser Vorgang ist die Fortsetzung der Dezentralisierung der Filialen in Zweig- und Nebenstellen.

Im kleineren Rahmen wurde dieses Verfahren schon früher angewendet. Es wird hierbei an das Schulsparen und an die Botengänge der Bankboten für den Kunden gedacht. Im Schulsparen haben sich die Sparkassen nahezu eine Monopolstellung geschaffen. Aus pädagogischen Gründen soll das Schulsparen

in einer Schule nur von einer Bank betreut und gefördert werden. Außerdem müssen die Einlagen "mündelsicher" sein. Diese veraltete Auffassung - das gesamte Kreditwesen untersteht der Aufsicht des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen - gab den Sparkassen ihre heutige Stellung.

Für manchen Kunden ist es entscheidend, ob der Bankbote seine Besorgungen bei der Bank für ihn erledigt, Geld holt oder bringt. Auch Großbetrieben, die für diese Zwecke Personal hätten, kann der Bankbote z.B. beim Geldzählen oder -ordnen behilflich sein und für eine bestimmte Zeit das Anlernen der Kräfte übernehmen.

Von dieser Tätigkeit aus ist es ein geringer Sprung zu dem allgemeinen Beratungsdienst der Banken. Für Steuer- und Vermögensberatung müssen Fachkräfte hinzugezogen werden. Zugleich kann damit auch die Vermögensverwaltung übernommen werden, wie dies seit 1958 von einer Großbank erstmals getan wird.

Wie unorthodox Kundendienst und Werbung der Banken werden können, zeigen die angeführten Beispiele. Je nach dem Kundenkreis wird sich die Werbung auch differenzieren müssen. Will man das breite Publikum ansprechen, so sind wissenschaftlich gehaltene Broschüren oder Gesetzestexte (Einkommensteuertabellen) nicht zu verwenden. Kleine, bunte Schriften, Geschenksparbücher, Plakate, Informationsfilme können helfen, die Scheu des Kunden zu überwinden, den "Glaspalast" einer Bank zu betreten. Es ist fraglich, ob eine luxuriöse Ausstattung der Bankgebäude für die breite Schicht der Bevölkerung nicht abschreckend wirkt. Die "Wohnzimmer-Sparkasse" ist der ländlichen Bevölkerung wohl eher angemessen und vertraut. Das Vertrauen ist aber für eine Bank ausschlaggebend.

Es wurde eine Reihe von notwendigen zusätzlichen Kapazitätsausweitungen angedeutet. Sie werden durch die Nichtpreiskonkurrenz oftmals erzwungen. Für den 'normalen' Betriebsablauf muß der Bankbetrieb ausgerüstet sein. Hierfür

gibt es, wie oben ausgeführt wurde, keine gesetzlichen, sondern nur durch die Bank selbst zu bestimmenden Grenzen. Personell ist für einen Bankbetrieb eine Untergrenze von etwa 5 bis 10 Mann gesetzt. Auch muß die Schalterhalle eine gewisse Mindestgröße aufweisen. Die Maschinen und Tresoranlagen können zwar bei einer kleinen Depositenkasse kleiner gehalten werden, doch sollte ein späteres Wachstum des Betriebes berücksichtigt werden. Optisch ist es für einen Kunden schlecht, wenn er beispielsweise sieht, daß die Bank nur 10 Safes oder Postschließfächer hat, obgleich er ahnt, daß nicht mehr als 10 Personen diese Einrichtungen benutzen werden. Wiederum ist es für die Bank nicht vorteilhaft zugeben zu müssen, sie habe alle Safes vermietet, ohne daß es hierfür einen außergewöhnlichen Grund gibt.

Wurde die Untergrenze der technischen Kapazität angedeutet, so ist es - darauf wurde schon oben eingegangen - sehr schwer, die Obergrenze anzugeben. Das Leistungsvermögen des Personals mit den gegebenen räumlichen und sachlichen Einrichtungen ist sehr unterschiedlich. Durch eine geschickte Betriebs- und Abteilungsleitung können die Ergebnisse verbessert werden. Die Beanspruchung der technischen Kapazität muß aber dort ihre Grenzen finden, wo die Sicherheit darunter leidet. Es ist für die Bank jeweils peinlich, wenn Belege an falsche Anschriften geleitet werden (Bankgeheimnis) oder Buchungen mangelhaft sind. Der vorsichtige Bank- oder Abteilungsleiter wird somit eher geneigt sein, mehr Personal, Maschinen usw. anzufordern, als er wirklich benötigt. Im gewissen Sinne ist eine Reservekapazität vorteilhaft; sie kann Stoßarbeiten auffangen. Die Rentabilität verbietet aber eine zu großzügige Personal- und Materialpolitik.

Somit wirkt die Rentabilität als Grenze einer Ausweitung der technischen Kapazität.

b) Die monetäre Kapazität

Der monetären Kapazität sind verschiedene Grenzen gesetzt. Grundsätzlich steht es im Belieben einer Bank, ihre monetäre Kapazität auszudehnen oder zu verringern. Sie kann von der Eigenkapitalausstattung ausgehen. Das Kapital ist die Grundlage für Vorschriften über den monetären maximalen Geschäftsumfang. Ferner kann die Bank die Einlagenstruktur zu beeinflussen trachten und auch die angebotenen Kredite in bestimmte Richtungen lenken. Sie kann sich spezialisieren oder bewußt eine Politik der Universalbank betreiben. Somit ist es für den Wettbewerb der Banken entscheidend, ob sich Spezialbanken, die sich gegenseitig empfehlen, oder Universalbanken gegenüberstehen. Die deutsche Entwicklung zeigte jedoch, daß sich eher die Spezialbank zu einer Universalbank entwickelt als umgekehrt. Mit ein Grund dafür dürfte wohl die Gesamtbetriebskalkulation sein, die das gesamte Sortiment der angebotenen Leistungen zusammen kalkuliert, ohne genügend zu differenzieren.

Ein Beispiel für Spezialisierung sind Ausgliederungen von Banken für das Südamerikageschäft oder das Hypothekengeschäft. Diese Töchter bleiben aber eng mit ihren Müttern verbunden, sie arbeiten ähnlich wie die früher dezentralisierten Großbanken zusammen. Hier kann noch eingefügt werden, daß der Wettbewerb die Banken allgemein zwingt, das ganze übliche Sortiment der Leistungen anzubieten¹⁾.

Die obere Grenze für die monetäre Kapazität einer Bank ist leichter als die der technischen Kapazität anzugeben. Die Kreditrichtsätze und die Überschußreserve bilden dafür Anhaltspunkte. Es lassen sich aber Situationen denken, in welchen es der Bank unbedingt geraten erscheint, diese Kapazität nicht auszunutzen oder auf die Gefahr hin zu überschreiten, durch das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen verwarnt zu werden. Hier ist die gesamtwirtschaftliche Lage

1) Vgl. W. Stützel, Konkurrenzfragen des Kreditgewerbes, Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 13. Jhg. 1960, S. 811

mitbestimmend für das einzelwirtschaftliche Verhalten. Bei der monetären Kapazität tritt das Moment der Rentabilität und der Liquidität in der Vordergrund der Betrachtung. Rentabilität und / oder Liquidität können die monetäre Kapazität begrenzen. Es ist einleuchtend, daß die Liquidität wesentlich eher und nachhaltiger die Einhaltung bestimmter Kapazitätsgrenzen als die Rentabilität fordert. Hieraus ist auch das Sicherheitsstreben der Banken (vgl. III. Teil) mit zu begründen.

Durch die teilweise Fixierung der Entgelte sind der Bank 'zwangsweise' bestimmte Erträge gewiß, was aber keine Garantie einer gesicherten Rentabilität bedeutet. Die Rentabilität drängt auch auf eine möglichst weitgehende Ausnutzung der monetären Kapazität, während die Sicherheit (Liquidität) dies vermeiden möchte, um eventuellen Beanspruchungen gerecht werden zu können. Die konstitutive und dispositive Liquidität ist - ob vorgeschrieben oder nicht - jedenfalls die obere Begrenzung des Nutzgrades der monetären Kapazität und somit des Angebotes.

2. Das Überwiegen der Nichtpreiskonkurrenz

a) Die Beschränkungen des Wettbewerbs

(1.) Eine Definition des Begriffs Wettbewerb oder Konkurrenz ist trotz des häufigen Gebrauches in der Tagespresse und der wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion äußerst schwierig ¹⁾. In dieser Arbeit sind die Worte Wettbewerb und Konkurrenz synonym verwendet.

Der Begriff Wettbewerb (oder Konkurrenz) darf nicht eng ausgelegt werden. Er kann auf dem Gebiet der Konditionen (Preise) und auf dem Gebiet der Qualität ausgetragen werden. Dem Wettbewerb dient als Mittel auch die Werbung, sei sie persönlich, betrieblich, unternehmensmäßig oder branchenmäßig, für eine Leistung oder für das gesamte Sortiment.

(2.) Bereits oben wurden die Zinsanordnungen nach dem § 23 KWG n.F. behandelt ²⁾. Durch die staatlichen Zinsanordnungen dürfen die Habenzinsen nicht überschritten werden. Der Wettbewerb um die Einlagen drängt aber dazu, den Kreditoren höhere Zinsen als die Konkurrenz zu bieten. Damit sind die Habenzinsen für den einzelnen Bankbetrieb Höchst- und Mindestgrenze zugleich. Der Wettbewerb von der Preisseite her ist unterbunden. Im aktiven Kreditgeschäft wirkt der Wettbewerb allgemein auf eine Verminderung der amtlichen Zinssätze. Dadurch entstehen die sogenannten Sonderkonditionen. Werden die Banken aber gezwungen, weniger Kredite zu vergeben, können sie den Kreditoren grundsätzlich maximal nur die angeordneten Zinsen berechnen. - Im Einlagengeschäft werden kaum Provisionen oder Gebühren erhoben. Hingegen sind sie für das Kreditgeschäft bedeutsam (vgl. S. 130 ff.). Für die Provisionen werden ebenfalls Höchstsätze genannt. Die Gebühren sind von den Regelungen ausgenommen. Hier verbleibt ein Rest an Preiskonkurrenz.

Auch die "Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Banken" sind ebenso wie das angebotene Sortiment an Leistungen nahezu einheitlich.

1) Vgl. L.Abbott, Qualität und Wettbewerb, München-Berlin 1958, S. 111 ff.

2) S. 78 f., 87 ff.

Diese Wettbewerbssituation wird durch das "Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen"(GWB) vom 27.7.1957 (Bundesgesetzblatt 1957 I, S. 1081), welches am 1.1.1958 in Kraft trat, nicht wesentlich verändert. Der Grundgedanke des GWB ist das Verbotsprinzip. Jedoch bestimmt der § 102 GWB, daß ein Teil des Gesetzes (§§ 1 und 15) auf das Kreditwesen nicht angewendet wird. Der § 1 GWB verbietet horizontale Kartellverträge und -beschlüsse und der § 15 GWB vertikale Preisbindungen ("Preisbindung der zweiten Hand"). Nun sieht der § 23 KWG n. F. eine Zins- und Provisionsregelung vor. Auch besteht die Notwendigkeit, Gelder preisgebunden weiterzugeben, sei es der Grüne Plan, die Mittelstandshilfe oder der Lastenausgleich. Das gesamte Kreditgewerbe wurde, soweit es sich um seine spezifischen Geschäfte handelt, von den §§ 1 und 15 GWB ausgenommen und einer Mißbrauchsaufsicht unterworfen. An die Freistellung ist die Bedingung geknüpft, daß die betreffenden Verträge oder Beschlüsse gemeldet werden. Die Meldungen gehen über die Bankenaufsicht, die sie mit ihrer Stellungnahme an die Kartellbehörde weiterleitet.

Ferner sind auch die Konsortialgeschäfte ausgenommen, da diese Bankleistungen schnell durchgeführt werden müssen und ihre Meldung im Verhältnis zu dem Erkenntniswert unverhältnismäßig hohe Arbeiten erfordern würde ¹⁾.

Für die Kreditwirtschaft bleiben somit die §§ 22 ff. GWB, die Vorschriften über marktbeherrschende Unternehmen, wettbewerbsbeschränkendes und diskriminierendes Verhalten und Wettbewerbsregelungen enthalten, weiter bestehen.

Nachdem durch das KWG n. F. das Wettbewerbsabkommen erloschen ist, können Wettbewerbsregeln, wenn sie sich darauf beschränken, den unlauteren Wettbewerb zu unterbinden, getroffen werden. Sind sie wettbewerbsbeschränkend, müßten sie nach § 102 GWB gemeldet werden und sind wirksam. Die Kartellbehörde kann jedoch nach § 102 GWB eingreifen.

Wichtiger sind die Empfehlungen für die Kreditwirtschaft²⁾. Selbstverständlich sind solche Empfehlungen erlaubt, die

1) L. Schork, Die Auswirkungen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen auf das Kreditgewerbe, Sparkasse, 74 Jhg. 1957, S. 269

2) L. Schork, Wettbewerbsbeschränkende Empfehlungen im Kreditgewerbe, Sparkasse, 76. Jhg. 1959, S. 62 ff., S. 80 ff.

nicht gegen ein Verbot des GWB oder des Kartellamtes verstoßen. Dagegen stellen befolgte Empfehlungen, die horizontale Wettbewerbsbeschränkungen bezwecken, Ordnungswidrigkeiten dar. Der Mißbrauchsaufsicht unterliegen Empfehlungen für vertikale Wettbewerbsbeschränkungen.

Aus dem Verbotsprinzip des Kartellgesetzes wurde daher ein Mißbrauchsprinzip, welches durch die Meldeerfordernisse modifiziert wird ¹⁾.

(3.) Die Werbung ist im Kreditgewerbe nur begrenzt anwendbar. Nicht nur rechtliche Elemente (Wettbewerbsabkommen und das KWG), sondern auch ein ausgeprägtes Standesbewußtsein wenden sich gegen eine aufdringliche, marktschreierische Werbung. Jedoch ist es ungewiß, ob nicht auch bei uns amerikanische Werbemethoden eindringen werden. Welche Auswüchse die Werbung um den Bankkunden in den USA zeitigt, sei an folgenden Beispielen aufgezeigt ²⁾. Die Bank soll einem Warenhaus möglichst in Bequemlichkeit und Sonderveranstaltungen nicht nachstehen. So werden Hausfrauennachmittage, Kindergärten, kostenlose Erfrischungen, Modeschauen, Eisrevuen dem Publikum in den Schalterhallen geboten. Auch mit aufwendigen Werbegeschenken für neue Kunden will eine Bank die andere ausstechen.

Neue Werbemethoden beschritt der Bundesverband des privaten Bankgewerbes e. V., Köln, durch zwei Spielfilme, hingegen fehlen die Radio- und Fernsehwerbung, für Pfandbriefe ausgenommen, völlig. Auch die Schaufenster werden noch nach alter Weise mit Kurstafeln, Wertpapierschaustücken und teilweise auch Goldmünzen drapiert.

Die persönliche Werbung durch Kreditinstitute ist nicht gestattet, es sei denn, der zu werbende Kunde arbeitet noch mit keinem anderen Kreditinstitut zusammen, oder es besteht eine persönliche Beziehung zwischen Bank und Kunde, oder der Kunde läßt wissen, daß er eine neue Bankverbindung sucht, oder die Bank wirbt für eine be-

1) Vgl. H. Schreihage, Wettbewerb und Wettbewerbsbeschränkung im Kreditgewerbe, Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen 13. Jhg. 1960, S. 16

2) Vgl. Banken auf Kundenjagd, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. 7. 1960

stimmte, fest begrenzte Leistung, die den Kunden besonders interessiert 1).

Es ist seltsam, daß in einem Gewerbebezweig, der besonders auf das Vertrauen abstellt, die persönliche Werbung, als die erste und intimste Form der Werbung, auf nur sehr begrenzte Fälle beschränkt wird. Die Praxis hingegen hält sich nicht so strikt an dieses Gebot.

1) Vgl. N. Fischer, Bemerkungen zu Wettbewerbsfragen im Bereich des Kreditgewerbes, Sparkasse 78.Jhg. 1961, S. 105

b) Qualitäts- und Preiswettbewerb

(1.) Die vorangegangenen Untersuchungen ergaben, daß im Bankgewerbe immer Preis- u n d Qualitätswettbewerb zusammen vorkommen.

Die Zweigstellenpolitik kann als reiner Qualitätswettbewerb angesehen werden. Für den Kunden ist aber eine nahe gelegene Bank, die 'Bank um die Ecke' also, auch preislich bedeutsam. Die Lage erspart ihm Zeit und Fahrtkosten. Ein Kunde, der seine Depositen bei einer Bank unterhält, kann damit rechnen, daß seine Devisen und Sorten ihm preislich günstiger überlassen werden. Man kann dies als Nichtpreiswettbewerb beim Depositengeschäft deuten: Das Bewußtsein des Kunden, bei seiner Bank gut bedient zu werden, ohne daß er sich darüber Rechenschaft ablegt, was nun mit dem 'gut' gemeint ist: günstige Konditionen oder zuvorkommende Bedienung. Beides läuft ineinander über.

Da bereits festgestellt wurde, daß die Leistungen einer Bank heterogen sind und somit ein Preisvergleich oft unmöglich ist, wird im Bewußtsein des Kunden zwar ein Groll gegen die 'überhöhten Zinsen' mitspielen, er sich aber durch die Art seiner Abfertigung am Schalter mehr beeindrucken lassen, als durch einen Gewinn oder eine Ersparnis von wenigen Groschen oder Mark.

So ist es auch psychologisch sehr geschickt, dem Kunden zu zeigen, er habe auch preislich eine Sonderstellung. Dies geschieht besonders gut durch Zins- und Provisionsrückbuchungen. Sie werden z. B. beim Effektenkommissionsgeschäft zwar durch die technische Anfertigung der Abrechnungen ausgelöst (Lochkarten), zeigen dem Kunden aber in Geld auf, daß er bevorzugt wird. Für den Wettbewerb ist es daher entscheidend, daß der Kunde nicht die Meinung verliert, e r werde besonders gut bei s e i n e r Bank bedient.

Eine zuvorkommende Bedienung, Kalender zu Weihnachten und einige Broschüren im Jahr sind zwar gute Kontaktmittel, reichen aber nicht aus, um gegenüber der Konkurrenz zu bestehen, wenn diese auf dem Sektor der nicht gebundenen

Preise aktiv ist. Das gleiche gilt aber auch in umgekehrter Richtung.

Im Bankgewerbe erfolgt der Wettbewerb somit nicht nur durch die Produkte (Leistungen) als unvollkommene Substitute, sondern auch durch die Verkäufer (Angestellte der Banken) selbst¹⁾. Die Qualität eines Produktes der Kreditwirtschaft wird durch die sachliche Qualität und die persönliche Darbietung oder Abgabe mit bestimmt. Die Bankleistungen lassen sich oft nicht von der Person trennen, die diese Leistungen ausführt. Dies ist das Phänomen der Dienstleistungen im Gegensatz zu den industriewirtschaftlichen Güterleistungen. Ein industrielles Produkt steht regelmäßig für sich allein in Qualität und Preis, nicht so eine Dienstleistung.

Da die Preise im Bankgewerbe teilweise an Anordnungen und Konventionen gebunden sind, liegt ein besonderes Gewicht des Wettbewerbs auf der Nichtpreiskonkurrenz, enger ausgedrückt: auf dem Qualitätswettbewerb. Je stärker durch die genannten Regelungen der Preiswettbewerb ausgeschaltet wird, desto stärker wird der Qualitätswettbewerb in den Vordergrund treten.

(2.) Als Beispiele eines Qualitäts- und Preiswettbewerbs mögen folgende Fälle gelten:

Wechselkredite sind ihrer Liquidität wegen besonders gut handelbar. Eine Bank kann Wechsel an die Zentralbank oder, wenn ein Rediskont ausgeschlossen ist, an befreundete Banken leicht abgeben und sich dafür konstitutive Liquidität beschaffen. Viel schwieriger, wenn nicht sogar ganz ausgeschlossen, ist das Zedieren von Kontokorrentforderungen der Bank an ihre Kunden. Aus diesen Gründen kann eine Bank mit Zustimmung des Kunden einen Kontokorrentkredit ²⁾

1) Im Gegensatz zu L. Abbott, Qualität und Wettbewerb, l.c., S. 125, der nur auf die industrielle Fertigung abstellt.

2) Vgl. F. A. Lutz, Das Grundproblem der Geldverfassung, l.c., S. 71

in einen Trattenkredit umwandeln. Die Tratte wird von der Bank zum Wechseldiskontsatz abzüglich Provisionen, Gebühren und Wechselsteuer abgerechnet. Dadurch ermäßigen sich die effektiven Kreditkosten. Dieses Verfahren ist bis dahin fast unbedenklich. Die Qualität des Kredites wird lediglich verändert, und der Kunde hat, wenn er mit einer Prolongation rechnen kann, den gleichen monetären Effekt zu geringeren Kosten. Nimmt nun die Bank den Wechsel nur ins Depot, so kann von einer legalen Täuschung gesprochen werden. Die Bank hätte ebenso dem Kunden den Kontokorrentkredit gleich zu den günstigeren Bedingungen geben können. (Das Sollzinsabkommen, jetzt der § 23 KWG n.F., stehen dem nicht entgegen.)

Gibt die Bank die Tratte an einen Kunden weiter (Nichtbankier), damit dieser für seine Einlagen eine höhere Verzinsung erhält, so ist dieser Vorgang eine Umgehung des Habenzinsabkommens oder jetzt der Anordnungen nach § 23 KWG n.F. . Dieses Verfahren wird gewöhnlich mit 'in-Pensiongeben' bezeichnet (s.S.88f.).

Für die Bank ergibt sich nun insofern eine Schwierigkeit, als aus der Tratte der Geldnehmer ersichtlich ist. Ist dieser solvent, so besteht die Gefahr, daß sich ein direktes Finanzclearing zwischen den beiden Kunden ergibt, ohne daß die Bank eingeschaltet wird und daran verdient. Sie verlore dann für dieses Geschäft beide Kundenseiten. Besser eignen sich für das 'Pensionieren' neutrale Effekten (Schatzwechsel etc.).

Die Habenzinsanordnung kann aber noch anders umgangen werden¹⁾. Die Depositen werden an den Finanzmakler weitergeleitet. Die Bank 'verzinst' diese Einlagen zusätzlich durch 'Provisionsgutschriften', die einen Teil der Provisionen sind, die sie selbst aus den weitergegebenen Geldern erhalten hat.

1) Vgl. C. Zimmerer, Auswirkungen des Kreditwesengesetzes II, l.c., S. 74

(3.) Eine andere qualitative Änderung der Kredite liegt in den unterschiedlichen Sicherheitsanforderungen. Hierbei ist den Banken - ausgenommen zweckgebundene Kredite, die nur verwaltet werden - ein großer Variationsspielraum gegeben. Selbst bei gleicher Wirtschaftslage können von verschiedenen Banken hier unterschiedliche 'Usancen' angewendet werden. Dies zeigt sich auch bei den sogenannten Kleinkrediten (vgl. S.76 f.). Es kommen bei etwa gleicher Zins- und Provisionsberechnung folgende Varianten vor: Stille Zession von Gehalt- oder Lohnbezügen, offene Zession (der Kreditnehmer (!) muß seinem Arbeitgeber diese mitteilen) und wirklicher Personalkredit ohne Zession. Es sei nur angemerkt, daß der offensichtlich so billige Kleinkredit vom Kunden wesentlich höher verzinst werden muß, als ein normaler Kontokorrentkredit. Es hat den Anschein, daß durch die Benennung eines Zinssatzes per Monat von der anfänglichen Kreditsumme bewußt eine Verschleierung vorgenommen wird. Ob dies dem 'Standesbewußtsein' der Banken angemessen ist, soll dahingestellt bleiben, erinnert aber sehr an ähnliche Methoden in der Industrie (Gewichtsvariationen bei gleichem Preis).

(4.) Der Wettbewerb zwischen den deutschen Kreditinstituten muß auch die Konditionen und Vereinbarungen ausländischer Banken beachten. Durch die wachsende internationale Verflechtung der Wirtschaft und auch der Banken ¹⁾ müssen die ausländischen Geld- und Kapitalmarktverhältnisse mit in die Dispositionen der einzelnen Banken einbezogen werden. Liegen die Sätze, die deutschen Firmen oder Privatpersonen im Auslande berechnet werden, wesentlich unter den deutschen Sonderkonditionen im Soll, oder über den Habenzinsen, so

1) Im Juni 1960 schlossen sich die Bankenvereinigungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in einer Bankenvereinigung zusammen, um die Beziehungen der Mitgliedsverbände untereinander und zu denen dritter Länder zu fördern. Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.6.60.

besteht die Gefahr, daß die ausländischen Banken die Geschäfte an sich ziehen. Hier ist besonders der Privatdiskont zu nennen. Bei dem Kontokorrentkredit müssen auch die landesüblichen Usancen mit in die Kostenvergleichsrechnungen einbezogen werden ¹⁾. So ist die amerikanische Prime Rate mit dem deutschen Sollzinssatz nur bedingt vergleichbar, da der Kreditnehmer nur über einen Teil der eingeräumten Beträge verfügen kann (ca. 75 Prozent), aber den ganzen Kredit verzinsen muß. Diese 'compensating balances' verteuern den Kredit. Auch ist die Prime Rate ein Mindestsatz im Gegensatz zu dem Höchstsatz unserer Zinsregelungen.

Bei den Depositen gelten ebenfalls Sonderbestimmungen. Spareinlagen werden nur von natürlichen Personen mit einem bestimmten Höchstbetrag entgegengenommen, Sichteinlagen bleiben unverzinst.

1) Vgl. Bundesverband des privaten Bankgewerbes e.V., Geschäftsbericht für das Jahr 1960, l.c., S.50 ff.

III. Teil

=====

Die Preisbildung des Bankgewerbes im Wachstum

=====

I. Abriß der wirtschaftlichen Lage in der Bundesrepublik

=====

Deutschland seit 1950

=====

1. Statistische Übersicht: die Preise im Bankgewerbe und die Produktion

In die nun folgende Betrachtung wird die Zeit zwischen 1950 und 1960 einbezogen ¹⁾. Tabelle VII gibt zunächst eine Übersicht über die Entwicklung des Gesamtindex der industriellen arbeitstäglichen Nettoproduktion, des Zentralbankdiskontsatzes, der Kosten für Kontokorrent-, Akzept- und Wechselkredite und der Habenzinsen für täglich fällige Gelder, Spareinlagen und Kündigungsgelder. Diese Zahlenreihen zeigen in etwa repräsentativ die Konjunkturlage und die Bankpreise in der Bundesrepublik Deutschland auf ²⁾.

-
- 1) Vgl. R. Stucken, Die deutsche Geld- und Kreditpolitik 1914 - 1953, 2. Aufl. Tübingen 1953;
W. Dannemann, Struktur und Funktionsweise des Kapitalmarktes in der Bundesrepublik Deutschland, Tübingen 1959;
F. Höfermann, Geldmarkt und Geldmarktgeschäfte, Frankfurt/M. 1959;
O. Veit, Grundriß der Währungspolitik, l.c.
- 2) "Zinsen und Zinsmargen im internationalen Vergleich" stellt der Bundesverband des privaten Bankgewerbes e.V., Köln, in seinem Geschäftsbericht für das Jahr 1960, Köln 1961, S. 50 ff. dar.

Tabelle VII Fortsetzung

I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	XI	XII	XIII	XIV	XV	XVI
56	7 8 9 10 11 12	187,7 186,4 199,8 201,6 213,7 196,6	6.9.	5,0	9,5	11,0	8,5	7,0	8,0	1.10.	1,25	1,75	3,5	4,25	5,5
57	1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12	188,0 195,0 194,0 207 210 206 194 192 209 213 224 209	11.1	4,5	9,0	10,5	8,0	6,5	7,5	1.2.	1,0	1,5	3,5	3,75	5,25
58	1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12	198 198 201 211 209 213 202 197 214 223 235 215	19.9. 17.1. 27.6. 21.7.	4,0 3,5	8,5 8,0	10,0 9,5	7,5 7,0	6,0 5,5	7,0 6,5	17.X. 10.2.	0,75 0,5	1,25 1,0	3,5 3,25	3,375 2,875	5,25 4,5
				3,0	7,75	9,25	6,5	5,0	6,0	21.7.	0,5	1,0	3,0	2,375	3,875
					7,5	9,0	6,5			20.11.	0,5	1,0	3,0	2,0	3,5

Tabelle VII Fortsetzung																
I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	XI	XII	XIII	XIV	XV	XVI	
59	1	196	10.1	2,75	7,25	8,7	6,25	4,75	5,75	1.2.	0,375	0,75	3,0	1,5	3,25	
	2	204														
	3	216														
	4	222														
	5	227														
	6	227														
	7	212														
	8	214														
	9	236			7,5	9,0	6,5	5,0	6,0							
	10	243	4.9.	3,0	8,5	10,0	7,5	6,0	7,0	20.11.	0,5	1,0	3,0	2,25	4,0	
	11	258	23.X.	4,0							1.1.	0,5	1,0	3,5	2,25	4,0
	12	246														
60	1	225														
	2	231														
	3	243														
	4	247														
	5	254														
	6	257														
	7	233	3.6.	5,0	9,5	11,0	8,5	7,0	8,0	1.7.	1,0	1,5	4,0	3,0	4,75	
	8	233														
	9	258														
	10	262														
	11	281	11.11.	4,0	8,5	10,0	7,5	6,0	7,0	15.12.	0,5	1,0	4,0	2,5	4,25	
	12	261	20.1.	3,5	8,0	9,5	7,0	5,5	6,5	1, 4.	0,5	1,0	3,5	2,25	4,0	
61																

Quellen:
 Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, Jahrgänge 1956 bis 1961, Abschnitt XI B
 betr.: Bundesgebiet ohne Saarland und Berlin,
 Bank deutscher Länder / Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, Abschnitt IV.

Anmerkungen zu Tabelle VII

*) Amtliche Sätze für Einlagen von oder Kredite an Nichtbanken, die nur in Ausnahmefällen überschritten werden dürfen. Sie verstehen sich für die Kredite einschließlich Kredit- oder Akzept- oder Diskontprovision, aber ohne Umsatzprovision.

1) Der errechnete Gesamtzinssatz stimmt - von der Zubilligung von Minderkonditionen abgesehen - mit den effektiven Kreditkosten nur dann überein, wenn der zugesagte Kredit voll in Anspruch genommen wird. Wird die Kreditzusage nur teilweise ausgenutzt, so liegen die Kosten für den zugesagten Kredit unter dem angegebenen Satz, während die Kosten für den in Anspruch genommenen Kredit über diesen Satz hinausgehen können.

Gemäß § 2 des Sollzinsabkommens dürfen die Zinsen nur für den tatsächlich in Anspruch genommenen Kredit erhoben werden. Die Kreditprovision kann dagegen vom fest zugesagten Kredit im voraus oder bei stillschweigend gewährtem Kredit vom Höchstsaldo berechnet werden.

2) Ohne Domizilprovision.

3) Ab 1.9.1949 bis 26.10.1950 = 7,5 %.

4) Ab 1.9.1949 bis 26.10.1950 = 7,0 %.

Zur vorstehenden Tabelle ist nachzutragen, daß sich die Preise für die sogenannten Handelsgeschäfte und den Zahlungsverkehr, von Sonderkonditionen abgesehen, nur sprunghaft verändern. Dies gilt auch für die Provisionen im Kreditgeschäft. Auf dieses Faktum soll aber noch eingegangen werden.

Anfang 1955 wurden die Provisionen im Außenhandelsgeschäft und Effektengeschäft herabgesetzt. Für die Umsatzprovision galten aber etwa die gleichen Sätze die letzten 10 Jahre hindurch. Gegenüber der Vorkriegszeit sind die Kreditprovisionen mit $1/4$ % etwa doppelt so hoch. Die Konditionen im Auslands- und Effektengeschäft der Banken werden nicht wie die Konditionen im Kredit- und Einlagengeschäft offiziell geregelt. Im Auslandsgeschäft sind die Gebühren- und Provisionssätze mannigfaltig. Für den internen Dienstgebrauch bestehen jedoch 'unverbindliche' Zusammenstellungen. Daher können über die Preisgestaltungen nur allgemeine Aussagen gemacht werden. Im Effektenkommissionsgeschäft sind die Provisionssätze für Aktien und festverzinsliche Wertpapiere unterschiedlich. Zwischen 1950 und 1955 wurde ein Satz von 1 oder $1/2$ % vom ausmachenden Betrag für Aktien oder festverzinsliche Werte, seit dem 1. 4. 1955 einer von 0,8 und 0,4 % berechnet. Die rechtliche Situation ist die gleiche wie im Auslandsgeschäft. Die Sätze sind also unverbindlich und werden bei größeren, gut handelbaren Posten und Tauschgeschäften unterschritten.

Auch im Effektenemissionsgeschäft bestehen ziemlich einheitliche Sätze. Diese werden aber jeweils zwischen den Emittenten und den Emissionsinstituten vereinbart. Es ist bedauerlich, daß auch hierüber keine Einzelheiten zugänglich sind.

Im wesentlichen unverändert blieben in der Berichtszeit nominell die Umsatzprovision - mit jedoch verschiedenen Berechnungsarten - , die Minstdiskontspesen und die

Domizilprovision.

Für die Umsatzprovision werden genannt:

1. $1/8 \%$ pro Semester, mindestens vom 3-fachen des Höchst-Soll-Saldos oder
2. $1/2 - 1 \%$ vom Umsatz der größeren Seite oder mindestens $1/2 \%$ p.a. vom Kreditbetrag oder
3. $1/2 \%$ der größeren Seite abzüglich Saldovortrag, mindestens $1/2 \%$ pro Semester aus dem Kreditbetrag.

Daneben wird oftmals noch eine Postengebühr im Kontokorrent von 10 bis 20 Dpf. berechnet.

Die Mindestdiskontspesen belaufen sich auf DM 2,-, die Domizilprovision auf $1/2 \%$, mindestens jedoch 0,50 DM.¹⁾

Zusammenfassend können folgende Phasen unterschieden werden:

1. Von 1949 bis 1954 eine durch die Koreakrise unterbrochene monetäre Konsolidierung.
2. 1955 und 1956 starke Verflüssigung durch die Exportüberschüsse, verbunden mit der kontraktiven Wirkung des 'Juliusturms'.
3. 1957 bis 1959 lockert die Bundesbank die Kreditpolitik, es kommt zu Preissteigerungen und zum Einstromen von 'heißen' Auslandsgeldern.
4. 1959/60 versucht die Bundesbank eine Bekämpfung der Hochkonjunktur durch restriktive Maßnahmen in der Geldpolitik.
5. Ab Herbst 1960, vollends Frühjahr 1961 wird die Geldpolitik zur Bekämpfung des Devisenüberschusses benutzt. Das Wachstum verlangsamt sich bei anhaltender Vollbeschäftigung.

1) Die Deutsche Bundesbank veröffentlicht diese Angaben laufend in ihren Monatsberichten unter IV. 2. f) .

2. Charakterisierung der verschiedenen wirtschaftlichen Phasen

1. Die Jahre 1950 und 1951 standen im Zeichen der Korea-Hausse und der damit kausal verbundenen Kreditrestriktionsmaßnahmen der Zentralbank ¹⁾. Die wirtschaftliche Entwicklung war eng mit dem Korea-Boom und dessen Rückgang nach Beendigung des Korea-Krieges verbunden. Bereits 1952 machten sich auf weiten Gebieten der industriellen Produktion ein Umschwung vom Verkäufer- zum Käufermarkt bei einer laufend sich verringernden Arbeitslosigkeit und einer Steigerung der Grundstoffproduktion bemerkbar. Letztere wies 1950 und 1951 noch Versorgungsengpässe auf. Nach Beendigung des Korea-Konfliktes bröckelten die internationalen Rohstoffpreise ab. In diesem Zusammenhange steht auch die geringere Lagerhaltung. Die zweite Hälfte des Jahres 1952 brachte trotz geringer Auftragsbestände in den Verbrauchsgüterindustrien eine Überwindung der Preisflaute nach Kriegsbeendigung. In das Jahr 1952 fiel der Beginn der steigenden öffentlichen Kassenüberschüsse und der Anstieg des Sparvolumens.

1) Für die nachfolgenden Ausführungen vgl.: Bank deutscher Länder / Deutsche Bundesbank, Monatsberichte und Geschäftsberichte; Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Institut für Konjunkturforschung) Berlin (DIW), Wochenberichte; Konjunkturpolitische Chronik, in: Konjunkturpolitik, Zeitschrift für angewandete Konjunkturforschung, hrsg. (begründet) von A. Wissler, Berlin, 1. Jhg. 1954/55 ff.; H.O. Lenel, Neue Entwicklungstendenzen auf dem deutschen Kapitalmarkt, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Band 173 1961, S. 154 ff.; G. Zeitel, Zur Währungspolitik der Deutschen Bundesbank, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Band 173 1961, S. 169 ff.; ferner die auf Seite 112 unter ¹⁾ angegebene Literatur.

Der Kapitalmarkt war völlig unergiebig. Die hohen Investitionen wurden durch formell kurzfristige Bankkredite finanziert. Selbst ein Gesetz zur Förderung des Kapitalmarktes, das Ende 1952 vom Bundestag angenommen worden war, brachte keine allgemeine Belebung.

In diese Zeit fällt auch der Aufschwung an Schuldscheindarlehen, die größtenteils aus Mitteln der Versicherungen gespeist wurden. Auf dem Aktienmarkt verhinderte die sogenannte Doppelbesteuerung der Aktie weitgehend eine Investitionsfinanzierung über die Aufstockung des Eigenkapitals.

Bei einer zehnprozentigen Preissteigerung erhöhte sich das reale Bruttosozialprodukt um 10 % im Jahre 1951 ¹⁾.

In jener Periode wurden auch die Rediskontkontingente der Bank deutscher Länder gegenüber den Geschäftsbanken eingeführt und die Großbanken teilweise rekonzentriert.

Die Jahre 1952 und 1953 standen generell gesehen im Zeichen einer ausgeprägten Mengenkonjunktur. So konnte von einer fortschreitenden "Festigung der inneren und äußeren Währungsstabilität" ²⁾ gesprochen werden. Das Preisniveau zeigte 1952 allgemein eine etwas sinkende Tendenz. Real stieg das Bruttosozialprodukt in beiden Jahren um etwa 5 %.

Die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung begünstigte die Investitionen. Die Kreditinstitute begannen, Wertpapiere in ihre Portefeuilles zu nehmen. Der Außenhandel erhöhte sich weiter. Die Lage des Jahres 1954 erlaubte einen weiteren Abbau der Devisenbewirtschaftung. Über den Außenhandelsüberschuß floß den Banken Liquidität zu, sodaß sie die Rediskontkontingente bei der Zentralbank nur geringfügig beanspruchen mußten.

In der Bauwirtschaft wurden die Produktionsreserven immer geringer. Mitte des Jahres war die Vollbeschäftigung nahezu erreicht, gleichzeitig zeichnete sich der Übergang von der "Mengen- zur Preiskonjunktur" ab. Die Statistik weist für Ende September 1954 nur noch 820.000 Arbeitslose auf.

1) Vgl. DIW, l.c., 1952, S. 10

2) Bank deutscher Länder, Geschäftsbericht für das Jahr 1953, S. 1

3) Vgl. DIW, l.c., 1954, S. 1

Die Investitionsneigung war weiterhin groß, dennoch wurde das Zinsniveau gesenkt.

2. Ende des Jahres 1954 zeigte sich die Gefahr einer Überhitzung der Konjunktur. Die Notenbank legte durch Offen-Marktoperationen Liquidität still. Nach der relativ liberalen Kreditpolitik der Zentralbank wurden im Sommer 1955 die Restriktionsmaßnahmen verschärft, da die teilweise Überbeschäftigung zu Lohn- und Preissteigerungen führte.

Vom April 1955 bis März 1956 war die Liquiditätsanspannung bei den Banken durch die Notenbankpolitik und die Häufung der Kassenüberschüsse des Bundes (Juliusturm) besonders stark. In diesem Zusammenhang erfolgte im Mai 1955 ein teilweiser Austausch der vom Währungsschnitt herrührenden Ausgleichsforderungen der Banken in Geldmarktpapiere zum Zwecke der Offen-Marktpolitik.

Der Konflikt zwischen äußerem und innerem Geldwert, der bis heute nicht bereinigt ist, brach deutlich auf. Die Auslandsnettonachfrage expandierte weiter und verkürzte das inländische Angebot. Dieses Problem blieb im ganzen Betrachtungszeitraum bestehen. Die Banken waren liquide und konnten die Kredite weiter erhöhen, obgleich sie sich bei Neuvergaben zurückhielten.

Die Arbeitslosenziffern nahmen weiter ab, und gegenüber 1954 halbierten sie sich fast (495.000). Das entsprach einer Arbeitslosenquote von 2,7 % der Beschäftigten. Die wirklich Arbeitslosen waren wesentlich geringer, da nur etwa 45 % voll vermittlungsfähig war ¹⁾.

Seit Mitte 1955 wurde die Gefahr einer "income inflation" latent ²⁾. Dennoch war die allgemeine Preissteigerung nur gering. Sie betrug bei einem realen Anstieg des Brutto-sozialproduktes gegenüber dem Vorjahr um 10,5 % nur 2 % ³⁾. 1956 ging die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit bei Vollbeschäftigung erstmals wesentlich zurück. Im Spätsommer

1) Vgl. DIW, l.c., 1956, S. 6

2) Vgl. Konjunkturpolitische Chronik, l.c., 2. Jhg.1956, S. 45

3) Vgl. DIW, l.c., 1956, S. 1 ff.

deutete sich eine 'Recession' an. Die weltpolitischen Ereignisse: Suez-Konflikt, Ungarnaufstand und Algerienkrieg beeinflussten die Expansion der Wirtschaft, die gegenüber dem Vorjahr nur eine geringere Zuwachsrate des realen Bruttosozialproduktes (6 %) aufwies. Dabei trat erstmals das Faktum wesentlich unterschiedlicher Raten in den einzelnen Bereichen auf ¹⁾. In dieser Zeit wurden auch folgende Probleme bedeutsam, die noch lange die Wirtschaftspolitik beschäftigen sollten. Es sind zunächst die Lohnsituation und danach die Konflikte zwischen Fiskal- und Kreditpolitik zu nennen. Ferner entsteht die Diskussion eines Wachstums um den Preis eines instabilen Geldwertes, der fälligen und nötigen Korrektur der Einkommens- und Vermögensstruktur und des Wechselkurses der Deutschen Mark.

3. Ende des Jahres 1956 zeigte sich besonders im Investitionsgüterbereich eine Abschwächung. Die Geldmengenregulierung erfolgte im verstärkten Maße durch die Offen-Marktpolitik und die Mindestreservesatzvariation.

Anfang 1957 hielt die konjunkturelle Entspannung an. Zu bemerken ist, daß der Kapitalmarkt funktionsfähiger wurde, "der die Rolle des Bankkredites in der Finanzierung der wirtschaftlichen Expansion allmählich zurücktreten läßt und auf eine entsprechende Konsolidierung der Geldvermögen hinwirkt" ²⁾. Jedoch ist der Kapitalmarkt weitgehend vom Geldmarkt abhängig geworden. So setzten sich die Zinschwankungen auf dem Geldmarkt auch auf dem Kapitalmarkt durch ³⁾.

Das verlangsamte Wachstum des Jahres 1956 hielt auch 1957 an und erhöhte sich erst in der zweiten Hälfte von 1958. Das reale Bruttosozialprodukt stieg in den genannten drei Jahren jeweils um 6, 5,5 und 3 %.

Trotz der Rentenreform und den dadurch bedingten massierten Nachzahlungen und der Lohnerhöhungen wurde durch das stark angestiegene private Sparaufkommen die gesamte Nachfrage nur gering erhöht. Nach der kategorischen Ablehnung einer Wechselkursänderung der DM auf der Jahrestagung des IWF im

1) Vgl. DIW, l.c., 1957, S. 1 ff.

2) Deutsche Bundesbank, Geschäftsbericht für das Jahr 1957, S. 13

3) Vgl. G. Zeitel, l.c., S. 174

September 1957 brach die Wechselkurspekulation zusammen. Dadurch wurden die Zahlungsbilanzüberschüsse entlastet.

Im Winter 1957/58 stieg das Preisniveau trotz einer konjunkturellen Abschwächung weiter (3 %). Dieser Tatbestand ist auf eine Mengenanpassung bei veränderter Marktlage zurückzuführen. Die geringe Ausnutzung der Kapazitäten ließ die Preise steigen. Eine Preisflexibilität nach unten bedarf schon größerer Krisen. Ein verlangsamtes wirtschaftliches Wachstum beeinträchtigt aber eine zukünftige Ausdehnung. Hier sei noch eine theoretische Überlegung eingeflochten. Die Investitionen der Periode t_1 sind die Möglichkeiten des Wachstums in den folgenden Perioden. Soll nun die Wirtschaftspolitik wachstumsgerecht ausgestaltet werden, so muß sie "die Preisstabilität durch Förderung und nicht durch Beeinträchtigung der gewerblichen Investitionen zu sichern suchen". Dies erfordert eine Koordination der wirtschaftspolitischen Maßnahmen, da die "Lenkungsfunction der Preise infolge des unvollkommenen Wettbewerbs" endgültig beschränkt worden ist ¹⁾. Das Jahr 1958 brachte eine zunehmende Differenzierung der Konjunktur ²⁾. Abschwächungstendenzen zeigten sich besonders in einigen Grundstoff- und Verbrauchsgüterindustrien (Kohle, Eisen, Stahl, Textil) und auf den Auslandsmärkten. Das Wachstum verlangsamte sich. Das deutsche Zinsniveau wurde dem des Auslandes angeglichen, was zu einem Geldexport der Banken führte. Die Wertpapieremissionen stiegen beachtlich bei sinkenden Renditen. Bis 1961 herrschte der 5-prozentige Pfandbrief zu 97 v.H. Ausgabekurs vor. Im Jahre 1959 wurden die Teilkrisen überwunden, und es kam zu einem ausgesprochenen Boom in der zweiten Hälfte des Jahres. Ein wichtiger Grund dafür lag wohl in der durch das niedrige Zinsniveau von 1958 angeregten Baukonjunktur.

- 1) K.D. Arndt, Konjunkturpolitische Chronik, in: Konjunkturpolitik, 4. Jhg. 1958, S. 67.
2) Vgl. Konjunkturpolitische Chronik, 1.c., 5. Jhg. 1959, S. 55 f.

1) Vgl. DIW, 1.c., 1957, S. 172.
2) Deutsche Bundesbank, Geschäftsbericht für das Jahr 1957, S. 12.
3) Vgl. G. Ziefel, 1.c., S. 174.

Ferner wurde die Lagerhaltung aufgestockt, und der nord-amerikanische Stahlarbeiterstreik gab, verbunden mit der übrigen ausländischen Nachfrage, einen kräftigen Anstoß. Sowohl die Bankkredite als auch die Wertpapierkäufe der Banken wurden ausgedehnt. Die steigende Kapazitätsausnutzung führte seit 1955 erstmals wieder zu steigenden Bruttoanlageinvestitionen. Der Bautätigkeit und der industriellen Entwicklung ist daher ein besonderes Gewicht verliehen, da sie zusammen 40 % des Bruttosozialproduktes ausmachen.

Die Konvertibilität der Währung (ab Ende 1958) und die internationale Konkurrenz und Verflechtung wirkten sich auf die Preise stabilisierend aus. 1959 wurde eine allgemeine Vollbeschäftigung und ein Anstieg des realen Bruttosozialproduktes um 6% vermerkt.

4. Die Konjunktur kühlte auch im Winter 1959/60 nicht ab. Die Wirtschaft ignorierte die von der Bundesbank eingeleiteten Maßnahmen fast vollständig ¹⁾. Auch die Liquidität der Kreditwirtschaft konnte nur schwach beeinflußt werden. Im Jahre 1960 konnte wieder eine hohe reale Steigerung des Bruttosozialproduktes verzeichnet werden. Das schnelle Anwachsen der Nachfrage gegenüber dem beschränkten Angebot - besonders auf dem Arbeitsmarkt - führte zu Preissteigerungen. Die Bundesbank verkürzte die Bankenliquidität mit den 'traditionellen' Mitteln und ging gegen das ausländische Geld mit einem Verzinsungsverbot für Bankeinlagen der Devisenländer - ausgenommen waren Spareinlagen für natürliche Personen - vor. Dadurch wanderten die sogenannten heißen Gelder auf den Wertpapiermarkt ab.

1) Vgl. Wirtschaftspolitische Chronik, l.c.,
6. Jhg. 1960, S. 183

5. Mit dem 10. November 1960 begann der Umschwung der Zentralbank-Kreditpolitik. Der äußere Geldwert der Währung wurde in den Vordergrund gestellt. Das Zinsniveau wurde im Winter 1960/61 gesenkt. Am 6. März 1961 wurde die Deutsche Mark um ca. 5 Prozent aufgewertet.

In gleicher Richtung wirkten auch die politischen Ereignisse. Sie begannen mit der 'Mauer von Berlin' am 13. August 1961. Die ausländischen Wertpapierkäufe ließen nach, Gelder wurden zurückgezogen. Merklich geringer wurde die Verflüssigung der Kreditwirtschaft über die Devisenbilanz. Hinzu kamen Kassenüberschüsse der öffentlichen Hand und erhöhter Bargeldumlauf (besonders vor Weihnachten).

Die Produktion stieg mit verringerter Zuwachsrates weiter an. Durch den europäischen Markt und die gespannte Arbeitsmarktlage wurden die Investitionen weiter angeregt.

3. Die Notwendigkeit der Konjunktur- und Wachstumsanalyse durch den Kreditgeber

Es soll die Zentralbankpolitik nicht bewertet werden. Es ist auch für die vorliegende Untersuchung unerheblich, ob die Notenbank lediglich eine Konstatierungspolitik trieb oder nicht. Jedoch ist es sicher angebracht, den Diskontsatz öfter zu verändern, um der Marktlage gerechter zu werden. "Es ist ein Vorzug der Geldpolitik, daß sie sich in kleinen Schritten bewegen und ihre Tendenz ändern kann (man würde nur wünschen, daß der Board ((des Federal Reserve System in den USA, d. Verf.)) sich öfter dieses weiblichen Privilegs bedient)" ¹⁾.

Eine ausschlaggebende Erkenntnis aus der Untersuchung der letzten Jahre ist die, daß bei einer differenzierten Wachstumsrate ²⁾ in den verschiedenen Wirtschaftszweigen - trotz eines dauernd aufwärtsgerichteten Gesamttrends - die globalen Mittel der Zinspolitik versagen. Diese bewähren sich gesamtwirtschaftlich, nicht jedoch einzelwirtschaftlich. Daher ist es auch zu erklären, daß die Zinsen 1954 bei wachsendem Investitionsbedarf gesenkt wurden. Damit tritt bei der Kreditgewährung neben das preispolitische Instrumentarium noch ein mengenpolitisches. Hier trifft man wohl auf das interessanteste Problem im Kreditgeschäft: die Kontingentierung der Kredite trotz genügender Liquidität bei konstanten oder sinkenden Zinsen.

In diesem Zusammenhang steht auch die Tatsache, daß die Liquidität des Bankenapparates nur durch äußerst drastische Maßnahmen seitens der Bundesbank beeinflusst werden kann.

1) P. A. Samuelson, Gedanken zur Geldpolitik, in: Konjunkturpolitik, 6.Jhg. 1960, S. 323

2) Vgl. auch J. Eick, Statt Depressionen Branchenkrisen, Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 23. 6. 1961, Konjunkturen - nicht "die" Konjunktur, Industriekurier v. 26. 11. 1960

Die außenwirtschaftliche Verflechtung verlangt, daß die Reaktionen oder Daten der ausländischen Geld- und Kapitalmärkte einbezogen werden.

Wird als Aufgabe der Konjunkturpolitik das Verhindern von kumulativen Prozessen (Niveauverschiebungen) angesehen, so befaßt sich die Wachstumspolitik mit den Maßnahmen, "die den R a u m sicherstellen, in den die konjunkturpolitisch erforderlichen s t e i g e n d e n Ausgaben hineinwachsen können" ¹⁾.

Nun kann aber festgestellt werden, daß in den letzten Jahren keine gesamtwirtschaftlichen kumulativen Prozesse auftraten. Einiges spricht sogar dafür, daß diese Niveauverschiebungen der Vergangenheit angehören. Hierbei wären die ausgebauten geld- und kreditpolitischen Mittel der Zentralbank, eine verstärkte internationale wirtschaftspolitische Zusammenarbeit der Regierungen und Notenbanken und der hohe Anteil der Staatsausgaben am gesamten Volkseinkommen zu nennen.

Für die einzelnen Banken sind diese Maßnahmen Daten. Auch sind ihre einzelnen Entscheidungen in diesem Sinne kaum maßgebend, ausgenommen deren Gesamtsumme. Hier ist der Ansatzpunkt einer Konjunkturpolitik der Bankunternehmen (nicht so sehr der einzelnen Bankbetriebe), der aber als selbständiger Faktor nicht überschätzt werden sollte.

Dagegen steht den Banken, wenn sie ihre Aufgabe nicht nur in der Hingabe von hoch besicherten Krediten sehen, bei der Beeinflussung des Wachstums ein breiter Raum offen. Das Wachstum geht nicht reibungslos voran. Immer wieder entstehen 'Unebenheiten'. So obliegt es dem Bankier, seine Auswahl zu treffen. "Very difficult and delicate is the task of the banker in deciding who should be nursed through a bad period and who squeezed out" ²⁾. Damit ist die Verantwortung der Banken beschrieben. Denn "an sich steht dem

-
- 1) D. Hiß, Die konjunkturrelle Bedeutung des wirtschaftlichen Wachstums, Konjunkturpolitik, 5. Jhg. 1959, S. 33
 - 2) D.H. Robertson, Lectures on Economic Principles, Vol. III, London 1959, S. 100

Fremdkapital juristisch keine Einwirkung auf die Entscheidungen des Unternehmers zu. Aber die Praxis zeigt, daß eine Neutralität des Fremdkapitals da nicht mehr gegeben ist, wo Banksicherheiten, Überwachung des Kontokorrents und der Kontrolle des Aufsichtsrats seitens der Finanzgläubiger und manche Knebelungsbedingungen von kreditierenden Lieferanten das Feld beherrschen" ¹⁾. Trotzdem werden Fehleinschätzungen immer wieder Kredite 'notleidend' werden lassen. Daher wird als Regel für die Banken gelten, einseitige Branchenbindungen zu vermeiden. Unter den oben gemachten Voraussetzungen einer konjunkturlösen wachsenden Wirtschaft werden sich dann, wenn nicht nur Grenzbetriebe kreditiert werden, Einbußen in vertretbarem Rahmen halten. Gesamtwirtschaftlich ist die Lage jedoch anders. Wenn sich immer eine Bank findet, die Kredite gibt, werden Grenzproduzenten schwerer ausscheiden. Hier ist sicher zu prüfen, ob - es wird in der Regel sich um Investitionen handeln - nicht ein zwischen den Banken stattfindender Gedankenaustausch über den Wachstumsprozeß notwendig wäre. Dazu gehört in erster Linie ein genaues Studium der sogenannten Konjunkturberichte und eigene Analysen des Wachstums durch die Banken. Die differenzierten Wachstumsraten erfordern somit eine möglichst genaue Analyse der Konjunktur und besonders des Wachstums durch die kreditgebende Bank.

1) M. Lohmann, Finanzierungsprobleme der Unternehmung in der neuen Investitionsphase der deutschen Wirtschaft, in: Taschenbuch für den Betriebswirt, 1960, bearbeitet von E. Schnauffer und G. Rode, Berlin-Baden-Baden o.J., S. 10

II. Die monetäre Kapazität im Wachstum

1. Die Elastizität der Kreditkosten

Im ersten Teil der Arbeit (S. 47 ff.) wurde bereits auf die Zinsspanne und ihre Bedeutung für den Bankbetrieb eingegangen. Bei dieser Betrachtungsweise ist die Höhe der einzelnen Sätze nicht entscheidend, sondern nur deren relative Spanne.

Bei den Provisionen ergeben sich durch institutionelle Starrheiten besondere Probleme. Die beiden folgenden Tabellen über die absolute und relative (zum jeweiligen Diskontsatz) Entwicklung der Soll- und Habenzinsen bringen zunächst das bekannte Faktum, daß die Sollzinsen an den Diskont- oder Lombardsatz der Deutschen Bundesbank gebunden sind, während innerhalb der Habenzinsen und auch in ihrem Verhältnis zum Diskontsatz erhebliche Verschiebungen auftreten.

Die geringste Streuung der relativen Zahlen bei den Habenzinsen zeigt sich am 1.1.1951, die höchste am 1.7.1962. Großteils bewirkte dies der veränderte Diskontsatz von 6 auf 3 Prozent, was die Spalte vom 1.7.1954 aufzeigt. Durch derartige Veränderungen wird die Zinsspanne der Banken (*ceteris paribus*) positiv und negativ beeinflußt. Der Bundesverband des privaten Bankgewerbes betont, daß die Zinsen "sowohl im Zinsanstieg wie im Zinsabstieg zurückbleiben" und somit "sich die Zinsspanne bei steigendem Diskont jeweils zu erweitern und bei sinkendem Diskont zu verringern" pflegt ¹⁾.

Bei den Sollzinssätzen nehmen mit steigenden Bankraten die Differenzen zum Diskontsatz durch die dann relativ geringer werdenden Provisionen ab.

1) Bundesverband des privaten Bankgewerbes e.V., Köln, Bericht über das Geschäftsjahr 1960, l.c., S. 48

Ist es das Ziel der Bundesbank, in der Hochkonjunktur die Kredite zu verteuern, so gelingt ihr das - was den Gesamtzins anbelangt - mit steigender Bankrate nur bedingt. Ebenso hat eine Verbilligung der Kredite ihre Grenzen. Eine Verdoppelung des Bundesbankdiskontsatzes von 3 auf 6 Prozent verteuert die Kredite nicht um das Doppelte. Die Kontokorrentkredite steigen von 7,5 % auf 10,5 %, also nicht um 100 % sondern nur um 40 %.

Anders ist es bei den Einlagenzinsen bestellt. Hier liegt keine automatische Koppelung an den Diskontsatz vor. Dies wird schon aus den unterschiedlichen Festsetzungsterminen ersichtlich (Vgl. Tabelle VII). Auch wird die geringere Elastizität des Depositenangebotes eine gewisse Starrheit begünstigen. Daher ist es auch erklärlich, weshalb bei einer Verdoppelung der Bankrate die Sätze für Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigung nicht entsprechend verdoppelt werden, sogar konstant bleiben und die Kündigungsgelder von 12 Monaten und mehr nur 80 % des Diskontsatzes erreichen.

Die Bindung der Soll- und Habenzinssätze an den Diskontsatz ist faktisch eine Zinsgleitklausel in den mit den Kunden abgeschlossenen Verträgen. Je nach der Zinsreakibilität der Kunden ¹⁾ bedeutet dies eine mehr oder weniger starke Beeinflussung der Liquidität eines Kreditinstituts ²⁾.

-
- 1) Vgl. W. Ehrlicher, Geldkapitalbildung und Realkapitalbildung, Tübingen 1956
2) Vgl. W. Stützel, Moderne Kreditpolitik, in: Konjunkturpolitik, 5. Jhg. 1959, S. 80

Tabelle VIII Einlagenzinssätze absolut und in v.H. des betreffenden Diskontsatzes										
Zeitpunkt	1.7.1961		1.7.1960		19.5.1956		1.7.1954		1.1.1951	
Diskontsatz = 100	3		5		5,5		3		6	
Einlagenzinssätze(1)	1	2	1	2	1	2	1	2	1	2
1. für täglich fällige Gelder										
a) provisionsfreie Rechnung	3/8	12,5	1	20	1 1/2	27,2	1/2	16,6	1	16,6
b) provisionspflichtige Rechng.	3/4	25,0	1 1/2	30	2	36,3	1	33,3	1 1/2	25,0
2. Spareinlagen										
a) mit gesetzl. Kündigungsfrist	3 1/4	108,3	4	80	3 1/2	63,6	3	100,0	3	50,0
b) mit vereinbarter Künd.frist										
1) von 6 bis 12 Monaten	3 1/2	116,6	4 1/2	90	4 1/2	81,8	3 1/4	108,3	3 1/2	58,3
2) von 12 Monaten u.darüber	4	133,3	5 1/4	105	5 1/2	100,0	4	133,3	4 1/2	75,0
3. für Kündigungsgelder mit einer Kündigungsfrist von										
a) 1 bis weniger als 3 Monaten	1 3/4	58,3	3	60	4 1/4	77,2	2	66,6	3 1/2	58,3
b) 3 bis weniger als 6 Monaten	2 1/4	75,0	3 1/2	70	4 3/4	86,3	2 3/8	79,1	3 7/8	64,5
c) 6 bis weniger als 12 Monaten	2 3/4	91,6	4	80	5 1/4	95,4	2 7/8	95,8	4 3/8	72,9
d) 12 Monaten und darüber	3 1/2	116,6	4 3/4	95	5 1/2	100,0	3 1/4	108,3	4 3/4	79,1

(1) 1 = Zinssatz absolut p.a.
2 = Zinssatz in v.H. des jeweils geltenden Diskontsatzes

Quelle: Monatsberichte der Bank deutscher Länder / Deutsche Bundesbank

(1) 1 = Zinssatz absolut p.a.

2 = Zinssatz in v.H. des jeweils geltenden Diskontsatzes

Quelle: Monatsberichte der Bank deutscher Länder / Deutsche Bundesbank

Tabelle IX Kreditkosten insgesamt absolut und in v.H. des betreffenden Diskontsatzes

Zeitpunkt	1.7.61	1.7.60	19.5.56	1.7.54	1.1.51
Diskontsatz = 100	3	5	5,5	3	6
Lombardsatz	4	6	6,5	4	7
Kreditkosten (1)	1	2	1	2	1
1. Kosten für Kredite in laufender Rechnung					
a) zugesagte Kredite: Zinsen = $L + 1/2\%$					
Kreditprovision $1/4\%$ p.M. = 3% p.a.	7,5	250	181	7,5	250
b) Kontouberziehungen: Zinsen = $L + 1/2\%$					
Überziehungsprovision $1/8\%$ p.Tag = $4,5\%$ p.a.	9,0	300	209	9,0	300
2. Akzeptkredite (Normal Konditionen)					
Zinsen = $D + 1/2\%$					
Akzeptprovision = $1/4\%$ p.M. = 3% p.a.	6,5	216	163	6,5	216
3. Kosten für Wechselkredite					
a) Abschritte von 20000 DM und höher					
Zinsen = $D + 1/2\%$, Diskontprov. $1/8\%$ p.M. = $1,5\%$	5,0	166	136	5,0	166
b) Abschritte von 5000 bis unter 20000 DM					
Zinsen = $D + 1/2\%$, Diskontprov. $1/6\%$ p.M. = 2%	5,5	183	145	5,5	183
c) Abschritte unter 1000 DM					
Zinsen = $D + 1\%$, Diskontprov. $1/6\%$ p.M. = 2%	6,0	200	154	6,0	200
4. Ziehungen auf Kundschaft					
Zinsen = $L + 1/2\%$, Kreditprov. $1/4\%$ p.M. = 3% p.a.	7,5	250	181	7,5	250

(1) 1 = Zinssatz absolut p.a.

2 = Zinssatz in v.H. des jeweils geltenden Diskontsatzes

Quelle: Monatsberichte der Bank deutscher Länder / Deutsche Bundesbank

2. Die Anpassungsfähigkeit der Kredit- und Einlagevolumen

Ist die Zinsveränderung in ihrer Wirksamkeit zeitlich und auch tatsächlich beschränkt, so liegt ein weiterer Hinderungsgrund, das Kreditvolumen der Konjunktur gleichgerichtet zu verändern, auch darin begründet, daß längerfristige Kredite - besonders die für Bauinvestitionen - einige Zeit vor der Verwendung zugesagt werden und dann u. U. in einer Phase der Liquiditätsanspannung zur Auszahlung gelangen. Außerdem räumen die Banken vielfach Kreditlinien ein, die nicht leicht gekürzt oder annulliert werden können, wenn die Kunden dem betreffenden Institut nicht verloren gehen sollen.

Hinzu kommt ein anderer Tatbestand. Die Kredit- und Einlagenhöhe der Banken wird nicht von dem Volumen der in einer Volkswirtschaft getätigten Umsätze bestimmt. Vielmehr sind für die Höhe der Einlagen und Kredite die Ausgaben- und Einnahmenüberschüsse der Wirtschaft (i.w.S.) entscheidend. Besonders hervorgehoben wird dieser Sachverhalt immer wieder bei den Devisen- (Export-) Überschüssen, die der Wirtschaft Liquidität zuführen. Theoretisch müßten sich im Aufschwung die Nettomittelzugänge bei den Banken von der Nichtbankenkundschaft verstärken und im Abschwung als Zeichen der allgemeinen Geschäftstätigkeit (trotz der oben gemachten Feststellung) vermindern. Dennoch wurde die Konjunktur 1955 von einer Liquiditätsanspannung, der Rückgang von 1956/57 von einer hohen Liquidität der Banken begleitet. Als Gründe dafür sind mit die Devisenposition und die Staatsausgaben zu nennen. Nachlassende Devisenüberschüsse und das Horten von Steuerüberschüssen begleiteten das erwähnte Wachstum. Diese Faktoren änderten sich in der Folgezeit. Die Abschwächung des Jahres 1958 brachte hingegen eine Liquiditätsanspannung.

In welches Dilemma man gerät, will man einer bestimmten Konjunktur eine bestimmte Liquidität der Banken zuordnen,

zeigt folgende Bemerkung:

"Daß sich die Banken tatsächlich so verhalten, wie es auf Grund der vorher entwickelten Abbildung aufgezeigt wurde, daß sie also im Niedergang mehr Kredite empfangen als gewähren, im Aufschwung mehr gewähren als empfangen, zeigt die Geschichte der Konjunkturbewegungen. Daß zwar die erste Phase des Niederganges in der Regel durch eine Abnahme der Liquidität der Banken gekennzeichnet ist, wurde schon früher vermerkt. Auch lehrt die Entwicklung nach dem zweiten Weltkrieg, daß ein Aufschwung unter speziellen Umständen auch mit einer zunehmenden Liquidität der Banken verbunden sein kann. Doch sollen diese Besonderheiten, welche nur eine gewisse Abschwächung, jedoch keine Widerlegung unserer Feststellung bedeuten, daß sich die Ersparnisse im Aufschwung stauen, im Niedergang entstauen, hier zur Vereinfachung der Darstellung unberücksichtigt bleiben"¹⁾.

Durch das Einwirken des Auslandes, des Staates und der Zentralbank kann keine eindeutige Korrelation zwischen Kredit- und Einlagenvolumen einerseits und Konjunktur und Wachstum andererseits festgestellt werden ²⁾.

-
- 1) W. A. Jöhr, Die Konjunkturschwankungen, Tübingen-Zürich 1952, S. 492
 - 2) Vgl. R. Pohl, Notenbankpolitik und Kapitalzinsentwicklung in Westdeutschland, Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, hrsg. vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin 1960, S. 101

3. Kreditrationierung und Kreditselektion

a) Der Kredit als Funktion der Gewährungswilligkeit der Banken

"Der Geschäftsmann hat jedenfalls eine begreifliche Scheu, durch Preismanipulationen Öffentlichkeit und Kunden unnötig zu beunruhigen und zieht daher die Nichtpreiskonkurrenz (Qualitätsvariation, Reklame) als wirkungsvollere Mittel des Wettbewerbs vor" ¹⁾. Um wieviel mehr müssen die Bankleiter bestrebt sein, das unruhige Zinsniveau nicht durch eine stetige Variation der Preise (Provisions-, Zins- und Gebührensätze) noch zu verändern. Dies wird in der Praxis dadurch erreicht, daß die angebotenen Quantitäten an Krediten und die Kreditnehmer variiert werden, ohne daß der Preis als 'Regulator' zu Hilfe genommen wird, was zu der schon erwähnten Kreditrationierung und Kreditselektion führt.

Somit ist die Kreditgewährung nicht nur eine Funktion der Zahlungswilligkeit des Kunden für die Zinsen und Provisionen, sondern auch eine Funktion der Gewährungswilligkeit der Banken, welche in der Praxis weniger von der gegenwärtigen Liquiditätslage als von der vermeintlichen Sicherheit der Geldhingabe abhängt. Denn eine Geldhingabe nur aus dem Grunde der momentanen Liquidität heraus verbietet sich für den Bankier von selbst. Eine "Bank plant stets nur die Gewährung sicherer Kredite" ²⁾. Doch was heißt hier sicher? Die Sicherheit hängt von einem breiten Fächer ab. "The criterion for rationning ... is the soundness of the loans in question, so that the amount of credit extended, depending on the liquidity of the bank in question, is

1) M. Lohmann, "Mengenkonjunktur" in betriebswirtschaftlicher Sicht, Der Volkswirt Nr. 51-52/1958, S. 76

2) L. Mülhaupt, Umsatz-, Gewinn- und Kostenplanung einer Kreditbank, l.c., S. 17 f.

regulated by moving along a scale of 'soundness' the lower point of which is the minimum soundness below which no bank lends, no matter what its state of liquidity may be" ¹⁾. Denn "kein etwaiger Risikozuschlag auf den Zins könnte so hoch sein, daß er eine ausreichende Sicherung gegen den Verlust der dem Kreditnehmer zur Verfügung gestellten Zahlungsmittel bieten würde. Die Sicherung gegen derartige Verluste ist für die Bank weniger ein Problem der Kostenplanung als vielmehr der Gewinnverwendung (Stärkung des Eigenkapitals)" ²⁾.

Nach einer in Dänemark erfolgten Umfrage über die Verhaltensweise der Banken (1949) und einer vorausgegangenen Untersuchung in England über die Zinsreagibilität der Bankenkundschaft ergab sich, daß eine Zinsänderung "between 4 and 6 % has any effect on demand, whereas variations up to the levels 6 - 8 % ... have a certain effect" ³⁾. Daher ist es verständlich, daß die befragten Banken bei Liquiditätsverlusten nicht die Zinsen erhöhten, sondern die Kreditgewährung durch Rationierung beschränkten, ausgenommen rediskontierbare Aktiva.

Wenn vieles dafür spricht, daß die Banken ein besonderes Gewicht auf die Sicherheit der Kredite legen und gemäß dem Slogan 'safety first' leben, so sind doch Bedenken gegen diese Praxis anzubringen. Objektiv gesehen wird durch diese Handhabe der Preismechanismus ausgeschaltet. Ferner bilden sich bei der Kreditvergabe Präferenzen. P e d e r s e n regt ⁴⁾ daher an, daß die Banken durch die Zentralbank nicht gezwungen werden sollten, ihre Kredite zu rationieren, wenn die Kundschaft die geforderten Zinsen zu zahlen bereit ist und den Anforderungen an die Sicherheit genügen kann. Dann müsse aber auch die Zentralbank

1) J. Pedersen, Credit Policy Reviewed, Weltwirtschaftliches Archiv, Band 67 1951 II, S. 2

2) L. Mülhaupt, Umsatz-, Gewinn- und Kostenplanung einer Kreditbank, l.c., S. 18

3) J. Pedersen, l.c., S. 3

4) J. Pedersen, l.c., S. 9 f.

von Kontingenten absehen.

Dem steht entgegen, daß die Notenbank aus währungspolitischen Gründen das Kreditvolumen variieren muß. Die Deutsche Bundesbank verlangte beispielsweise im Februar 1951 eine Zurückführung der Kredite der Banken an ihre Kundschaft um 1 Milliarde DM. Dieses Ziel wurde damals weitgehend erreicht.

Stimmt aber die Annahme, daß derjenige, der die höheren Zinsen zahlen will - ob er es kann, bleibt dahingestellt - wirklich auch eine wesentlich bessere volkswirtschaftliche Verwendung für die erhaltenen Mittel hat? Wenn diese Frage nicht unbedingt zu bejahen ist, dann spricht einiges auch für eine gewisse Selektion der Kreditnehmer durch die Banken.

In dieser Frage nimmt die Bundesbank eine Zwischenstellung ein. Sie fordert, daß keine Kreditverknappung ohne gleichzeitige Verteuerung der Kredite durchgeführt werden dürfe. "Zinserhöhungen ... unterstützen den limitierenden Einfluß, den Liquiditätsbeschränkungen auf die Kreditexpansion von der Angebotsseite her ausüben, noch von der Nachfrageseite aus" ¹⁾. Dieser Druck auf die Nachfrage wird aber durch die schon erwähnten Fakten begrenzt (vgl. Tabelle IX).

Die Frage, was als sicher angesehen werden kann, wird wohl nie eindeutig geklärt werden können, wenn man von einer bedenklichen Übersicherung absehen will. Die Variation der Daten in einer wachsenden Wirtschaft verhindert das Sammeln von absolut richtigen Maßstäben.

1) Deutsche Bundesbank, Geschäftsbericht für das Jahr 1956, S. 12

Es besteht somit das Faktum, daß die Banken bei der Hingabe von Kredit nicht nur die Kreditnehmer - und damit die Kreditverwendung - sondern auch die einzelnen Kredithöhen gewissen Auswahlprinzipien unterwerfen. Müssen diese aber angewendet werden und führen diese nicht dazu, daß Kredite mit gleicher Laufzeit heterogen werden?

Ein Kredit wird dem Kreditnehmer nur befristet überlassen. Dadurch wird der Kreditgeber an der Person des Kreditgebers ebenso wie an der Verwendung und der Liquidität des Kredites interessiert. "Eine über die Kreditbanken durch den Zins hinausgehende Auslese durch die Kreditbanken ist demnach stets damit verbunden, daß die Kreditbanken auf die indi-
viduellen Verhältnisse der Kreditnehmer direkt eingehen"¹⁾.

Nun kann eingewendet werden, daß die Banken garnicht in der Lage seien, die Verwendung eines kredites richtig zu beurteilen. Dem wird in der Regel entgegengehalten, daß sie sich der verschiedensten Mittel bedienen, um ein genaues Bild von der Person und dem Unternehmen zu gewinnen, das den Kredit erhalten soll. Angefangen von Betriebsbesichtigungen, Überprüfung der Organisation, Erzeugungs-, Finanz- und Kostenplänen bis hin zu Auskunftserhebungen und 'schwarzen Listen' versuchen die Banken, sich ein genaues Bild von der 'Kreditwürdigkeit' des Unternehmens und des Unternehmers oder der Geschäftsleitung zu machen.

Hier tritt gleichzeitig ein anderes Problem auf. Da die genannten Erhebungen zeit- und kostspielig sind, genießen alte Kunden von vornherein gewisse Präferenzen. Ebenso muß die räumliche Nähe des Standorts des Kreditnehmers zur jeweiligen Kreditbank in Betracht gezogen werden ²⁾, sollte aber in einer Zeit der 'Filialschwemme' nicht überbetont werden.

1) F.U. Willeke, Betrachtungen zur Unvollkommenheit des Kreditmarktes, Zeitschrift für Nationalökonomie und Statistik, Band 167 1955, S. 253

2) F.U. Willeke, l.c., S. 262

Bei der Vielzahl der zu betrachtenden Faktoren und des hohen Grades an subjektiven Bewertungen sind die Banken dazu übergegangen, ihre Kreditanforderungen in gewisse Schemata oder Formeln zu kleiden. So sollen diese heterogenen Fakten rechenbar gestaltet werden. Es werden z.B. Relationen von Eigenkapital zu Fremdkapital von früher 1 : 1 oder heute 1 : 3 verlangt. Zu welcher zweifelhaften Ergebnissen man dabei gelangen kann, zeigen die sorgfältig angefertigten Bilanzanalysen, deren Relationszahlen möglichst noch nach dem Komma genauestens ausgerechnet, deren branchenmäßige Verschiedenheiten aber nur recht spärlich berücksichtigt werden ¹⁾. Ein verwendetes Gliederungsschema wird auf der folgenden Seite wiedergegeben. Wird hiernach jede kreditsuchende Firma beurteilt, ist es unvermeidlich, daß Fehlentscheidungen getroffen werden. Ein kleiner Gewerbebetrieb kann sehr schlecht zuverlässige Angaben über seinen Auftragsbestand machen (Frage 7), während ein Fabrikationsbetrieb zwar nominell ein 'gutes Auftragspolster' hat, in den Bestellungen aber sehr 'viel Luft' sein kann. In die Bilanzanalyse geht auch die Problematik der Bewertungsansätze ein ²⁾. Außerdem werden die Kosten- und Gewinnstruktur kaum beachtet, doch diese beeinflusst entscheidend die 'Sicherheit' eines Kredites. Die Kreditwirtschaft ist daher bestrebt, gewährte Kredite möglichst dinglich zu besichern. Dies führt aber zu einer mehr oder weniger starken Versachlichung des Kreditgeschäftes. Trotzdem bleibt der 'persönliche Kredit' der 'sicherste', denn letzten Endes hängt es von dem Unternehmensleiter ab, ob ein Kredit notleidend wird oder nicht. Damit wird aber nur die schon oben getroffene Feststellung bestätigt, daß ein 'sicherer' Kredit sehr verschiedene objektive Merkmale aufweisen kann. Die Sicherheit kann nie absolut, sondern nur immer relativ zu den wirtschaftlichen und außerwirtschaftlichen Konstellationen gesehen werden. Damit entzieht sich

1) Vgl. M. Lohmann, Zur Problematik der goldenen Bilanzregel, Die Wirtschaftsprüfung, 12. Jhg. 1959, S. 141 ff.

2) Vgl. M. Lohmann, Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, l.c., S. 200 ff.

Schema einer Bilanzauflgliederung

Aktiva:

Kasse, Wechsel, Bank
Wertpapiere
Waren-Außenstände
Flüssige Mittel I. Ordnung
Waren-Vorräte
Flüssige Mittel insgesamt
sonstige Forderungen
Beteiligungen
Forderungen an den Inhaber
Hypotheken, Darlehen
Grundstücke, Gebäude
Maschinen, Inventar
Transitorische Posten

Bilanzsumme

=====

Passiva:

Warenschulden
Akzepte
Bankschulden
andere Gläubiger
Transitorische Posten
Rückstellungen für ungewisse Schulden
Posten, die eine Wertberichtigung
flüssiger Aktiven darstellen
Summe der kurzfristigen Verbindlichkeiten
Hypotheken
Darlehen, langfristig
Kapital
echte Reserven
Gewinn

Bilanzsumme

=====

Avale
Giroverbindlichkeiten
Warenumsatz
Bruttoergebnis
Abschreibungen
Nettoergebnis
Entnahmen - Dividende
Zahl der Arbeiter und Angestellten
Vermögensabgabe: = p. Quartal:
Kreditgewinnabgabe
Hypothekengewinnabgabe

Zusatzfragen:

1. Ist noch Privatvermögen vorhanden und worin besteht es?
2. Sind die Debitoren durchgängig kurzfristige Außenstände oder welche anderen Posten enthalten sie?
3. Bewertungsgrundsatz der Vorräte (z.B. Material + Fertigungslohn + 100 % Fertigungsgemeinkostenzuschlag):
4. Wertangaben der Grundstücke und Gebäude (Einheitswert, Brandkassen-, evtl. Schätzungswert):
5. Sind die sonstigen Bankschulden gedeckt oder ungedeckt?
6. Sind die Darlehen gedeckt oder ungedeckt?
7. Derzeitiger Auftragsbestand:
8. Abnahmeverpflichtungen:
9. Laufen für Rechnung der Firma oder ihrer Innaber sonstige Verpflichtungen irgendwelcher Art (z.B. Bürgschaften, Abnahmeverpflichtungen, Lieferverpflichtungen, Prozesse, Restitutionsansprüche? Evtl. wie hoch und welcher Art)?

die Sicherheitsanforderung einer exakten Rechenhaftigkeit und bleibt immer subjektiv, um nicht zu sagen recht willkürlich. Gewiss können verschiedene Kreditarten durch Zins- und Provisionsvariationen in ihren spezifischen Eigenarten getroffen werden, doch bleibt dann immer noch die Kredithöhe in das Ermessen der Bank gestellt, abgesehen von einer Nichtausnutzung des Kredites durch den Kreditnehmer.

Werden die Banken mit der Kreditverteilung durch den Staat beauftragt, kann ihr Bestreben nach Versachlichung zu Unzuverlässigkeiten führen, wie sie in dem 'Bericht der Arbeitsgruppe Mittelstand des Bundesministeriums für Wirtschaft - November 1958' ¹⁾ gerügt werden.

Das Risiko der Kreditgewährung wird auch speziell von der Konjunktur geprägt. Der folgende Abschnitt wird sich mit den konjunkturellen Kreditrisiken befassen.

1) Vgl. Sparkasse 1960, S. 12 ff.

b) Die Risiken der Kreditgewährung

Das deutsche Zinssystem gestattet es den Banken nicht, sich allein der Auslesefunktion des Zinses zu bedienen.

Für das einzelne Unternehmen ist die Konjunktur Datum.

In nicht so strengem Maße gilt dies auch für das Wachstum der einzelnen Branchen.

Folgt man den sogenannten psychologischen Konjunkturerklärungen, so können die Banken indirekt die Konjunktur beeinflussen. Ihre Einschätzungen über die Sicherheiten und damit die Ertragserwartungen der Unternehmen lassen eine Anspannung oder Entspannung der Konjunktur sich verstärken oder mildern, können das Wachstum fördern oder hindern. Hängt nun die Kredithingabe weitgehend von diesen zukünftigen Einschätzungen ab, so ergibt sich unmittelbar die Frage nach der Prognose. Wird die Wirtschaftslage falsch diagnostiziert, werden sich Enttäuschungen bei den Bankleitern einstellen. Als Folge davon wird das schon erwähnte Prinzip des 'safety first' wieder stärker in den Vordergrund treten, da die verschiedenen Kreditarten unterschiedlich auf die konjunkturellen Wechsellagen ansprechen.

Zunächst kann allgemein zwischen besicherten und unbesicherten Krediten unterschieden werden. Wird die Beleihungsgrenze tief genug angesetzt, so kann selbst ein 'Einfrieren' des Kredites der Bank nichts anhaben. Entweder wird das Pfand veräußert oder die Wechsellage kehrt sich zum Besseren, der Kredit 'taut' wieder auf. Wird hingegen der Kredit auf die Erwartung hin gegeben, er könne durch die Erträge aus der Investition i.w.S. wieder reproduziert werden, teilt der Kredit das Schicksal des Unternehmens.

Zwischen diesen beiden Grenzfällen liegt eine ganze Skala von möglichen und auch praktisch relevanten Fällen. Beide Grenzfälle sind für die einzelne Bank nur bedingt erstrebenswert, da sie jeweils ein großes Risiko in sich bergen.

Es besteht einmal in der Illiquidität und zum anderen in der mangelnden Rentabilität. So liegt es nahe, diese beiden Risiken so zu kombinieren, daß das Gesamtrisiko einer Bank ein Minimum erreicht.

Zunächst hilft man sich mit der bewußten Streuung der Kredite sowohl personeller als auch sachlicher Art. Aus diesem Grunde sind auch Branchenbanken abzulehnen ¹⁾. Eine branchenmäßige Streuung der Kredite ist nicht ausreichend. Auch innerhalb der Branchen muß darauf geachtet werden, nicht nur die Grenzbetriebe als Kunden zu besitzen ²⁾.

Aus diesen Gründen ist es bei der Kreditvergabe nicht ausreichend, nur die Bilanzen und die Gewinn- und Verlustrechnungen der Kreditnehmer zu prüfen, sondern speziell auch die Empfindlichkeit des Unternehmens auf Wechsellagen ist mit zu beachten.

Die Kreditvergabe aufgrund von Wechseln nimmt eine Sonderstellung ein. Für das Instrument des Wechsels spricht an und für sich nur seine Rechtsform. Durch die sogenannte Wechselstrenge wird verhindert, daß von der Bundesbank diskontierte Wechsel nicht eingelöst werden ("drei gute Unterschriften"). Die Vorteile des Wechsels liegen weder in seiner sogenannten Selbstliquidierung ³⁾ noch in seiner angeblich kurzen Laufzeit, sondern nur in dem Tatbestand, daß er aus Konvention und durch die Möglichkeit der Rediskontierung zu einem marktfähigen Papier wurde ⁴⁾.

-
- 1) Vgl. R. Stucken, Die Konzentrationsbewegung im deutschen Bankgewerbe und deren Gegenkräfte und die Tendenzen zur Dekonzentration und Spezialisierung, in: Untersuchung des Bankwesens 1933, I. Teil, 2. Band, S. 7
 - 2) Vgl. C. Düvel, Konjunkturelle Kreditrisiken, Sparkasse, 76. Jhg. 1959, S. 78
 - 3) Vgl. V. Wrede, Wandlungen im Charakter des betriebswirtschaftlichen Liquiditätsproblems, Die Bank, Band II, 1936, S. 1222; M. Lohmann, Fallende Bedeutung des Wechsels, Der Betrieb, Jhg. 1, 1948, S. 309; A. G. Hart, l.c., S. 56 f.
 - 4) Vgl. J. H. v. Zwoell, Mindestreserven als Mittel der Geld- und Kreditpolitik, Berlin 1954, S. 86 f.; W. Lautenbach, Liquiditätspolitik, Bank-Archiv, Jhg. 1939, S. 173; M. Lohmann, Zur Problematik ..., l.c., S. 118

Formell wird der Wechsel zwar immer wieder aus dem Verkehr gezogen, doch ersetzen ihn andere. Dies wird damit begründet ¹⁾, daß, würde dem Kreditnehmer der Diskontkredit plötzlich abgeschnitten, ein langfristiger Kredit an seine Stelle treten müsse. Auch die Deutsche Bundesbank versucht nicht, zwischen 'echten' und 'unechten' Warenwechseln zu unterscheiden. Sie trennt zwischen Handelswechseln und solchen, denen kein Warengeschäft zugrunde liegt (z.B. Bauwechsel, Privatdiskonten, Debitorenziehungen) ²⁾.

Somit wird ersichtlich, daß für die Beurteilung der Kreditwürdigkeit der gegenwärtige Status des Kreditnehmers, von dem die konservativen Beleihungspraktiken der Banken ausgehen, nur bedingt verwendet werden kann. Den Banken obliegt es, die vorhandenen 'Konjunkturteste' auszuschöpfen. Dabei ist es fast selbstverständlich, daß die Geschäftspolitik einen Katastrophenfall nicht berücksichtigen kann. Was aber die Banken nicht unterlassen sollten, ist, die Geschäftspolitik konjunktur- und wachstumsbewußt zu gestalten ³⁾.

Wie weit soll diese aber auch empfindlich gehandhabt werden? Sollen, um im Bilde es auszudrücken, kleine Wolken am Konjunkturhimmel die Banken zur sofortigen Kreditrestriktion veranlassen, um dadurch erst das Gewitter hervorzurufen? Es ist nochmals zu betonen, daß die heutige konjunkturelle Entwicklung nicht mehr mit den vergangenen Zyklen gleichartig ist. Die Darstellung des konjunkturellen Verlaufes der letzten Dekade zeigte, welche theoretischen Ungereimtheiten in der Praxis auftreten. Somit entfällt auch ein Rezept für das Verhalten der Banken in den verschiedenen Phasen des Zyklus. Es obliegt den Banken, ihr Handeln konjunktur- und wachstumsbewußt zu betreiben.

1) E. Schmalenbach, Kapital, Kredit und Zins in betriebswirtschaftlicher Beleuchtung, 2. Aufl. Köln 1949, S. 118

2) Deutsche Bundesbank, Geschäftsbericht für das Jahr 1958, S. 57

3) Vgl. C. Düvel, l.c., S. 79

Die Konditionen im Kreditgeschäft sind an die Bankrate gebunden. Die Vereinbarungen zeigen ein Spektrum von zusätzlichen Möglichkeiten auf, die gesamte Preisbildung zu variieren.

Wie sich die Bank rechnerisch, liquiditäts- und rentabilitätsmäßig verhalten kann, wurde oben aufgezeigt. Es ist leicht ersichtlich, daß Konjunktur und Wachstum einerseits und die einzelnen Maßnahmen der Bundesbank andererseits auf die verschiedenen Größen einwirken.

Vom Wachstum wird nicht nur die monetäre sondern auch die technische Kapazität des Bankbetriebes beeinflusst. Auf dieses Problem soll im folgenden eingegangen werden.

III. Die technische Kapazität im Wachstum

=====

Auf die Veränderungen der technischen Kapazität wurde bereits öfters eingegangen. Anhand einiger Statistiken aus den Jahren 1950 bis 1960 sollen noch spezielle Probleme erörtert werden.

Ziehen wir die Tabelle X (s. S.149ff) heran, so kann festgestellt werden, daß die Sparkonten oder Sparbücher (leider wurde nicht eine Erfassungsart beibehalten) sich nahezu verdoppelten. Sie stiegen von 15,5 auf 28.5 Millionen Stück. Dies besagt - ceteris paribus -, daß sich der personelle und der sachliche Aufwand laufend erhöhte, um den gesteigerten Anforderungen gerechtzuwerden.

Die gleiche Tendenz weisen auch die Personalkredite und die Spargiro- und Scheckverkehrszahlen der Sparkassen (Tabellen XI und XII) auf. Der in Stückzahlen ausgedrückte Giroverkehr stieg auf ca. 800 % 1960 gegenüber 1951, der Scheckverkehr im gleichen Zeitraum auf ca. 400 %.

Diese Entwicklung zwang die Banken zur verstärkten Mechanisierung der Beleganfertigung und -verarbeitung. Sie ist jedoch noch nicht abgeschlossen, wie aus den Überlegungen innerhalb der Bankenwirtschaft und aus bereits bestehenden Einrichtungen in den USA hervorgeht.

Im I. Teil der Arbeit wurde aufgezeigt, daß auch die betragsmäßige Entwicklung mit betrachtet werden muß. Es können kostenbeeinflussende Erträge oder Aufwendungen entstehen (Dualismus der Bankleistungen). Aus diesem Grunde wurde in die Tabellen die betragsmäßige Entwicklung mit einbezogen.

Der Spareinlagenbestand zeigt in allen Gruppen eine überproportional zu den Konten (Büchern) steigende Höhe, während die durchschnittlichen Kredithöhen unterproportional bleiben.

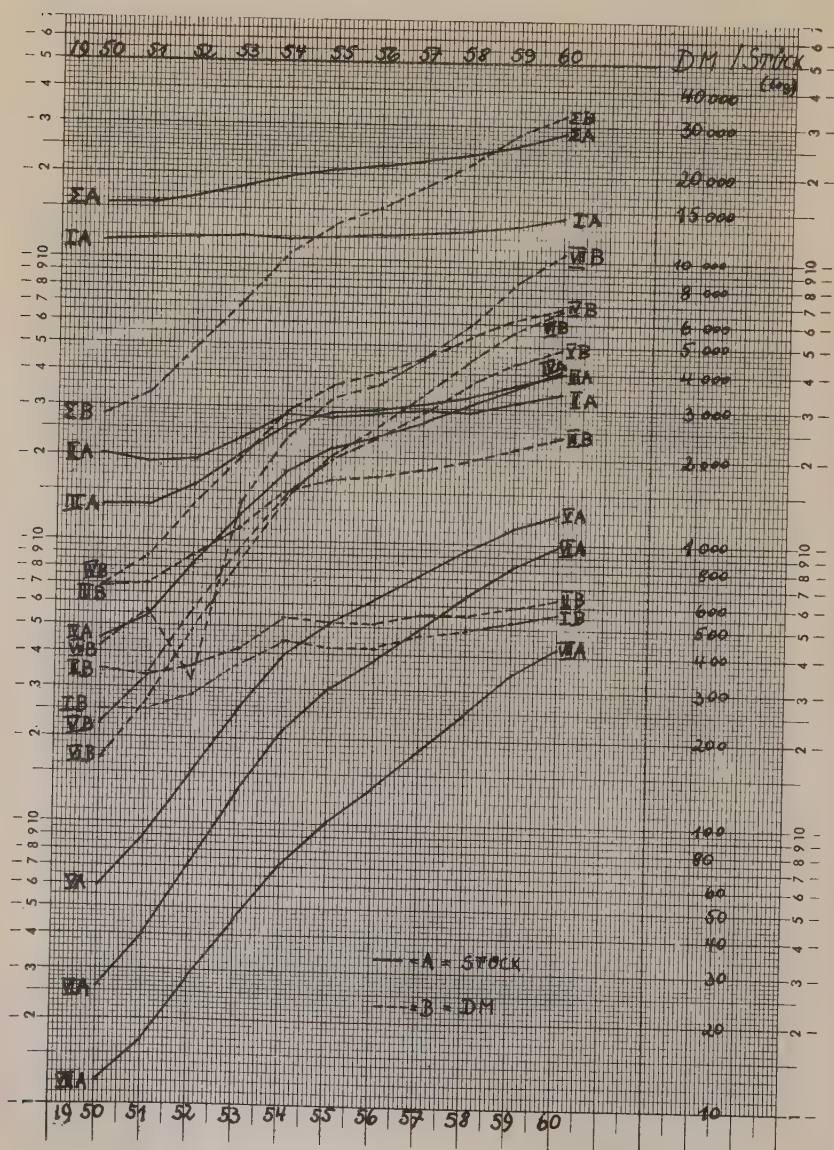
Die Girobuchungen erreichen 1960 in ihrer Betragshöhe ca. 250 % der Höhe des Jahres 1951. Hingegen entwickelte sich der Scheckverkehr in seiner Stückzahl und Betragshöhe etwa gleichartig.

Das angeführte Zahlenmaterial läßt leider keine direkten Rückschlüsse auf die konjunkturelle Ansprechbarkeit der Stückzahlen und der Betragshöhen zu. Außerdem betreffen diese Zahlen nur **e i n e n** Bankensektor, Verschiebungen innerhalb der Kreditwirtschaft werden nicht erfaßt. Umfassende Zahlenangaben sind nicht zugänglich. Dennoch seien aus den Unterlagen folgende Schlüsse gezogen.

Die Zuwachsraten weisen unterschiedliche Höhen auf, die Versetzungen innerhalb der Klassen bewirken (vgl. besonders Tabelle X). Dies zwingt zu folgenden Überlegungen. Der Personenkreis der einzelnen Gruppen ist nicht konstant. Es erfolgen aus den verschiedenen Klassen 'Übertritte'. Solche können aus dem Anwachsen der Konten oder aus Veränderungen der Einkommenshöhe resultieren. Erfolgt in einer Volkswirtschaft eine gewisse Nivellierung der Einkommen und Berufe (vom Selbständigen zum Unselbständigen, oder mit anderen Worten vom Residualeinkommen zum kontraktbestimmten Einkommen), so ist es für die Preisbildung notwendig, diese Trends zu erkennen und zu beachten.

Tabelle X		(A) Sparkassenbücher (oder Sparkonten) ²⁾ in 1000 Stück bei den Sparkassen (B) Spareinlagen in Millionen DM								(1)(3)
Ende der Jahre		Größenklassen (4)						VII	Insgesamt	
		I	II	III	IV	V	VI			
1950	A	11.648,2	2.017,2	1.320,6	446,6	59,7	25,7	12,0	15.529,9	
	B	251,2	348,2	680,0	687,5	218,4	168,2	424,0	2.777,6	
1951	A	11.863,2	1.869,5	1.331,0	541,6	88,1	40,8	16,9	15.751,0	
	B	256,7	330,7	703,9	858,5	325,8	269,4	557,8	3.302,8	
1952	A	11.904,2	1.947,8	1.585,8	821,9	150,8	73,8	28,3	16.512,7	
	B	286,3	363,7	894,3	1.336,7	561,4	488,5	319,3	4.850,2	
1953	A	12.041,7	2.328,7	2.029,2	1.227,4	249,6	128,0	45,7	18.050,3	
	B	363,5	410,2	1.113,5	1.982,8	926,8	845,3	1.361,3	7.003,5	
1954	A	11.822,5	2.833,0	2.629,5	1.772,7	394,7	211,1	71,8	19.735,3	
	B	441,8	537,0	1.505,9	2.907,1	1.483,3	1.399,5	2.299,6	10.574,1	
1955	A	11.957,9	2.781,4	2.863,8	2.134,2	524,1	302,6	101,3	20.665,4	
	B	419,7	519,4	1.649,5	3.558,7	1.967,8	2.009,3	3.125,8	13.250,3	
1956	A	12.244,3	2.824,4	2.947,4	2.365,8	625,5	382,5	331,8	21.521,7	
	B	419,1	520,6	1.695,7	3.981,6	2.358,3	2.534,1	3.606,1	15.115,6	
1957	A	12.464,6	2.963,0	3.112,4	2.681,1	772,4	503,0	183,0	22.679,6	
	B	471,3	553,4	1.819,8	4.517,7	2.915,2	3.352,9	4.528,6	18.159,0	
1958	A	12.587,5	2.907,0	3.288,7	3.103,4	946,7	650,4	251,2	23.735,1	
	B	495,5	553,0	1.960,3	5.340,3	3.622,5	4.416,6	5.893,7	22.281,8	
1959	A	13.191,1	3.162,3	3.622,8	3.586,2	1.121,1	830,2	341,4	25.855,2	
	B	531,9	594,2	2.168,1	6.184,6	4.312,1	5.655,0	8.433,9	27.879,7	
1960	A	14.373,5	3.413,6	4.012,7	4.035,8	1.282,2	981,9	430,7	28.536,4	
	B	568,8	644,9	2.440,6	8.944,3	4.939,7	6.725,7	10.775,4	33.039,4	

Tabelle X in graphischer Darstellung



Anmerkungen zu Tabelle X

- 1) Quelle: Deutscher Sparkassen- und Giroverband e.V., Jahresberichte 1950 bis 1960.
- 2) 1950, 1951 und 1960 werden die Sparkassenbücher, in den anderen Jahren die Sparkonten, deren Zahl aus technischen Gründen geringer ist, größenmäßig aufgliedert.
- 3) Jeweils das Bundesgebiet ohne Berlin-West, ab 1959 mit Saarland.
- 4) Die Größenklassen lauten:

ab 1950	ab 1955
bis 100	bis unter 100
101 bis 300	100 bis unter 300
301 bis 1.000	300 bis unter 1.000
1.001 bis 3.000	1.000 bis unter 3.000
3.001 bis 5.000	3.000 bis unter 5.000
5.001 bis 10.000	5.000 bis unter 10.000
über 10.000	10.000 und mehr
I	
II	
III	
IV	
V	
VI	
VII	

Anmerkungen zu Tabelle XI

- *) Die Personalkredite umfassen kurz- und mittelfristige Buchkredite sowie Wechselkredite an Wirtschaft und Private.
- 1) Quelle: Deutscher Sparkassen- und Giroverband e.V., Jahresberichte 1950 bis 1960
- 2) Jeweils das Bundesgebiet, ab Ende 1959 mit Saarland und Berlin-West
- 3) Bis 5.000,-, hier nur einmalig, für 1950 keine Zahlenangaben
- 4) Die Größenklassen lauten:

bis 1.000	I	50.001 bis 100.000	VI
1.001 bis 5.000	II	100.001 bis 200.000	VII
5.001 bis 10.000	III	200.001 bis 500.000	VIII
10.001 bis 20.000	IV	über 500.000	IX
20.001 bis 50.000	V		

Tabelle XI Größenklassengliederung der Personalkredite* der Sparkassen (A) in 1.000 Stück / (B) in Millionen DM (1)(2)												
Ende der Jahre	Größenklassen (4)											
	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	Durch- schnitt		
1951	A . B .	848,8 ³⁾ 719,0	51,4 356,1	28,1 386,7	16,3 487,2	4,3 287,3	1,4 189,7	0,4 118,9	0,1 88,5	2.771,-		
1952	A 752,8 B 242,4	254,9 591,7	60,5 413,9	34,4 472,8	20,8 619,9	5,5 365,8	1,7 228,0	0,6 159,0	0,1 124,1	2.844,-		
1953	A 1.127,0 B 367,1	327,3 744,5	74,8 512,8	42,6 592,9	26,4 791,1	7,2 484,1	2,3 308,6	0,8 221,1	0,2 197,6	2.623,-		
1954	A 1.403,9 B 451,4	383,8 870,1	87,4 602,8	50,2 697,1	31,7 954,3	9,0 608,3	3,1 412,6	1,0 278,2	0,2 246,2	2.598,-		
1955	A 1.580,1 B 499,8	443,5 979,4	97,2 667,2	56,3 775,9	35,9 1.063,8	10,2 672,5	4,0 475,7	1,2 305,0	0,3 326,6	2.587,-		
1956	A 1.441,0 B 469,7	440,6 972,6	97,6 672,4	58,1 797,4	36,3 1.086,5	10,3 695,4	3,6 485,5	1,2 338,3	0,3 331,0	2.800,-		
1957	A 1.314,1 B 438,8	439,0 985,0	97,3 675,5	57,7 802,2	36,5 1.096,2	10,6 720,3	3,9 511,6	1,2 341,7	0,4 400,5	3.046,-		
1958	A 1.246,1 B 427,2	472,0 1.042,0	101,9 698,4	60,8 833,8	38,4 1.150,9	11,0 740,7	4,1 543,1	1,4 396,4	0,4 433,7	3.237,-		
1959	A 1.449,1 B 545,0	646,7 1.369,0	113,5 783,2	67,7 933,2	42,3 1.264,3	11,9 811,5	4,5 611,2	1,5 424,5	0,4 413,3	3.061,-		
1960	A 1.554,3 B 600,0	717,6 1.516,5	122,5 844,7	73,1 1.011,8	46,5 1.395,7	13,6 919,4	5,5 738,8	1,9 549,6	0,5 592,5	3.222,-		

Tabelle XI in graphischer Darstellung

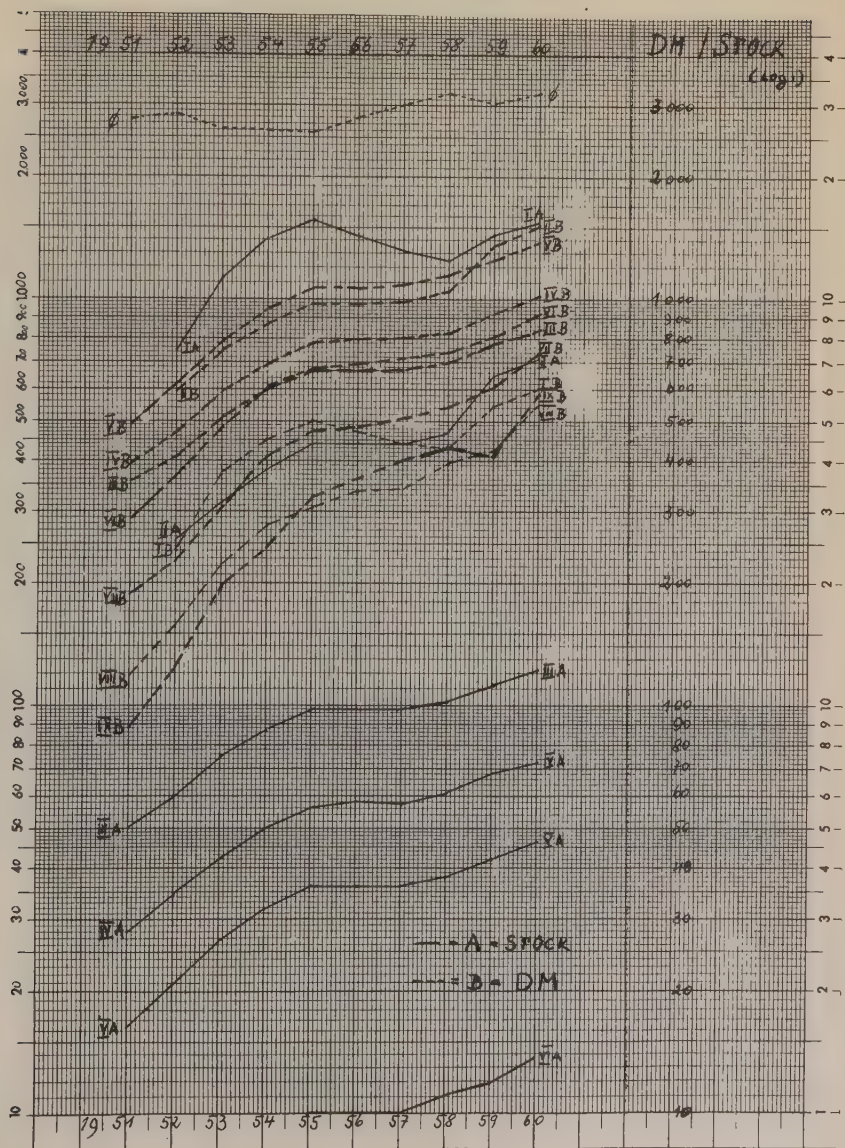
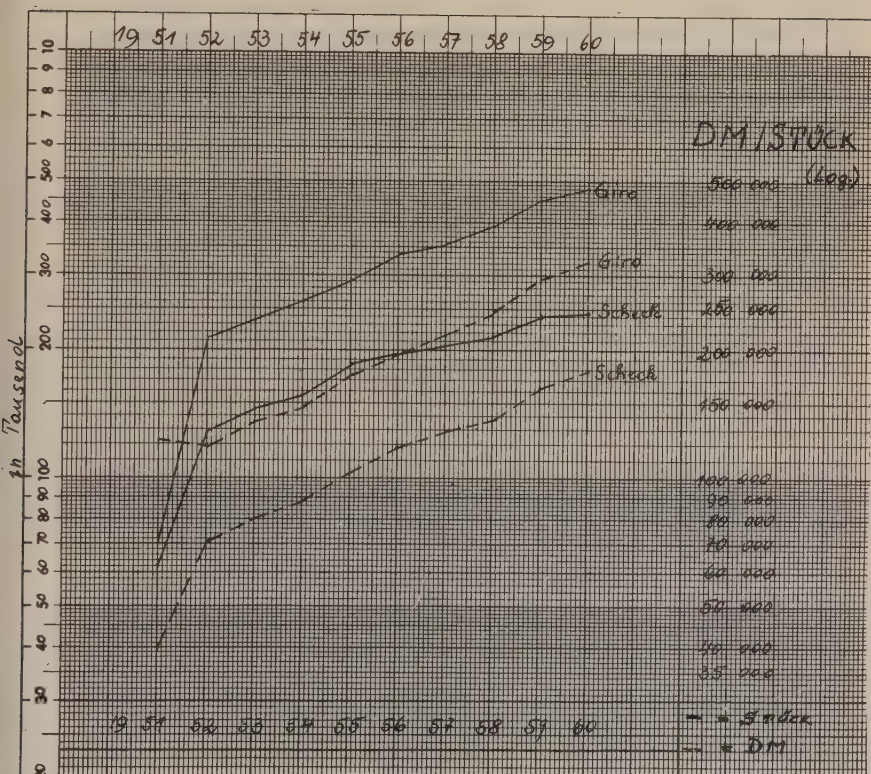


Tabelle XII Spargiro- und Scheckverkehr der Sparkassen *)				
In den Jahren	Spargiroverkehr		Scheckverkehr	
	Summe der Eingänge oder Ausgänge in 1000 Stück	in Millionen DM	Summe der Eingänge oder Ausgänge in 1000 Stück	in Millionen DM
1951	70.575,0	120.211,6	61.768,0	39.182,7
1952	210.353,6	117.891,1	128.852,6	70.440,0
1953	236.007,3	134.374,7	144.781,9	81.152,0
1954	261.348,1	148.608,4	157.207,4	88.249,5
1955	292.979,7	172.462,5	176.475,3	103.478,4
1956	333.700,9	194.717,9	194.182,5	119.174,8
1957	356.823,9	217.052,0	204.729,2	129.282,7
1958	389.127,9	247.186,0	215.230,3	138.702,9
1959	451.152,7	295.300,9	241.437,0	164.297,6
1960	477.817,4	321.489,7	244.386,5	178.841,3
Quelle: Deutscher Sparkassen- und Giroverband, Jahresberichte 1951 bis 1960				
*) Bundesgebiet, ab Ende 1959 einschließlich Saarland und Berlin-West.				

Tabelle XII in graphischer Darstellung



IV. Die Unterscheidung zwischen monetärer und technischer
=====

Kapazität bei der Preisbildung
=====

Eine kostenorientierte Preispolitik kann sich an den Kosten für eine einzelne oder eine Gruppe von Leistungen ausrichten. In der Praxis ist es oft notwendig, mehrere ähnliche Leistungen und deren Entgelte zusammen zu kalkulieren. Solange der Bankbetrieb die Grenzen seiner Kapazitäten noch nicht erreicht hat, kann er bei hohen fixen Kosten mit einem Sinken der durchschnittlichen Kosten je Leistung rechnen. Bei einer vorsichtigen Einschätzung des weiteren Wachstumstrends wird es daher eher zu Über- als zu Unterdeckungen kommen. Dabei verbietet es sich fast von selbst, die Konditionen bei kleineren Schwankungen zu verändern, es sei denn, man betrachtet diese Veränderungen als nicht nur temporärer Art. Mit diesen Überlegungen gelangt man direkt zu dem von der Kreditwirtschaft praktizierten Verhalten (vgl. S. 130 ff.).

Für die Berechnung der Kosten ist es bedeutsam, welcher Beschäftigungsgrad zu Grunde gelegt wurde. Innerhalb gewisser Grenzen können Beschäftigungsschwankungen aufgefangen werden durch:

1. Anpassung der variablen Faktoren,
2. intensitätsmäßige Anpassung der Faktoren und
3. zeitliche Anpassung der Faktoren.

Je niedriger der als Basis angenommene Beschäftigungsgrad gewählt wird, desto höhere Überdeckungen werden bei größerer Beschäftigung erzielt, desto geringer sind auch die Verluste bei Beschäftigungsrückgängen.

Verallgemeinernd kann gesagt werden, daß die technische Kapazität kurzfristig nur eine intensitätsmäßige und zeitliche Anpassung der Faktoren erlaubt. Ferner wird die Bankenorganisation bemüht sein, neue Methoden und Arbeitsvereinfachungen bei gleicher oder gesteigerter Kontrollsicherheit zu entwerfen. Welche Mühe es aber z.B. kostet,

für die gesamte Kreditwirtschaft einheitliche und damit arbeitserleichternde Vordrucke benutzen zu lassen, zeigt die lange Dauer bis zur Einführung eines neuen Einheitsüberweisungsvordrucks ¹⁾, dem sich dennoch die Postscheckämter nicht angeschlossen haben. Dieser Girokreis verwendet nur seine eigenen Formulare.

Die Erkenntnis der sozialen Nivellierungstendenzen und das Bestreben nach einem besser wirksamen Kundendienst führte bei den Banken in der letzten Zeit zu der bekannten Filialschwemme ²⁾, der Aufnahme des sogenannten Kleinkreditgeschäftes ³⁾ durch die Großbanken und ferner zu einer nachhaltigen Werbung für die 'Volksaktien'. Derartige Vorgänge veranlassen sprunghafte Veränderungen der technischen Kapazitäten und damit auch der Kosten. Im Hinblick auf ein weiteres Wachstum ist eine bestimmte Reservekapazität angebracht. Vergleicht man aber die Aufwärtsentwicklung des Zahlungsverkehrs mit den getroffenen Maßnahmen, so scheint eine vorausschauende Planung zu fehlen.

-
- 1) Vgl. Mitteilungen der Deutschen Bundesbank Nr. 4001/60 vom 7. X. 1960 betr.: Bekanntmachung einheitlicher Überweisungsvordrucke.
 - 2) Vgl. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Die Entwicklung des Bankstellennetzes in der Zeit von Ende 1957 bis Ende 1960, 13. Jhg. Februar 1960, S. 13 f.:
1957 gab es ohne die Postscheckannahmestellen in der BRD 26.336, 1960 30.032 Bankstellen, was einer Zunahme von 14 % entspricht.
 - 3) Das Kleinkreditgeschäft, höchste Einzelbeträge DM 2.000,-, in diesem Sinne wurde erst im Frühjahr 1959 aufgenommen. Vgl. auch Willy Krämer, Strukturwandlung des Konsumentenkredits im Spiegel der Statistik, Sparkasse 1960, S. 367 ff.
- Nach übereinstimmenden Äußerungen von Bankenseite her ist die Zahlungsmoral bei den Kleinkreditnehmern gut und die Ausfälle sind minimal. Das Volumen lag (lt. Industriekurier vom 24. 5. 1961) im März 1961 bei 470 Mio. DM.

Anhand eines Beispiels aus dem Zahlungsverkehr wird versucht darzulegen, daß es vorteilhaft ist, die monetäre und die technische Kapazität in der Betrachtung zu trennen. Es können so die kosten- und ertragsmäßigen Wirkungen der Veränderungen von Betragshöhe und Stückzahl aufgezeigt werden.

Je drei Grenzfälle (unverändert, steigend, fallend) beider Kapazitäten sollen miteinander kombiniert werden.¹⁾ Man erhält dadurch 9 Möglichkeiten. Eine exakte Aussage ist immer nur dann möglich, wenn neben dem Trend, der angegeben wird, auch das Ausmaß der Änderungen bekannt ist. Dies zeigt besonders der Fall eines beiderseitigen Ansteigens von Zahl und Höhe.

Für die Kosten der technischen Kapazität werden bei zusätzlicher Nachfrage unveränderliche Inputpreise angenommen.

Die Erträge sollen sowohl von der Betragshöhe als auch von der Stückzahl berechnet werden (Umsatzprovision und Postengebühr).

Zunächst wird der angenommene Fall allgemein charakterisiert, dann werden einzelne Angaben über die Veränderungen der Kosten und der Erträge jeweils für die technische und die monetäre Kapazität gegeben. Es lassen sich aber immer nur qualitative, keine quantitativen Angaben treffen.

1) Vgl. R. Böhme, Die Verhaltensweisen der Kreditbanken, Diss., Frankfurt/M. 1955, S. 304

Zahlungsverkehr

Veränderungen der Anforderungen an die technische und die monetäre Kapazität und ihre Wirkungen auf die Kosten und Erträge

Ø Höhe der Ge- schäfts- vorfälle (m)	Kosten und Erträge für t u. m	Anzahl der Geschäftsvorfälle (t)		
		gleich	steigt	fällt
gleich		stationärer Zustand	technische Expansion	technische Kontraktion
	K(t)	} Keine Veränderung		
	K(m)		steigen sprunghaft	unverändert bis fallend
	E(t)		steigen parallel	fallen unterproportional
	E(m)		dto.	fallen parallel
	E(m)		dto.	dto.
steigt		monetäre Expansion	allgemeine Expansion	monetäre Expansion verbunden mit technischer Kontraktion
	K(t)	} bleiben gleich	} Änderungen werden durch das verschiedene relative Ausmaß bedingt	
	K(m)			bleiben gleich
	E(t)			fallen
	E(m)			steigen
fällt		monetäre Kontraktion	monetäre Kontraktion, verbunden mit technischer Expansion	allgemeine Kontraktion
	K(t)	} bleiben gleich	} steigen	} fallen/konstant
	K(m)			
	E(t)			
	E(m)			
	E(m)	bleiben gleich	steigen	fallen
	E(m)	sinken	fallen	fallen
	E(t)	bleiben gleich	steigen	fallen
	E(m)	sinken	fallen	fallen
t = technische Kapazität, m = monetäre Kapazität				

Eine einseitige technische Expansion führt zu einer steigenden Beschäftigung der technischen Kapazität bis zu deren vollen Ausnutzung. Dann treten hohe Sprungkosten auf, die die Ertragslage verschlechtern können, sofern nicht eine allgemeine Rationalisierung damit verbunden wird. Die Entgelte für die technische Kapazität steigen parallel zu der erhöhten Ausbringung.

Die Kosten und Erträge der monetären Kapazität steigen in der Regel ebenfalls parallel zur anwachsenden Leistung.

Bei einer technischen Kontraktion sinkt der Nutzgrad der technischen Kapazität, was ein Ansteigen der Durchschnittskosten bei sinkenden Erträgen bewirkt.

Auch in der monetären Kapazität wird zunächst sich eine ähnliche Tendenz bemerkbar machen. Die Liquiditätsreserve wird anfangs im alten Umfang beibehalten, bis sich die Dispositionen an die Kontraktion anpassen.

Wird die Zahl der Geschäftsvorfälle als konstant angenommen und steigt die durchschnittliche Betragshöhe, so kann von einer monetären Expansion gesprochen werden. Die Kosten und Erträge für die monetäre Kapazität steigen im Ausmaß der monetären Erhöhung. Im allgemeinen dürfte dadurch die Ertragslage verbessert werden. Hingegen wird sie durch eine monetäre Kontraktion verschlechtert.

Die Entwicklung kann aber auch gegenläufige Tendenzen hervorbringen: eine monetäre Ausweitung kann mit einer technischen Schrumpfung, eine technische Expansion mit einer monetären Kontraktion verbunden sein.

Der erste Fall läßt den Nutzgrad der technischen Kapazität sinken, was die schon erwähnten Folgen hat. Den Erhöhungen der Durchschnittskosten stehen Ertragssteigerungen in der monetären Kapazität gegenüber.

Schrumpft hingegen die durchschnittliche Betragshöhe bei steigender Zahl der Geschäftsvorfälle, kann eher mit einer Verbesserung der gesamten Ertragslage gerechnet werden, wenn die freien liquiden Mittel in anderen Sparten 'be-

schäftigt' werden.

Eine allgemeine Aussage ist bei einer Expansion oder Kontraktion der Betragshöhe und der Stückzahl schwer zu treffen. Viel hängt von dem Ausmaß dieser Veränderungen ab.

Die Trennung der Kapazität in eine technische und in eine monetäre wirkt sich auf die Preisgestaltung aus. In der Regel werden daher zwei Preise für jede Leistung gefordert werden müssen, einer als Entgelt für die monetäre und einer als Entgelt für die technische Kapazität. Hinzu kommt noch der Ausgleich der Vereinbarungen durch die Provisionen. Dies trifft besonders für das Kreditgeschäft zu. Im Zahlungsverkehr wird die technische Kapazität in bestimmten Fällen (z.B. Umbuchung innerhalb des Bankbetriebes) allein beansprucht. Dann wäre nur eine Stückgebühr zu fordern.

Um das Kreditgeschäft gegen den Zahlungsverkehr abzugrenzen, müßte eine strenge Unterscheidung zwischen Konten, die dem Zahlungsverkehr dienen (Scheckkonten), und solchen für Anlagen oder Depositen und für Kredite getroffen werden. Für die Scheckkonten, deren Erträge und Kosten in die 2. Sparte fallen, sollten aus Rationalisierungsgründen (Wegfall der Zinsstaffeln) keine Zinsen berechnet werden, wie dies z.B. bei den Postscheckämtern und der Deutschen Bundesbank üblich ist. Daneben müßten die bestehenden Festgeld- und Termingeldkonten erweitert werden, damit auch kurzfristigere, runde Beträge verzinst werden. Verfügungen über diese Konten dürften jedoch nur über das Scheckkonto erfolgen können. Dieses Verfahren könnte die Preistransparenz fördern und zudem kostensenkend wirken, da mit einem Rückgang der 'Zwergverfügungen' zu rechnen ist.

Gegen die Stückgebühr werden immer wieder Argumente angeführt. Als das wichtigste erscheint die sozial-volkswirtschaftliche Seite. Es würden durch die Stückgebühr die Kleinüberweisungen prozentual besonders stark belastet

und durch eine Rückentwicklung zum Bargeldverkehr der Volkswirtschaft geschadet. Letztere ist eine offene Behauptung. Kleinlichkeiten bei der Gebührenerhebung sollten sich jedoch von selbst verbieten. Formularegebühren von einem Pfennig, wie sie bei der Deutschen Bundespost üblich sind, tragen nicht zur Vereinfachung bei. Diesem Vorschlag steht ein Verfahren bei verschiedenen Hamburger Sparkassen ¹⁾ nahe, welches die Konten etwa erst von 1.000 bis 10.000 DM an aufwärts verzinst. Schätzen der Zinsen, Wegfall der Valuten oder Verzinsung von monatlichen typischen oder durchschnittlichen oder niedrigsten Salden gehen an der entscheidenden Forderung nach einer durchgreifenden Reform vorbei.

Obgleich Scheckkonten grundsätzlich nur kreditorisch zu führen sind, sollte auf den Vorteil einer Kontenüberziehungsmöglichkeit nicht verzichtet werden. Daran anschließend ist zu bemerken, daß Kreditzusagen den Kreditkonten belastet und den Scheckkonten gutgeschrieben werden. Die Zinsen, Provisionen und Gebühren, auch spezielle Barauslagen werden den laufenden Konten (Scheckkonten) belastet. Um nun nicht einerseits zinslose Guthaben bei der Bank zu unterhalten, andererseits aber Debetzinsen zahlen zu müssen, können Rückzahlungen in glatten Beträgen auf das Kreditkonto erfolgen, ohne daß dadurch die gesamte Kreditbeanspruchungsmöglichkeit beeinträchtigt wird. Durch wenige zusätzliche Buchungen erhält der Bankkunde und die Bank selbst eine erhöhte Übersichtlichkeit.

Für Wechsel und Bankquittungen sollten nur stückmäßige Domizilgebühren verrechnet werden. Ein Risiko durch höhere Beträge ist nach den Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Banken wohl kaum gegeben. Somit ist auch ein Argument für die Staffelung der Sätze hinfällig.

1) Vgl. R. Ahlborn, Möglichkeiten zur Vereinfachung des Kontokorrentabschlusses, Bank-Betrieb, 1.Jhg. 1961 Nr. 2, S. 20 ff.

Von Zeit zu Zeit tauchen in der Diskussion Vorschläge einer Preisauszeichnung der Bankleistungen auf. Von Bankenseite werden dagegen Bedenken vorgebracht. Für die Sortenkurse fand man immer wieder Gelegenheit einer Preisveröffentlichung. Der Erfolg war jedoch nur begrenzt. Lokale Absprachen verhinderten oft eine offizielle Differenzierung, hingegen wurden die ausgezeichneten Kurse bei lukrativen Geschäften immer über- oder unterboten. Unter dem Gesichtspunkt des Wettbewerbs kann dies als überaus erfreulich erscheinen.

Wird von der Heterogenität der Bankleistungen ausgegangen, so sind alle Preisauszeichnungen nur als Richtpreise zu verstehen, die dem konkreten Fall entsprechend modifiziert werden müssen. Ein breiter Fächer der Zinsen im Soll und Haben wäre unbedingt erforderlich, um die verschiedenartigen Umgehungen der Zinsanordnungen unnötig zu machen, denn die offiziellen Regelungen werden oft spät den realen Zinssituationen gerecht.

Der gegenwärtige Rahmen einer von den einzelnen Banken autonomen Zins-, Provisions- und Gebührenpolitik ist relativ eng. Dennoch sind Möglichkeiten vorhanden, die innerhalb dieser Arbeit vertretenen Grundsätze anzuwenden, um zu einem Zusammenhang von Kosten und Erträgen auch in der Kreditwirtschaft zu gelangen.

Schlußbetrachtung

=====

Am Anfang der vorliegenden Untersuchung stellte sich die Frage nach dem Objekt der Preisbildung und der Möglichkeit einer Übernahme allgemeiner betriebswirtschaftlicher Erkenntnisse und Erfahrungen.

Die Bankleistungen sind Leistungen *sui generis*. Bei der Analyse der bankbetrieblichen Leistung wurde der sogenannte Dualismus kritisch dargestellt. Die genannte Betrachtungsweise verführt leicht dazu, die Bankleistungen in zwei selbständige Leistungen zu zerlegen und damit den Zusammenhang zu verlieren. Daher wurde gefordert, daß es sich bei der Bankleistung um eine vollständige Leistung handeln sollte.

Ferner mußte auch berücksichtigt werden, daß die konkreten Leistungen heterogen sind.

Von den beiden Aspekten der Bankleistung, dem Dualismus, ausgehend wurde die Kapazität eines Bankbetriebes in zwei Teilkapazitäten, die monetäre und die technische, aufgespalten. Für diese beiden Kapazitäten gelten unterschiedliche Elastizitäten. Hierauf wurde besonders auch im III. Teil der Arbeit eingegangen. Das Ergebnis ist, daß die größeren Möglichkeiten einer kurzfristigen Anpassung trotz institutioneller Starrheiten der monetären Kapazität gegeben sind. Zur Bindung an Abkommen und Verordnungen tritt noch der Einfluß der Provisionen auf den Gesamtzins. Die Steuerung der Nachfrage und des Angebots an Krediten wird durch die mit dem Kredit als solchem verknüpfte Prüfung der Kreditwürdigkeit weitgehend übernommen, zumal die Banken lediglich an der Zinsspanne interessiert zu sein scheinen, und die Habenzinsen durch die mangelnde Zinselastizität des Angebots an Einlagen in ihrer Wirkung begrenzt sind. Es liegt an den Banken, ihre Kreditvergabe konjunktur- und wachstumsbewußt aus-

zurichten. Innerhalb der technischen Kapazität liegen Möglichkeiten langfristiger Anpassung.

Den doppelten Ansatzpunkt (monetäre und technische Kapazität) haben die Banken bei der Preisbildung zu berücksichtigen.

Neben Ansätzen zur Verbreiterung der Vereinbarungen waren die Konditionen bereits im 17. Jahrhundert ausgeprägt gewesen. Herrschten bis Ende des 19. Jahrhunderts noch gewisse bedeutsame Unterschiede in der Preisgestaltung vor, so verringerten sie sich in den folgenden Jahrzehnten zusehends. Daran waren zunächst die Bankenabkommen, später die gesetzlichen Regelungen besonders stark beteiligt. Die Bankenaufsicht nach der großen Bankenkrise beseitigte die Gewerbefreiheit im Bankensektor. Dennoch sind für die Preisbildung Kostenerfassung und -zurechnung sowie Rentabilitäts- und Liquiditätsplanung bedeutsam. Es sind praktikable Methoden der Kostenrechnung und der Betriebsplanung vorhanden, die ein 'muddling through' überflüssig machen können.

In der Arbeit wurde versucht, die Entgelte (Zinsen, Provisionen und Gebühren) sinnvoll einzuordnen. Es ergab sich, daß der monetären Kapazität die Zinsen und Provisionen, der technischen Kapazität hingegen die Gebühren zuzurechnen sind. Die Provisionen können ferner, soweit dies notwendig ist, die unterschiedlichen Vereinbarungen rechenhaft gestalten. Dadurch wird eine Umstrukturierung der Höhe der einzelnen Sätze nötig. Die Zinsen können nicht als fast alleiniger Ertragsträger belassen werden.

Ferner wurde betont, daß die Preisbildung bestimmte große Leistungsbereiche berücksichtigen müsse. Eine Trennung erschien erforderlich, um einer langfristigen innerbetrieblichen Kosten- und Ertragskompensation Grenzen zu ziehen. Nun kann eingewendet werden, dem stehe ein reines Kostendenken Pate. Dies ist nur bedingt der Fall. Durch den innerbetrieblichen Zwang, genauer zu rechnen, wird die Geschäftspolitik der Banken auch im gesamtwirtschaftlich günstigen Sinne beeinflußt.

Literaturverzeichnis
=====

I. B ü c h e r

- Abbott, Lawrence Qualität und Wettbewerb, München-Berlin 1958
- Alhadeff, David Monopoly and Competition in Banking, Berkeley, 1954
- Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft V. Unterausschuß, Der Bankkredit, Berlin 1930
- Bankenenquête 1908/09 Die Verhandlungen der Gesamtkommission zu Punkt VI des Fragebogens (Depositenwesen), Berlin 1910
- Brehmer, Ekhard Struktur und Funktionsweise des Geldmarktes der Deutschen Bundesrepublik seit 1948, Tübingen 1956
- v. Brunn, J. H. Die formularmäßigen Vertragsbedingungen der deutschen Wirtschaft, 2. Aufl. Köln 1956
- Dannemann, Werner Struktur und Funktionsweise des Kapitalmarktes in der Bundesrepublik Deutschland, Tübingen 1959
- Dupont, P. Le Contrôle des Banques et la Direction du Crédit en France, Paris 1952
- Ehrlicher, Werner Geldkapitalbildung und Realkapitalbildung, Tübingen 1956
- Günther, Hans s. Kalveram, W.
- Gutenberg, Erich Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, Erster Band: Die Produktion, 5. Aufl. Berlin-Göttingen-Heidelberg 1960
- Hagenmüller, Karl Fr. Bankbetrieb und Bankpolitik, Wiesbaden 1959
- Hahn, L. Albert Volkswirtschaftliche Theorie des Bankkredites, 3. Aufl. Tübingen 1930
- Hart, Albert Gailord Money, Debt and Economic Activity, 3. Aufl. New York 1949
- Hasenack, Wilhelm Betriebskalkulation im Bankgewerbe, Berlin 1925
- Haupt, Günter Die allgemeinen Geschäftsbedingungen der deutschen Banken, Leipzig 1937

- | | |
|-----------------------------------|--|
| Hellwig, Hans | Kreditschöpfung und Kreditvermittlung, Stuttgart 1958 |
| Höfermann, Friedrich | Geldmarkt und Geldmarktgeschäfte, Frankfurt a.M. 1959 |
| Hofmann, Walter | Handbuch des gesamten Kreditwesens, 6. Aufl. Frankfurt a.M. 1960 |
| - | Gesetz über das Kreditwesen vom 10. Juli 1961, Frankfurt a.M. 1961 |
| Hotzel, Werner | Zinsspanne und Zinsspannenrechnung im Bankbetrieb, Berlin 1936 |
| Hübner, Otto | Die Banken, Leipzig 1854 |
| Isaac, Alfred | Über das Selbstkostenproblem im Bankbetrieb, Leipzig 1921 |
| Jöhr, Walter Adolf | Die Konjunkturschwankungen, Tübingen-Zürich 1952 |
| Kalveram, Wilhelm - Günther, Hans | Bankbetriebslehre, 3. Auflage Wiesbaden 1961 |
| Kaminsky, Stephan | Die Kosten- und Erfolgsrechnung der Kreditinstitute, Meisenheim/Glan 1955 |
| Katona, George | Das Verhalten der Verbraucher und Unternehmer, Tübingen 1960 |
| Koch, Arwed | Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Banken, ihre rechtliche und wirtschaftliche Bedeutung, 1. Aufl. Jena 1932 |
| Krelle, Wilhelm | Theorie der wirtschaftlichen Verhaltensweisen, Meisenheim-Wien 1953 |
| Kruse, Albrecht | Die Produktdifferenzierung in Theorie und Praxis, Freiburg 1960 |
| Kruse, Alfred | Der Mittelstandskredit, Jena 1941 |
| Linhardt, Hanns | Kreditkontrolle, Essen 1954 |
| Löffelholz, Josef | Geschichte der Betriebswirtschaft und der Betriebswirtschaftslehre, Stuttgart 1935 |
| Lohmann, Martin | Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, 3. Aufl. Tübingen 1959 |
| Lutz, Friedrich A. | Das Grundproblem der Geldverfassung, Stuttgart-Berlin 1936 |
| - | Zinstheorie, Tübingen 1956 |
| Mellerowicz, Konrad | Kosten und Kostenrechnung, Band I, Berlin 1957 |
| Mroch, Karl-Egbert | Zum Kampf gegen die unlauteren Geschäftsbedingungen, Karlsruhe 1960 |
| Puhl, Johannes | Das Bankgeschäft in den USA, Frankfurt a.M. o.J. |

- Raiser, Ludwig Das Recht der allgemeinen Geschäftsbedingungen, Hamburg 1935
- Riebel, Paul Die Kuppelproduktion, Betriebs- und Marktprobleme, Köln-Opladen, 1955
- Rittershausen, Heinrich Bankpolitik, Frankfurt a.M. 1956
- Robertson, D.H. Lectures on Economic Principles, Vol. III, London 1959
- Sayers, Richard S. Modern Banking, 5.Aufl. Oxford 1960
- Seischab, Hans Die Funktionen und der Wertumlauf der Banken, Stuttgart 1938
- Schmalenbach, Eugen Kapital, Kredit und Zins in betriebswirtschaftlicher Beleuchtung, 3.Aufl. Köln 1951
- Schneider, Erich Einführung in die Wirtschaftstheorie, II. Teil,*)Tübingen 1960 *) 6.Aufl.
- Schönpflug, Fritz Die Abteilungskalkulation in Bankbetrieben, Berlin 1934
- Schork, Ludwig Gesetz über das Kreditwesen mit Begründung und Anmerkungen, Stuttgart 1961
- Schütz, W. s. Trost, E.
- Stadermann, Bertfried Offenmarktgeschäfte als Instrument der Liquiditätspolitik, Frankfurt a.M. 1961
- Stampfli, Peter Zinsspanne und Zinsspannenrechnung im Bankgewerbe, Bern 1955
- Stucken, Rudolf Geld und Kredit, 2.Aufl. Tübingen 1957
- Liquidität der Banken, Berlin 1940
- Die deutsche Geld- und Kreditpolitik 1914 - 1953, 2. Aufl. Tübingen 1953
- Trost, E. - Bankgeschäftliches Formularbuch, Schütz, W. 14. Ausgabe Berlin 1955
- Veit, Otto Grundriß der Währungspolitik, Frankfurt a.M. 1961
- de Viti de Marco Die Funktion der Bank, Wien 1935
- Vormbaum, Herbert Differenzierte Preise, Differenzierte Preisforderungen als Mittel der Betriebspolitik, Köln-Opladen 1960
- Wagner, Valentin F. Geschichte der Kredittheorien, Wien 1937
- Weber, Adolf Depositenbanken und Spekulationsbanken, 4. Aufl. München-Leipzig 1938
- Geld, Banken, Börsen, 5.Aufl. München 1955
- Zimmerer, Carl Bankkostenrechnung, Frankfurt a.M. 1956
- van Zwoll, J.H. Mindestreserven als Mittel der Geld- und Kreditpolitik, Berlin 1954

II. Aufsätze *)

- Achterberg, Erich Johann Christian Eberles Sendung, ZfK, 12.Jhg. 1959, S. 356 ff.
- Ahlborn, R. Möglichkeiten zur Vereinfachung des Kontokorrentabschlusses, Bank-Betrieb, (hrsg. v. Bundesverband des privaten Bankgewerbes e.V. - Köln), 1.Jhg. 1961 Nr. 2, S. 20 ff.
- Benning, Bernhard Liquiditätsrichtsatz und längerfristiger Bankkredit, ZfK, 15.Jhg. 1962, S. 149 ff.
- Beste, Th. Was ist Leistung in der Betriebswirtschaftslehre? ZfhF., 38. Jhg. 1944, S. 1 ff.
- Birkenmeier, Ludw. Wo stehen wir in der Bankwerbung? Österreichisches Bank-Archiv, (hrs. v. d. Österreichischen Bankwissenschaftlichen Gesellschaft), 6.Jhg. 1958, S. 66 ff.
- Brand, Hans Die Verrechnung innerbetrieblicher Leistungen im Bankbetrieb, BFP., 9.Jhg. 1957, S. 340 ff.
- Capeller, R. Die verdeckten Kreditsicherheiten als wirtschaftliches und rechtliches Problem, Sparkasse, 74.Jhg. 1957, S. 199 ff.
- Deppe, H. - D. Zur Rentabilitäts- und Liquiditätsplanung von Kreditinstituten, Weltwirtschaftliches Archiv, Band 86 1961 I, S. 303 ff.
- Dürr, Ernst Kapitalmarktpolitik in der Hochkonjunktur, in: Wirtschaftspolitische Chronik des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln, H. 2 1956, S. 17 ff.
- Probleme des Soll- und Habenzinsabkommens, Wirtschaftspolitische Chronik des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln, H. 3 1957, S. 7 ff.
- Düvel, Carl Konjunkturelle Kreditrisiken, Sparkasse 76. Jhg. 1959, S. 75 ff.
- Eick, Jürgen Statt Depressionen Branchenkrisen, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.6.61

*) Abkürzungen:

- BFP. = Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis
 ZfB. = Zeitschrift für Betriebswirtschaft
 ZfhF. = Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung
 ZfK. = Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen

- Fischer, Norbert Bemerkungen zu Wettbewerbsfragen im Bereich des Kreditgewerbes, Sparkasse, 78. Jhg. 1961, S. 103 ff.
- Gail, W. Der Kapazitätsausnutzungsgrad bei Bankbetrieben und sein Einfluß auf den Kostenverlauf, ZfB., 30. Jhg. 1960, S. 547 ff.
- Gnam, Arnulf Kreditwesengesetz im Umbau, ZfK., 8. Jhg. 1955, S. 714 ff.
Eine Lücke im Kreditwesengesetzesentwurf, ZfK., 13. Jhg. 1960, S. 374 ff.
- Grzimek, Rochus Eine ideale Schematisierung des Zahlungsverkehrs mit Hilfe des Bankquittungsverfahrens, BFP., 23. Jhg. 1961, S. 345 ff.
- Hellwig, Hans Die Zinsspanne der Großbanken auf Grund externer Bilanzanalyse, ZfB., 26. Jhg. 1956, S. 88 ff.
- Hiß, Dieter Die konjunkturelle Bedeutung des wirtschaftlichen Wachstums, Konjunkturpolitik, 5. Jhg. 1959, S. 24 ff.
- Keßler, Helmut Ist die Bankquittung ein ideales Einzugspapier?, Der Betrieb, 14. Jhg. 1961, S. 1399 ff.
- Lautenbach, W. Liquiditätspolitik, Bank-Archiv, 1939, S. 169 ff.
- Lembke, Uwe Zinsstaffeln, eine unnötige Arbeit, Österreichisches Bank-Archiv, 8. Jhg. 1960, S. 322 ff.
- Lenel, Hans Otto Neue Entwicklungstendenzen auf dem deutschen Kapitalmarkt, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Band 173 1961, S. 154 ff.
- Lohmann, Martin Fallende Bedeutung des Wechsels, Der Betrieb, 1. Jhg. 1948, S. 309 ff.
- "Mengenkonjunktur" in betriebswirtschaftlicher Sicht, Der Volkswirt Nr. 51-52/ 1958, S. 70 ff.
- Zur Problematik der goldenen Bilanzregel, Die Wirtschaftsprüfung, 12. Jhg. 1959, S. 141 ff.
- Lutz, Friedrich A. Geld und Zins, Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, hsg. v. d. Schweizerischen Gesellschaft für Statistik und Volkswirtschaft, 87. Jhg. 1951, S. 473 ff.
- Die Liquidität des Banksystems und die Zinssätze, Weltwirtschaftliches Archiv, Band 87 1961 II, S. 271 ff.

- Mülhaupt, L. Umsatz-, Kosten- und Gewinnplanung einer Kreditbank, ZfhF. N.F., 8.Jhg. 1956, S. 7 ff.
- Ansatzpunkte für eine Theorie der Kreditbank, Jahrbuch für Sozialwissenschaft, 12. Band 1961, S. 132 ff.
- Oberbillig, Werner Bankenaufsicht -Zentral oder dezentral?, ZfK., 8. Jhg. 1955, S. 554 ff.
- Pedersen, Jørgen Credit Policy Reviewed, Weltwirtschaftliches Archiv, 67 Band 1951 II, S.1 ff.
- Pohl, Reinhard Die westdeutschen Kreditinstitute als Käufer von Wertpapieren, Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, hrg.v. Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, H. 1, 1957, S. 69 ff.
- Notenbankpolitik und Kapitalzinsentwicklung in Westdeutschland, Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, hrg.v. Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, 1960, S. 89 ff.
- Riedel, Gottfried Rechtsfragen der Habenzins-Festlegung, ZfK., 6.Jhg. 1953, S. 710 ff.
- Rummel, Hans Die Möglichkeiten einer genauen Selbstkostenberechnung im Bankgewerbe und ihre Auswirkung auf die Rentabilität, ZfhF., 28 Jhg. 1934, S. 281 ff.
- Samuelson, Paul A. Gedanken zur Geldpolitik, in: Konjunkturpolitik, 6. Jhg. 1960, S. 321 ff.
- Schmidt, Dirk Die Rechtsgrundlage der Konditionenregelung, ZfK., 14. Jhg. 1961, S.74ff.
- Schmölders, G. Die sogenannte 'Zinsempfindlichkeit' des Sparerers, ZfK., 14.Jhg. 1961, S. 713 f.
- Schönplflug, Fritz Zum Begriff der bankbetrieblichen Leistung, Zahlungsverkehr und Bankbetrieb, 16. Jhg. 1934, S. 17 ff.
- Schork, Ludwig Die Auswirkungen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen auf das Kreditgewerbe, Sparkasse, 77.Jhg.1957, S. 267 ff., S. 286 ff.
- Wettbewerbsbeschränkende Empfehlungen im Kreditgewerbe, Sparkasse, 76. Jhg. 1959, S. 62 ff., S. 80 ff.
- Schreihage, Heinrich Rechtsprobleme der staatlichen Konditionen- und Wettbewerbsregelungen für Kreditinstitute, Sparkasse, 77. Jhg. 1960, S. 263 ff.
- Wettbewerb und Wettbewerbsbeschränkungen im Kreditgewerbe, ZfK., 13.Jhg. 1960, S. 15 ff.

- Schupp, Roland Die Geschäftswerbung im deutschen Bank- und Bankiergewerbe, Österreichisches Bank-Archiv, 6. Jhg. 1958, S. 338 ff.
- Stahlberg, Max Die Neuordnung der Bankenaufsicht, Sparkasse, 71. Jhg. 1954, S. 123 ff.
- Stünkel, Geerd Im Kreditwesen auf dem Wege zur Universalität, in: Genossenschaften in der Bewährung, Der Volkswirt, Beilage 27 v. 2.7.1960, S. 25 ff.
- Stützel, Wolfgang Moderne Kreditpolitik, Konjunkturpolitik, 5. Jhg. 1959, S. 65 ff.
- Konkurrenzfragen des Kreditgewerbes, ZfK., 13. Jhg. 1960, S. 810 ff.
- Wagner, A. Bankbrüche und Bankcontrollen, Der Deutsche Oekonomist, 1902, S. 45 ff.
- Walb, E. Betriebswirtschaftliche Probleme der Kreditinstitute, ZfhF., 31. Jhg. 1937, S. 505 ff.
- Willeke, F. U. Betrachtungen zur Unvollkommenheit des Kreditmarktes, Zeitschrift für Nationalökonomie und Statistik, 167. Band 1955, S. 261 ff.
- Witte, E. Zum Begriff der bankbetrieblichen Kreditleistung, BFP., 9. Jhg. 1957, S. 268 ff.
- Wrede, V. Wandlungen im Charakter des betriebswirtschaftlichen Liquiditätsproblems, Die Bank, Band II 1936, S. 1220 ff.
- Zeitl, Gerhard Zur Währungspolitik der Deutschen Bundesbank, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Band 173 1961, S. 169 ff.
- Zimmerer, Carl Der Markt für Bankleistungen, Wirtschaft und Wettbewerb 1957, S. 350 ff.
- Wertstellung und Wertstellungsgewinne, BFP., 9. Jhg. 1957, S. 241 ff.
- Zinsstaffeln, eine unnötige Arbeit, Österreichisches Bank-Archiv, 8. Jhg. 1960, S. 415 f.
- Die Auswirkungen des Kreditwesengesetzes II, in: Anpassung der Unternehmensdispositionen an die aktuelle Währungssituation, hsg. v. d. Deutschen Gesellschaft für Betriebswirtschaft, Berlin 1961, S. 65 ff.

III. Beiträge in Sammelbänden und Festschriften

- Art. Bankenaufsicht Bank-Lexikon, hrg. v. G. Müller und J. Löffelholz, Wiesbaden 1959, Sp. 163 ff.
- Clark, John Maurice Price Discrimination in the modern market, in: Studies in the Economics of Overhead Costs, Chicago 1923, S. 416, 425-33, abgedruckt in: J. Bachmann, Price Practices and Price Policies, Selected Writings, New York 1953, S. 275 ff.
- Düvel, Carl Die Preisbildung im Bankbetrieb, in: Anpassung der Unternehmensdispositionen an die aktuelle Währungssituation, hrg. v. d. Deutschen Gesellschaft für Betriebswirtschaft, Berlin 1960, S. 99 ff.
- Eicke, Rudolf Art. Bankenaufsicht, Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 1. Band, Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1956, S. 560 ff.
- Eisfeld, Curt Art. Bankbetrieb, Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 3. Aufl. Stuttgart 1956, Band I, Sp. 402 ff.
- Art. Zinsspanne und Zinsspannenrechnung, Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 3. Aufl. Stuttgart 1961, Band IV, Sp. 6595 ff.
- Herlan, Fritz Art. Konditionen im Bankgewerbe, Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, hrg. v. M. Palyi und P. Quittner, Band II, Frankfurt a.M. 1957, S. 1008 ff.
- Hohlfeld, Hans H. Art. Bankkalkulation, Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 3. Aufl. Stuttgart 1956, Band I, Sp. 479 ff.
- Koch, Arwed Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen, Die Deutsche Bankwirtschaft, Berlin 1935 bis 1938, Band V, S. 189 ff.
- Lohmann, Martin Finanzierungprobleme der Unternehmung in der neuen Investitionsphase der deutschen Wirtschaft, in: Taschenbuch für den Betriebswirt 1960, Berlin-Baden-Baden, o.J., S. 3 ff.
- Lutz, Friedrich A. Art. Geld und Kredit, Staatslexikon, 3. Band, Freiburg i.Br. 1959, Sp. 677 ff.
- Raiser, Ludwig Art. Allgemeine Geschäftsbedingungen, Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1956, Band I, S. 164 ff.

- Rittershausen, Heinrich Konzentration bei den Banken, in: Konzentration in der Wirtschaft, hrg.v. H. Arndt, 1. Band Stand der Konzentration, Berlin 1960, S. 389 ff.
- Rummel, Hans Die Rentabilitätsfrage der Banken, ihre Unkosten und die Kalkulation, Die Versuche zur Rentabilitätsverbesserung, Unkostenersparnis und Ertragssteigerung, in: Untersuchung des Bankwesens, I. Teil, 1. Band, Berlin 1933, S. 423 ff.
- Der Zahlungsverkehr der deutschen Banken, der Zusammenhang seiner Kosten mit den täglich fälligen Geldern und die Möglichkeit zu seiner Vereinfachung und Verbilligung, in: Untersuchung des Bankwesens, I. Teil, 1. Band, Berlin 1933, S. 449 ff.
- Der Zahlungsverkehr und seine Kosten, in: Materialien zur Vorbereitung der Bankenquete 1933, S. 167 ff.
- Seeliger, Walter Die Kostenrechnung der Kreditinstitute, Die Deutsche Bankwirtschaft, Band IV, Berlin 1935 bis 1938, S. 693 ff.
- Seischab, Hans Art. Bankgeschäfte, Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 2. Aufl. 1938, Band I, Sp. 471 ff.
- Sieveking, Heinrich Die Hamburger Bank 1619 - 1875, in: Festschrift für Werner von Melle, Glückstadt-Hamburg 1933, S. 21 ff.
- Stucken, Rudolf Die Konzentrationsbewegung im deutschen Bankgewerbe und deren Gegenkräfte und die Tendenzen zur Dekonzentration und Spezialisierung, in: Untersuchung des Bankwesens, I. Teil, 1. Band, Berlin 1933, S. 7 ff.
- Liquidität der Banken, Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1959, 6. Band, S. 629 ff.
- Stützel, Wolfgang Art. Kapital und Zins, Evangelisches Soziallexikon, hrg. v. F. Karrenberg, 2. Aufl. Stuttgart 1956, Sp. 539 ff.
- Art. Liquidität, Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1959, 6. Band, S. 622 ff.
- Walb, E. Übersetzung und Konkurrenz im deutschen Kreditapparat, in: Untersuchung des Bankwesens, I. Teil, 1. Band, Berlin 1933, S. 113 ff.

- Walb, E. Neuzeitliche Entwicklung in der deutschen Kreditwirtschaft, in: Die Deutsche Bankwirtschaft, Berlin 1935 bis 1938, Band II, S. 437 ff.
- Wendt, Siegfried Art. Banken (I). Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Erster Band, Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1956, S. 539 ff.
- Zimmerer, Carl Die Auswirkungen des Kreditwesengesetzes II, in: Anpassung der Unternehmensdispositionen an die aktuelle Währungssituation, heg. v.d. Deutschen Gesellschaft für Betriebswirtschaft, Berlin 1961, S. 65 ff.

IV. Dissertationen

- Bellstedt, Roland Die Entwicklung von Konditionenab-
sprachen im Bankwesen unter besonderer
Berücksichtigung des Kartellgedankens,
Diss. Köln 1956
- Böhme, Rosemarie Die Verhaltensweisen der Kreditbanken,
Diss. Frankfurt a.M. 1955 (ungedr.)
- Dertmann, Fritz Kalkulation und Preispolitik im Bank-
gewerbe, Diss. Köln 1947 (ungedr.)
- Ecker, Werner Der Einfluß der Realsicherheitsforde-
rungen der Kreditinstitute auf die Ver-
teilung des Industrie- und Handels-
kredites, Diss. Freiburg i.B., 1929
- Haug, E. Die Zinsenpolitik der deutschen Kredit-
banken und ihr Zusammenhang mit deren
Gebührenpolitik, Diss. Frankfurt a.M.
1936
- Jachlinski, Alfred Die Veränderungen im Sparkassenwesen
seit dem Jahre 1914, Diss. Göttingen
1922
- Laufkötter, Eva Zum Problem Kauf oder Darlehen bei
Bankkreditgeschäften, Diss. Freiburg i.B.
1959
- Pilster, Rolf Die Kartellierung der Geschäftsbedin-
gungen im Bankgewerbe, Diss. Köln 1923

V. Berichte

- Bank deutscher Länder/
Deutsche Bundesbank Geschäftsberichte
Monatsberichte
Mitteilungen
- Bundesverband des pri-
vaten Bankgewerbes e.V. Geschäftsberichte
- Köln
- Deutscher Sparkassen-
und Giroverband e.V. Jahresberichte
- Bonn
- Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung Wochenberichte
(Institut für Konjunktur-
forschung), Berlin
- Konjunkturpolitik,
Zeitschrift für ange-
wendete Konjunkturforschung,
hrg. (begr.) v. A. Wissler,
Berlin Konjunkturpolitische Chroniken

Lebenslauf

Am 10. Mai 1935 wurde ich als erstes Kind des Oberbaurats Dipl.Ing. Martin Colditz und seiner Ehefrau Edith, geborene Urbas, in Freiburg i.Br. geboren.

Nach dem Besuch der Volksschule und des Rotteck-Gymnasiums kam ich im Herbst 1951 auf die Wirtschaftsoberschule Freiburg. Dort bestand ich im Frühjahr 1954 die Reifeprüfung. Anschließend lernte ich bis März 1956 in der Dresdner Bank AG. in Freiburg i.Brg. und schloß mit der Kaufmannshilfenprüfung ab.

Im Sommersemester 1956 begann ich mit dem Studium der Nationalökonomie an der hiesigen Albert-Ludwigs-Universität und legte im Mai 1960 die Diplom-Prüfung für Volkswirte ab.

